

Besprechungen

A. Allgemeines

DIETER PAUL BAUMERT: *Die Entstehung des deutschen Journalismus. Eine sozialgeschichtliche Studie* (ex libris Kommunikation, N. F. 11). Hg. und eingel. von Walter Hömberg. Nomos, Baden-Baden 2013, 186 S., 29,00 €.

Vom Leben Paul Baumerts ist nur wenig bekannt – eigentlich nur das, was er im Anhang seiner 1928 gedruckten Dissertation mitgeteilt hat. Und so weiß man, dass der 1898 Geborene seit 1919 mit Unterbrechungen an der Berliner Universität Staatswissenschaften studierte und dabei zu den ersten Studenten des entstehenden Seminars für Zeitungskunde und Zeitungspraxis gehörte. 1927 schloss er sein Studium mit der Promotion ab. Danach verliert sich seine Spur. Weitere Schriften scheint er nicht veröffentlicht zu haben, selbst sein Todesdatum ist unbekannt. Dass Baumert nicht völlig vergessen ist, verdankt er nur seiner knapp hundertseitigen Dissertation, auf die im Laufe der Jahrzehnte nicht nur immer wieder in kommunikationsgeschichtlichen Studien Bezug genommen wurde, sondern der auch jetzt die seltene Ehre widerfuhr, in völlig neu gesetzter Form erneut gedruckt worden zu sein.

Baumert hat sich dies nicht durch besonders umfassende empirische Recherchen verdient. Und auch die durch den Begriff „sozialgeschichtlich“ im Untertitel geweckten Erwartungen muss man bei der Lektüre erheblich reduzieren. Seine Leistung besteht darin, das ihm vorliegende Material soziologisch-abstrahierend durchdrungen und in die bis heute eher stiefmütterlich behandelte Journalismus-Akteursforschung prägnante Begriffe eingeführt zu haben. Ausgehend von seiner Journalismus-Definition als dem „Inbegriff der zur allgemeinen und aktuellen Nachrichtenbedarfsbefriedigung erforderlichen geistigen Faktoren, die in Ausübung von Korrespondenz-, schriftstellerischen und redaktionellen Funktionen vornehmlich in der Tagespresse zusammenwirken“ (S. 55), entwickelte er ein vierstufiges Modell, dessen Phasen er durch die jeweils vorherrschende Funktion bestimmt sieht. Im engeren Sinne journalistisch sind davon jedoch nur drei Perioden; davon ist eine erste „präjournalistische Periode“ abzugrenzen, „die das Mittelalter und die beginnende Neuzeit umfaßt“ (S. 68). In der daran anschließenden „Periode des korrespondierenden Journalismus“ („vom Ende des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts“, S. 68) werden die Nachrichten „so, wie sie kommen, aneinandergereiht und veröffentlicht“; „schriftstellerische und redaktionelle Leistungen“ treten „so gut wie gar nicht“ hervor (S. 86). Während der Aufklärung tritt dann der „schriftstellerische Journalismus“ in den Vordergrund, dominieren zunächst literarisch-philosophische, später politische Überlegungen, die vor allem in einer Fülle von Zeitschriften Niederschlag finden. In gewisser Weise ist der Journalismus nach Baumert jedoch „in seiner vollen geistigen und beruflichen Eigenart [...] erst [...] mit der Vereinigung korrespondierender und schriftstellerischer Leistungen“ ausgebildet (S. 113). Die Zeit seit 1850, die „Periode des redaktionellen Journalismus“, findet denn auch die breiteste Darstellung.

Mehrfach weist Baumert darauf hin, dass die von ihm vorgeschlagene Periodisierung auf der Basis dieser verschiedenen Funktionen „nicht im Sinne der Ausschließlichkeit zu verstehen“ sei (S. 69), dass es nur auf das Mischungsverhältnis und die jeweils dominierende Funktion ankomme. Spätere Kritik, die etwa einen früheren Beginn der Periode des redaktionellen Journalismus vorschlägt, kann deshalb sein System nicht so recht treffen. Gewichtiger sind da schon die Einwände, die Thomas Birkner in Weiterentwicklung von Gedanken Rudolf Stöbers vorbringt (Das Selbstgespräch der Zeit. Die Geschichte des Journalismus in Deutschland 1605–1914. Köln 2012, hier v. a. S. 111 u. 117): Was bleibt von Baumerts System, wenn man mit guten Gründen bestreitet, dass es sich bei korrespondierendem und schriftstellerischem Journalismus überhaupt um Journalismus handelt?

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Baumerts Dissertation liefert sicherlich einen wichtigen Beitrag zur Begriffsentwicklung. Ob es jedoch angesichts der aktuellen online-Darstellungsmöglichkeiten tatsächlich nötig war, sein Buch noch einmal neu zu setzen und traditionell zu drucken, steht auf einem ganz anderen Blatt. Die längere Einführung Walter Hömbergs besteht zudem fast zur Hälfte aus Inhaltsangabe und wurde in nur leicht veränderter Form kurz zuvor bereits veröffentlicht.

Forst (Baden)

KONRAD DUSSEL

RUDOLF STÖBER: *Neue Medien. Geschichte. Von Gutenberg bis Apple und Google. Medieninnovation und Evolution* (Presse und Geschichte 72). Edition Lumière, Bremen 2013, 498 S. (zahlr. Abb. u. Tab.), 29,80 €.

2003 hat Rudolf Stöber, Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft an der Universität Bamberg und Autor verschiedener medienhistorischer Publikationen, eine zweibändige Mediengeschichte vorgelegt. Sie stellte den Verfasser aber selbst nicht zufrieden, wie er im Vorwort seiner neuen Veröffentlichung freimütig eingesteht. In dem nunmehr vorliegenden Buch befasst sich Stöber wiederum ausschließlich mit den Medien seit Gutenberg. Vor zehn Jahren handelte er kapitelweise die klassischen (Kommunikations)Medien Presse, Film und Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) ab. Dazwischengeschaltet gab es Ausführungen zur Telekommunikation. Zum Schluss folgten Abschnitte zu Computer und Internet.

Für seine neue Publikation beschreitet der Verfasser einen anderen Weg. Ihn interessieren nicht mehr getrennt die einzelnen Medien, sondern deren einzelne Entwicklungsphasen. Diese sind in „Entstehung und Verbreitung“, „Ausdifferenzierung und Entwicklung“, „Erfolgsfaktoren“ sowie „Reaktionen und Wirkung“, wie die Überschriften der wichtigsten Kapitel lauten, periodisiert. Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, die Entwicklungsstufen der einzelnen Medien, ihre Gemeinsamkeiten, aber auch Abweichungen in den verschiedenen Zeiträumen (teilweise direkt vergleichend) beschreiben zu können. Außerdem kann der Verfasser besser aufzeigen, worin sich die Medien in ihren Zielsetzungen in der Vergangenheit unterschieden und wie sie sich gegenseitig beeinflusst haben. Dies erfolgt zwar vorzugsweise an Hand von Beispielen des deutschsprachigen Raumes, ohne jedoch auf gelegentliche Seitenblicke auf die USA, Großbritannien und Frankreich und weitere europäische Länder, insbesondere die Schweiz und Österreich, zu verzichten.

Trotz der dezidierten Absicht, der Entstehung und Ausbreitung der Medien „von Gutenberg bis ...“ nachgehen zu wollen, sah sich der Autor aber bemüßigt, wenige Seiten der Presse vor Gutenberg widmen zu müssen. Dieser Rückgriff fällt aber nicht weiter ins Gewicht, da alles Geschehen ja immer auch eine Vorgeschichte hat. Wichtiger ist vielmehr, dass das Buch seinen Nutzwert in einem klar gegliederten Inhaltsverzeichnis sowie penibel erarbeiteten Registern – wobei das Sachregister von unschätzbarem Wert ist – besitzt. Der Leser kann sich an den entsprechenden Stellen der Publikation mit den Akteuren der einzelnen Medien vertraut machen, den staatlicherseits gesetzten Rahmenbedingungen, den technischen und ökonomischen Voraussetzungen und Auswirkungen und natürlich mit ihren Inhalten. Aufgelockert und damit auch zu einer Art Handbuch aufgewertet wird die Publikation durch mehr als 100 grafikartige Abbildungen und Tabellen, die die wichtigsten Entwicklungen und Zäsuren auf einen Blick erkennen lassen und teilweise bis in das Jahr 2012 reichen.

Angesichts der derzeit zu beobachtenden, durch die Digitalisierung vorangebrachten Veränderungen wäre es sicher nicht ohne Reiz, wenn der Verfasser nach wiederum zehn Jahren eine neue Publikation folgen ließe. Es darf spekuliert werden, ob dann im letzten Kapitel ein Abgesang auf die jetzt noch „Neuen Medien“ angestimmt werden müsste.

Hochheim a. M.

ANSGAR DILLER

HEIKO STOFF: *Wirkstoffe. Eine Wissenschaftsgeschichte der Hormone, Vitamine und Enzyme, 1920–1970* (Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 9). Steiner, Stuttgart 2012, 387 S. (9 Abb.), 52,00 €.

Selbst wer sich nur oberflächlich mit der Geschichte der modernen Forschung zu Wirkstoffen beschäftigt hat, weiß, welche Fülle verschiedener Substanzen mit ganz verschiedenen Funktionen unter diesem Begriff subsumiert werden, und ahnt, welcher intellektuellen Anstrengung es bedarf, um einen Überblick über ihre Geschichte zu erlangen, geschweige, ihn zu vermitteln. Heiko Stoff hat sich im Rahmen des Forschungsprojektes zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) dieser Anstrengung unterzogen. Seine lang erwartete Monographie zur „Wissenschaftsgeschichte der Hormone, Vitamine und Enzyme“ liegt nunmehr als Band 9 der Studien zur Geschichte der DFG vor. Das Ziel dieses Projektes war es, die Aktivitäten der DFG mit Schwerpunkt auf der NS-Zeit zu untersuchen und sich dabei weder auf eine reine Disziplinengeschichte noch auf eine Organisations- und Verwaltungsgeschichte der DFG zu beschränken, sondern die Forschungsaktivitäten selbst in ihrem wissenschafts- und politikgeschichtlichen Kontext in den Blick zu nehmen. Erstrebt war nicht Vollständigkeit, sondern die Bearbeitung exemplarischer Themen, Entwicklungen, Diskurse und Biographien.

Dieses Ziel hat der Band, der von der Technischen Universität Braunschweig als Habilitationsschrift angenommen wurde, zweifellos erreicht. Schon beim ersten Blick in das Inhaltsverzeichnis fällt eine ungewöhnlich klare Strukturierung auf, die Ergebnis klarer Akzentsetzungen auf die Problematisierung, Institutionalisierung, Standardisierung, Regulierung, Aktivierung und Prekarisierung der betreffenden Substanzen ist, welche jeweils für den gesamten Untersuchungszeitraum analysiert werden. Was unter diesen Begriffen zu verstehen ist, wie sie angewendet werden, wird in der Einleitung zwar nur knapp und orientierend umrissen, jedoch zu Beginn der einzelnen Kapitel ausführlicher aufgegriffen, bevor es in den Kapiteln in die Analyse jener Transformationen geht, welche die Wirkstoffe letztlich als wissenschaftliche Dinge erst konstituierten und zu technowissenschaftlichen Lösungen für soziale Probleme machten, die sich an dem Gegensatzpaar von Mangel und Leistung orientierten. Stoff arbeitet heraus, wie die Wirkstoffe durch reflexive Vermittlungsprozesse zwischen wissenschaftlichen, industriellen und politischen Instanzen hergestellt und etabliert wurden, wie Forscher sich dabei aktiv in den Dienst des Nationalsozialismus stellten und Ressourcen für sich und ihre Forschungen aktivierten. Das abschließende Kapitel führt diese Entwicklungen unter der Überschrift „Prekarisierung“ zusammen und schlägt zugleich den Bogen zum Anfang zurück, indem es zeigt, dass die Wirkstoffe gerade wegen ihrer Leistungsfähigkeit neue therapeutische und diagnostische Möglichkeiten boten, aber eben auch Gefahren darstellten, die mit Hilfe der Forschung analysiert wurden und die Entwicklung einer gezielten Risikopolitik beeinflussten.

Beeindruckend an diesem Buch sind vor allem der Mut und die Konsequenz, mit denen der Autor kenntnisreich Schneisen in die Geschichte von Stoffen, Biographien und Institutionen schlägt. Deren Vielzahl fordern den Leser an manchen Stellen allerdings sehr stark und lassen ihn mitunter auch verwirrt zurück, zumal Sprache wie Darstellung enorm verdichtet sind und jedes Kapitel die Entwicklungen für den gesamten Zeitraum behandelt, so dass das Personeninventar sehr umfangreich ist. Doch wer sich hier durchkämpft, profitiert vom Konzept des Buches, denn in den folgenden Kapiteln wird jeweils auf das schon Erläuterte zurückgegriffen, tauchen wiederum die gleichen Personen und Substanzen auf, was dem Band große Kohärenz verleiht. Trotzdem hätte man sich für ein besseres Verständnis mancherorts ein wenig mehr Ausführlichkeit und Anschaulichkeit gewünscht, andererseits den Verzicht auf so sperrige Begriffe wie „Haferkoleoptile“ oder „Polyisoprenoide“ (S. 195), die dem nicht chemisch geschulten Historiker erst einmal nichts sagen. Angesichts des sehr ähnlichen Umfangs aller Bände dieser Reihe wird man aber wohl nicht fehlgehen, hier eine Auswirkung der Seitenbeschränkung zu vermuten, die ausführliche Erklärungen unmöglich machte.

Schwerwiegender ist da schon, dass die spezifische Rolle der DFG relativ blass bleibt und der Anspruch des Forschungsprogramms, die Entwicklungen international einzuordnen, nicht überall überzeugend gelingt. Denn dafür werden oft nur deutsche Quellen und zumeist Quellen aus der Provenienz der DFG selbst herangezogen, die naturgemäß eine ganz bestimmte Perspektive einneh-

men. Auf der anderen Seite hätte eine umfassende Behandlung der internationalen Entwicklungen zweifellos den Rahmen der ohnehin schon dichten Darstellung gesprengt und wohl auch die Aufnahmefähigkeit der Leser überfordert. Dennoch: All jene, die sich künftig mit diesem längst noch nicht erschöpften Gebiet beschäftigen, werden für die mutige Konsequenz beim Ziehen langer Linien dankbar sein und eine dichte, problemorientierte Einführung in unübersichtliche und disparate Felder mit vielen Akteuren vorfinden.

Berlin

ULRIKE THOMS

B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

MARCEL BERLINGHOFF: *Das Ende der „Gastarbeit“. Europäische Anwerbestopps 1970–1974* (Studien zur Historischen Migrationsforschung 27). Schöningh, Paderborn u. a. 2013, 403 S., 49,90 €.

Mit diesem Buch legt Marcel Berlinghoff seine Dissertation vor, mit der er 2011 an der Universität Heidelberg promoviert wurde. Darin geht er der Frage nach, warum die Industrieländer Nord- und Westeuropas während der 1970er Jahre in schneller Folge die Arbeitsmigration aus Drittstaaten beendeten. Anknüpfend an Ulrich Herberts – leider häufig übersehene – Feststellung, dass der Ölpreisschock nicht die Ursache des Anwerbestopps, sondern der dafür genutzte Vorwand gewesen sei, untersucht Berlinghoff die politischen und administrativen Diskussionen und Entscheidungsprozesse, die zu diesem für die Migrationsregime folgenreichen Schritt führten. Der Verfasser analysiert das Zustandekommen des Anwerbestopps anhand dreier Fallbeispiele: der Schweiz, der Bundesrepublik und Frankreich – Länder mit starker Einwanderung, die aufgrund ihrer unterschiedlichen politisch-administrativen Strukturen und Migrationsmuster (etwa Rotation, „Gastarbeiter“ und postkoloniale Zuwanderung nach Frankreich) ausgesucht wurden. Die Quellengrundlage der Arbeit besteht primär in Akten der jeweiligen Arbeits-, Sozial- und Innenministerien, teilweise wurden auch Unterlagen der ihnen untergeordneten Behörden oder der Außenministerien hinzugezogen. Der Schwerpunkt des Vergleichs liegt deutlich (allerdings ohne dass der Autor dies methodisch reflektiert) auf der Bundesrepublik. Die Studie verfolgt zwei Thesen, die in der Einleitung noch sehr zugespitzt dargestellt werden:

Die erste These besteht darin, dass dem Anwerbestopp eine „Entdeckung der Einwanderung“ voranging. Gemeint ist damit, dass Immigration nicht mehr als temporäres ökonomisches Phänomen, sondern als eine die Gesellschaften verändernde Entwicklung von zumindest mittlerer Dauer gesehen wurde, die erhebliche (Überfremdungs-)Ängste auslöste. In der Schweiz, deren Vorreiterrolle in der Migrationspolitik Berlinghoff insgesamt herausstellt, setzte dieser Prozess etwas früher ein. Im Laufe der Studie relativiert der Verfasser diese These etwas, indem er einräumt, dass es solche Debatten vereinzelt etwa in der Bundesrepublik bereits vor den frühen 1970er Jahren gegeben habe. Hier wäre es fruchtbar gewesen, den impliziten Widerspruch seiner These zu Karen Schönwälders Dissertation, die im sehr knappen Forschungsbericht zwar erwähnt wird, auf deren Ergebnisse Berlinghoff aber nicht weiter eingeht, aufzugreifen und klarzumachen, an welchen Indikatoren die von ihm postulierte Veränderung („Entdeckung“) der öffentlichen Debatten konkret festzumachen sei.

Die zweite These besteht in einer Europäisierung der Migrationspolitik, die Berlinghoff als Angleichung sowohl der Regimestrukturen als auch der Wahrnehmung von Immigration (aus Drittstaaten) sieht. Darüber hinaus betont er die Bedeutung der transnationalen Diskussionen über Migration für die Herausbildung einer europäischen Identität. Auch diese These wird im Verlauf des Buches nuancierter, etwa wenn der Autor nachzeichnet, wie sich die EWG-Mitgliedsstaaten dagegen wehrten, nationale Kompetenzen in der Migrationspolitik an die supranationale Ebene abzugeben.

Berlinghoffs lesenswerte Studie ist dort am stärksten, wo sie sich auf ihr eigentliches Kernthema, die transnationalen Austauschprozesse in diversen europäischen Gremien und ihre nationalen

Konsequenzen, konzentriert. Es hätte der Arbeit gutgetan, sich mehr darauf zu fokussieren und die langen Zusammenfassungen der Sekundärliteratur zu anderen Aspekten der Migrationsregime kürzer zu fassen. So bleiben etwa mögliche netzwerkanalytische Ansätze oder auch eine stärkere politische Verortung der Akteure unberücksichtigt. Besonders problematisch fällt das Kapitel zu den Diskursen der „Entdeckung der Migration“ aus (Kap. 2): Hier postuliert der Autor weitgehend losgelöst von der folgenden Analyse der Fallstudien sechs Argumentationsmuster, die sich gesamteuropäisch (worumher explizit nur Nord- und Westeuropa gefasst wird) vor dem Anwerbestopp entwickelt hätten. Nicht nur wirken die spärlichen Beispiele eher willkürlich gewählt, sondern der Anspruch, ein „gesamteuropäisches“ Vorkommen auf Grundlage der ohnehin ausgewerteten schweizerischen, bundesdeutschen und französischen Quellen nachzuweisen, führt hier leider auch dazu, dass die Position der Regierungen Schwedens und der Niederlande (um nur zwei Beispiele zu nennen) aus Berichten des BMI oder des AA erschlossen werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Marcel Berlinghoff mit seiner Dissertation einen interessanten Beitrag zur neueren Migrationsgeschichtsschreibung geleistet hat, indem er den Charakter des Anwerbestopps als (west-)europäisches Projekt der Schließung gegenüber weiterer außer-europäischer Einwanderung hervorhebt, das wesentlich mehr mit Überfremdungsängsten und wechselseitiger Versicherung der Regierungen, die richtige Politik zu verfolgen, zu tun hatte als mit einer Reaktion auf ökonomische Veränderungen.

Trier

JENNY PLEINEN

JOHANNES BRACHT: *Geldlose Zeiten und überfüllte Kassen. Sparen, Leihen und Vererben in der ländlichen Gesellschaft Westfalens (1830–1866)* (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte 55). Lucius & Lucius, Stuttgart 2013, 496 S., 68,00 €.

Forschungen zur ländlichen Vermögensbildung im Zeitalter der Agrarreformen konzentrierten sich bisher entweder auf die Verwendung der Ablösungskapitalien, z. B. als potentielle Quelle der Industriefinanzierung, oder leiteten ihre Sicht agrarischer Kreditmärkte aus der zeitgenössischen Literatur und Gesetzgebung ab. Demgegenüber geht die von Johannes Bracht verfasste vergleichende Fallstudie, sowohl was die Quellen, die Methoden der empirischen Analyse als auch die theoretischen Grundlagen angeht, innovative Wege. Am Beispiel dreier sehr unterschiedlich strukturierter ländlicher Gemeinden Westfalens gelingt es dem Autor in vorbildlicher Weise, Vermögensbildungsprozesse in der ländlichen Gesellschaft in einer Tiefe und Schärfe zu rekonstruieren, wie es bisher für Deutschland fehlte. Was die Arbeit auszeichnet, ist die Verknüpfung unterschiedlicher Faktormärkte wie des Kapital- und Bodenmarktes und die Herleitung ihrer Interaktion als das Ergebnis des strategischen Handelns der Akteure.

Die an der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster 2009 angenommene Dissertation entstand im Rahmen des von Ulrich Pfister geleiteten DFG-Projektes „Beziehungen und Ressourcenflüsse in der ländlichen Gesellschaft: Soziale Netzwerke in Westfalen im 19. Jahrhundert“. Dieses Projekt baut auf drei gleich strukturierten Datenbanken zu drei westfälischen Gemeinden auf, die unterschiedliche ländliche Wirtschaftsstrukturen repräsentieren: Proto-industrie (Löhne/Ostwestfalen), Landwirtschaft (Borgeln/Soester Börde), Wanderhandel, Heimgewerbe und Forstwirtschaft (Oberkirchen/Sauerland). Als Quelle dienen Bracht Kataster- und Hypothekenbücher, Grundakten und Sparkassenjournale aus Soest. Berücksichtigt werden Transaktionen von ca. 700 Höfen und knapp 25.000 Personen bzw. von ca. 2.000 Familien der Jahre 1833–1866. Hinzu kommen 600 Sparkonten und ca. 110 Kredite der Soester Sparkasse. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, was Bauern veranlasste, auf Finanz- und Bodenmärkten aktiv zu werden und welche Strategien sie verfolgten. Des Weiteren geht es um die Frage, ob und wie sich Faktormärkte entwickelten und in welcher Beziehung Boden- und Kreditmärkte sowie Sparen zueinander standen. Die

für den deutschsprachigen Raum erstmalig erfolgte Verknüpfung von Hypothekenkrediten, Sparkonten, Sparkassenkrediten und individuellen Ablösungsvorgängen mit Familien- und Grundbesitzrekonstruktionen ermöglicht dabei Bracht empirisch fundierte Erkenntnisse zur ländlichen Vermögenswirtschaft im Übergang zur Moderne, die weit über das Bisherige hinausreichen.

Tatsächlich führte erst die Ablösung der Höfe und die Beseitigung des geteilten Eigentums zu enormen Wertsteigerungen der Betriebe bzw. schuf geradezu erst Vermögenswerte. Zwar mussten die Bauern hohe Ablösungskapitalien aufbringen, aber dem stand ein enormer Wertzuwachs ihrer Höfe gegenüber, was den Hypothekenkredit beflügelte. Doch die Veränderungen bedeuteten nicht so sehr die Verdrängung traditioneller Formen stark personalisierter ländlicher Kreditbeziehungen durch einen ‚entpersonalisierten‘ bzw. institutionalisierten Agrarkredit als vielmehr die Transformation des traditionellen ruralen Kreditsystems. Bauern setzten die neuen Möglichkeiten vor allem im Rahmen ihrer Familienstrategien ein. Am meisten profitierten von den erweiterten Spielräumen und expandierenden Kreditmärkten die weichenden Erben, ohne dass die finanzielle Ausstattung der Höfe gefährdet war. Einen Schritt weiter gedacht, könnten die Ergebnisse von Bracht bedeuten, dass agrarische Arbeitsmärkte sich bei wachsender industrieller Konkurrenz durch die Ablösung der Höfe auf Dauer stabilisiert haben dürften, da es nun besser gelang, dringend gebrauchte Familienarbeitskräfte an die Höfe zu binden.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Arbeit – neben vielen anderen – ist, dass kein gesamtwirtschaftlicher integrierter Kreditmarkt vorlag, sondern viele lokal gebundene Kreditmärkte nebeneinander existierten. Die enormen bäuerlichen Vermögenszuwächse standen somit der Industriefinanzierung kaum zur Verfügung. Langfristige Kredite, die eher den Charakter von Rentenpapieren hatten, nahmen nach 1850 deutlich ab. Gleichzeitig fällt auf, dass Privatkredit nicht bedeutete, Kreditbeziehungen mit Personen im Nahbereich einzugehen. Vielmehr war das Gegenteil der Fall. Die Aufzählung neuer Ergebnisse ließe sich noch lange fortsetzen, doch sei dies dem Leser überlassen. Die Studie von Johannes Bracht ist uneingeschränkt zu empfehlen.

Halle a. d. Saale

MICHAEL KOPSIDIS

STEPHEN BRAIN: *Song of the Forest. Russian Forestry and Stalinist Environmentalism, 1905–1953* (Pitt Series in Russian and East European Studies). University of Pittsburgh Press, Pittsburgh 2011, VIII u. 232 S. (16 Abb.), 23,99 €.

JEFFREY K. WILSON: *The German Forest. Nature, Identity, and the Contestation of a National Symbol, 1871–1914* (German and European Studies 11). University of Toronto Press, Toronto/Buffalo/London 2012, XIV u. 326 S. (25 Abb. u. Karten, 2 Tab.), 47,60 €.

Neugier, eine gesunde Skepsis gegenüber Master-Erzählungen sowie eine ausgeprägte Lust, vermeintliche Tatsachen zu hinterfragen und gegebenenfalls als falsch zu entlarven, sind Charakteristika, die gute Historiker auszeichnen. Stephen Brain und Jeffrey K. Wilson beweisen mit ihren Büchern, dass sie zu diesen gehören.

Brain widmet sich der verbreiteten Behauptung, die Sowjetunion habe aufgrund ideologischer Vorstellungen und der forcierten Industrialisierung seit den späten 1920er Jahren die Ressourcen ihrer natürlichen Umwelt ohne Rücksicht auf ökologische Probleme genutzt und eine hochgradig verschmutzte oder gar zerstörte Natur hinterlassen. Dem stellt Brain die überraschende Feststellung entgegen, kein anderes Land der Welt habe schon in den 1940er Jahren so viel Wald vor einer rationalen (industriellen) Nutzung geschützt, wie die Sowjetunion Stalins. Brains Fragen zielen dementsprechend auf die dafür ausschlaggebenden Gründe und auf die Einzelheiten der Umsetzung dieses „Stalinist Environmentalism“.

Seine Antworten holen weit aus und reichen bis zur Wende zum 20. Jh., als die in Russland dominierenden Forstwirtschaftsmethoden zunehmend kritisiert worden seien. Diese waren im Lau-

fe des 19. Jh.s weitgehend aus Deutschland übernommen worden, würden aber, so die Kritiker, die Wälder Russlands gefährden, da die natürlichen Verhältnisse ganz andere als in Mitteleuropa seien. Einer der wichtigsten Kritiker war Georgij Fedorovič Morozov, der Anfang des 20. Jh.s der ‚deutschen‘ eine ‚russische‘ Forstwirtschaft entgegensetzen wollte. Er schlug vor, statt einem im ganzen Land einheitlich verfolgten sowie Altersklassen- und Hochwaldwirtschaft, Monokulturen und Kahlhieben verpflichteten Ansatz lokale Standortverhältnisse zu erkunden, verschiedene Waldtypen zu bestimmen und diese dann mit jeweils angemessenen Anbau- und Erntemaßnahmen zu bewirtschaften. Zudem lehnte Morozov es ab, den Wald lediglich als Fläche anzusehen, mit deren rationeller Nutzung Geld verdient werden könne. Vielmehr seien Wälder ganzheitliche Lebensgemeinschaften mit jeweils verschiedenen Lebensbedingungen und Eigenschaften. Kern von Morozovs Ansatz war es also, der angeblich generalisierenden Betrachtungsweise der ‚deutschen‘ eine differenzierte ‚russische‘ Forstwirtschaft gegenüberzustellen, die allein der großen natürlichen Vielfalt des Landes gerecht werden könne.

Wie Brain überzeugend darlegt, entstanden diese Überlegungen Morozovs nicht nur in Reaktion auf eine ‚reale‘ Verschlechterung oder Verminderung des Waldes in Russland. Vielmehr waren sie Teil jener Auseinandersetzung, die russische Intellektuelle im 19. und frühen 20. Jh. führten und deren Teilnehmer entweder eine weitere Modernisierung ihres Landes nach westlichem Vorbild forderten (‚Westler‘) oder die Rückbesinnung auf vermeintliche und tatsächliche russische Traditionen (‚Slawophile‘). Die „Russianness“ (S. 169) von Morozovs Ideen sei es dann auch gewesen, die ihnen in den 1930er Jahren eine Schlüsselstellung im ‚stalinistischen‘ Waldschutzprogramm eingebracht habe.

Zunächst aber waren die Jahre nach 1917 hinsichtlich der Forstverwaltung, der Forstpolitik und der Forstwirtschaft von einer uneinheitlichen Entwicklung gekennzeichnet, die Brain kenntnisreich beschreibt. Versuche, eine zentralistische Verwaltung und einheitliche Bewirtschaftungsmethoden durchzusetzen, wechselten sich mit differenzierteren Ansätzen ab, die eigenständiges Handeln auf lokaler und regionaler Ebene erlaubten. Gleichzeitig verloren bzw. gewannen Anhänger von Morozovs Ideen an Einfluss in Verwaltung und Hochschulen. 1931 sei es schließlich zur entscheidenden Wende hin zur ‚stalinistischen‘ Waldschutzpolitik gekommen, als die Anhänger einer industriemäßig betriebenen Forstwirtschaft gerade glaubten, sich im Zuge des ersten Fünfjahrplanes mit ihrer Vorstellung vom Wald als einer schlichten Rohstoffquelle für die aufzubauende Industrie endgültig durchgesetzt zu haben.

Warnungen seitens Förstern und Wissenschaftlern vor Hochwassern, desaströsen Folgen ungehemmter Kahlschlagswirtschaft für lokale und regionale hydrologische Verhältnisse sowie für die Landwirtschaft, so Brain, seien auf Resonanz bei Kommunalverwaltungen gestoßen und etwas später auch im Rat der Volkskommissare, der 1931 auf expliziten Wunsch Stalins ein neues Forstgesetz verabschiedete. Dieses teilte die Wälder des Landes in zwei Gruppen ein, von denen die größere weiterhin der industriellen Nutzung überlassen wurde. Die zweite Gruppe aber umfasste bis Ende der 1930er Jahre immerhin rund 70 Millionen Hektar Wald im europäischen Russland, in denen Kahlhiebe verboten waren, lokale Standortverhältnisse bei der Bewirtschaftung berücksichtigt werden mussten und Wälder entlang großer Flüsse gar nicht genutzt werden durften. Die 1943 (!) erfolgte Novellierung dieses Gesetzes bildete bis 2006 die Grundlage zur Bewirtschaftung der Wälder Russlands.

Die große Bedeutung hydrologischer Argumente für den Waldschutz, die Forderung nach einer auf jeweilige Standortverhältnisse abgestimmten Bewirtschaftung einzelner Wälder sowie das Verbot von Kahlhieben führt Brain auf eine Renaissance von Morozovs Ideen zurück. Die dadurch entstehende sowjetische Forstwirtschaft interpretiert er als ein „distinct and uniquely Russian approach to forest management“ (S. 138). Zwar sei mit der Einteilung der Wälder in zu schützende und behutsam zu bewirtschaftende Areale einerseits sowie in auszubeutende Gebiete andererseits der größere Teil des russischen Waldes Kahlschlägen explizit ausgeliefert gewesen. Auch seien Wälder nicht um ihrer selbst willen geschützt worden, sondern lediglich als Mittel zu anderen Zwecken. Dennoch seien die Schutzmaßnahmen im Sinne eines „Stalinist Environmentalism“ als eine neue Struktur in der sowjetischen Politik zu verstehen, die in den gegebenen Verhältnissen die beste Möglichkeit geboten habe, Ökologie und Ökonomie miteinander zu verbinden.

Man mag darüber streiten, ob das Adjektiv „stalinist“ glücklich gewählt ist, zumal Brain an keiner Stelle einen Beweis für ein größeres Interesse des sowjetischen Diktators am Waldschutz erbringt. Auch der Erfolg der Maßnahmen müsste noch im Einzelnen geprüft werden. Dass Brain mit seinem Buch aber eine bemerkenswerte und sehr gut lesbare Arbeit zu einem bisher kaum behandelten Thema vorgelegt hat, wird wohl niemand bestreiten.

Das gleiche Urteil lässt sich über Wilsons Studie zu waldbezogenen Debatten im deutschen Kaiserreich fällen. Der Diskurs zum „Deutschen Wald“, so Wilson, sei bisher vor allem ideengeschichtlich untersucht worden. Die dabei vorherrschende Konzentration auf Beiträge, die eine quasi-natürliche Verbindung zwischen dem Wald und dem deutschen Volk behaupteten, interpretiert er als Ausdruck jener Sonderwegthese, die Deutschland eine besondere Entwicklung in die Moderne zuschrieb. In diesem Sinne sei die Mythisierung des „Deutschen Waldes“ eine spezifisch deutsche Antwort auf die Herausforderungen der Modernisierung gewesen. Nun gilt die Sonderwegthese bereits seit einiger Zeit als widerlegt, und Wilsons Schwerpunktsetzung mag deshalb auf den ersten Blick etwas verwundern. Doch wie er mit einigem Recht behauptet, sind Arbeiten zur deutschen Walddebatte trotz einiger differenzierter Ansätze noch immer recht einseitig auf eben diese konservativen, nationalen und völkischen Äußerungen konzentriert. Wilson setzt sich daher das Ziel, den „silvan discourse“ des Kaiserreichs breiter darzustellen, indem er sein Augenmerk weg von den Intellektuellen hin auf andere Akteure richtet und danach fragt, wie der Wald diesen als Argument diente und inwiefern sie so ebenfalls zur nationalen Identitätsbildung beitrugen.

Dies gelingt ihm in bemerkenswerter Weise. Wilson zeigt, dass der Topos des „Deutschen Waldes“ um 1900 in bürgerlichen Medien quasi omnipräsent war und dabei half, die heimatliche Landschaft ‚deutsch‘ werden zu lassen, während er in der Arbeiterschicht offenbar kaum Anklang fand. Auch teils erzkonservative Großwaldbesitzer konnten wenig mit der nationalen Aufladung ihres Eigentums anfangen. Mithilfe gesetzlicher Maßnahmen versuchten einige von ihnen sogar, ihr Eigentumsrecht voll durchzusetzen und unliebsamen Wanderern und Naturliebhabern den Zutritt zu ihren Wäldern zu untersagen. Ein Anliegen, das ihnen dank des Widerstands von Nationalen, Liberalen und der Arbeiterbewegung nicht gelang, so dass der ungehinderte Zutritt zu den Wäldern Deutschlands bis heute jedem frei steht und als eine Art Überbleibsel der Vormoderne angesehen werden kann.

Die inhaltliche Breite des „silvan discourse“ verdeutlicht Wilson weiter, indem er den Streit um den Berliner Grunewald im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg untersucht, bei dem es um den Erhalt eines wichtigen Berliner Naherholungsgebiets ging. In einer Art ‚Mitte-Links-Bündnis‘ mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und Parteien setzten kommunale Beamte ihre Interessen gegen diejenigen privater Spekulanten und der preußischen Regierung durch, die einen Teil des Grunewalds als lukratives Bauland verkaufen wollten. Bemerkenswert ist dabei, welche Verhandlungsposition Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure gegenüber dem Staat im oft als ‚obrigkeitshörig‘ charakterisierten Kaiserreich hatten und welche geringe Relevanz der „Deutsche Wald“ im Vergleich zu sozialhygienischen Argumenten besaß.

Des Weiteren befasst sich Wilson mit der Rolle des Waldes für Germanisierungsbestrebungen im preußischen Osten, genauer in der Tucheler Heide südlich von Danzig. Dort hätten Förster dem „Deutschen Wald“ eine zivilisatorische Wirkung gegenüber der als kulturell minderwertig angesehenen lokalen Bevölkerung zugeschrieben. Mit der Veränderung von deren natürlicher Umwelt und ihrer Einbeziehung in die Wald- und Holzwirtschaft sollten Polen und Kaschuben zu deutschen Staatsbürgern werden. Die Rechnung ging allerdings nicht auf. Die Bewohner wehrten sich gegen die neue Ordnung mit Holzdiebstählen, Brandstiftungen und Gewalttaten. Dies und die Kolonialherren-Attitüde deutscher Förster stärkte die nationale Bewegung der Polen. Die Auseinandersetzungen zogen sich deshalb bis zum Ersten Weltkrieg hin, ohne dass das große Waldgebiet ‚deutsch‘ geworden wäre.

Abschließend widmet sich Wilson der metaphorischen Verwendung des Waldes und von Bäumen. Von Linksradikalen wie Karl Marx über Liberale wie Emil Adolf Roßmäßler und Biologen wie Raoul Francé bis hin zu völkischen Autoren wie Rudolf Driesbach – für sie alle waren Wälder Pflanzengemeinschaften, die der menschlichen Gesellschaft bis zu einem gewissen Grade ähnelten. Und je nach politischer Überzeugung zogen sie aus dieser Erkenntnis Schlüsse, wie ideale Gesellschaften funktionieren sollten.

Wilsons Buch ist bemerkenswert, bietet es doch die Möglichkeit, die Debatte über den „Deutschen Wald“ neu zu eröffnen. Denn mit der Frage nach der Bedeutung des Waldes in Deutschland – und nicht unbedingt nach dem „Deutschen Wald“ – kommen mehr Akteure ins Blickfeld, die aus unterschiedlichen Perspektiven versuchten, ihre Interessen an oder auch mit dem Wald durchzusetzen. Insofern ist Wilsons Ausdruck des *einen* „silvan discourse“ zu eng, da er überzeugend darstellt, dass in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg *mehrere* ineinander verwobene Walddebatten stattfanden. Zudem macht Wilson aus einer bisher nicht eingenommenen Perspektive einmal mehr deutlich, wie disparat – und modern – die deutsche Gesellschaft des Kaiserreichs war und auf welch unterschiedlichen Wegen den Zeitgenossen der Weg in die deutsche Nation geebnet werden konnte. Dies macht seine Arbeit zu einem Buch, das eine Rezeption über umwelthistorisch interessierte Kreise hinaus verdient hat.

Abschließend drei Aspekte, die von Brain und Wilson nur angerissen werden, aber eine systematische Untersuchung wert wären. Erstens machen beide Autoren deutlich, dass sowohl in Russland als auch in Deutschland mit dem Wald ein Teil der Natur für die Konstruktion nationaler Identitäten diene. Wie Wilson betont, finden sich ähnliche Entwicklungen auch in anderen Gesellschaften. Eine systematisch vergleichende Untersuchung von ‚Wald-Ideologien‘ könnte daher den Blick für bisher wenig beachtete Gemeinsamkeiten in den einzelnen Nationalstaatsbildungen öffnen.

Zweitens weisen Brain und Wilson auf die hohe ökonomische Bedeutung der Forstwirtschaft in sich industrialisierenden Gesellschaften hin – ein Aspekt, der sich in vielen Volkswirtschaften jener Zeit findet, da mit der Industrialisierung die Nachfrage nach Holz anstieg. Dies führte zur Erschließung bis dahin wenig oder nicht genutzter Wälder, zur Entstehung internationalen Holzhandels, zur Entwicklung rationellerer Waldarbeitsmethoden sowie zur Etablierung neuer Industriezweige und der wissenschaftlichen Holzforschung. Auch hierzu fehlen Arbeiten, die sich einem internationalen Vergleich annähmen, und selbst auf nationaler Ebene sind entsprechende Studien bisher nur punktuell vorhanden.

Drittens: Zur gleichen Zeit, als Morozov in Russland ‚deutschen‘ Forstwirtschaftsmethoden eine Absage erteilte und eine ‚russische‘ Sichtweise auf den Wald entwickelte, die diesen als einheitliche Lebensgemeinschaft betrachtete, schrieb Rudolf Driesbach ein Buch über den „Wald als Erzieher“ des deutschen Volkes. Wie andere deutsche Autoren des frühen 20. Jh.s war er der Meinung, ein deutscher Wald könne nur ein Mischwald sein, der kontinuierlich und ohne Kahlschläge bewirtschaftet werden müsse. Um diesen so genannten „Dauerwald“, der Morozovs Vorstellungen verblüffend ähnlich war, entbrannte in den 1920er Jahren in der forstlichen Fachöffentlichkeit Deutschlands ein heftiger Streit, und in den 1930er Jahren wurden die damit verbundenen Bewirtschaftungsmethoden zumindest zeitweise zur offiziellen Doktrin. Es ist daher sicher kein Zufall, dass Morozovs „Lehre vom Walde“ 1928 auf Deutsch erschien, und es stellt sich die Frage, ob es sich bei der Entstehung ganzheitlicher Waldvorstellungen um Transferprozesse handelte, ermöglicht von be- oder entstehenden (Experten-)Netzwerken, oder ob es sich um unabhängige Reaktionen auf ähnliche Situationen handelte, die nur mit anderen Argumenten legitimiert wurden.

Kurzum: Brain und Wilson haben nicht nur lesenswerte und überzeugende Studien zu ihren jeweiligen Themen vorgelegt, sondern regen gleichzeitig zur Diskussion und zu neuen Forschungsarbeiten an.

Freiburg

MARTIN BEMMANN

PATRICK ELGG: *Berufspädagogische Rationalisierung unter dem Primat des Politischen? Zur Vervollständigung des Dualen Systems im „Dritten Reich“* (Studien zur Berufspädagogik 44). Dr. Kovač, Hamburg 2012, XIII u. 322 S. (5 Tab.), 88,00 €.

Innerhalb der Historischen Berufsbildungsforschung nehmen Untersuchungen über die Entstehung und Entwicklung des Dualen Systems der Berufsausbildung einen breiten Raum ein. Es sind weniger

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Wirtschafts- und Sozialhistoriker, sondern vor allem Pädagogen und Wirtschaftswissenschaftler, die sich des Themas angenommen haben und annehmen. Hierzu gehört auch die am Fachbereich Betriebswirtschaftslehre der Universität Mannheim entstandene Dissertation von Patrick Elgg.

Der Autor betrachtet, in Anlehnung an das Handlungsschema der Modernisierung nach van der Loo und van Reijen, die Veränderungen der Berufsausbildung unter dem Aspekt der Rationalisierung, dem „Ordnen und Systematisieren der Wirklichkeit, um sie vorhersehbar und beherrschbar zu machen“. Mit Blick auf die Ausformung des Dualen Systems im Nationalsozialismus übernimmt er von Heinrich Abel und Martin Kipp den Begriff der „Perfektionierung“, der zum einen „die der Logik industrieller Entwicklung folgende Tendenz“ zur Intensivierung, Vereinheitlichung und Systematisierung des Ausbildungswesens, zum anderen „die Tendenz zur Verstärkung und Institutionalisierung der mit der Facharbeiterqualifikation einhergehenden Sozialintegration, die spezifisch nationalsozialistisch überformte Vergesellschaftung von Gehorsamserzeugung“ beinhaltet (S. 14 f.).

Elgg gliedert seine Untersuchung in drei Teile. Im ersten gibt er einen Überblick über die „Idee des Dualen Systems“ aus der Perspektive der Bildungsökonomie, der Berufs- und Wirtschaftspädagogik und verschiedener gesellschaftlicher Interessengruppen. Vor allem die bildungsökonomische Ebene interessiert ihn: Da die Gestaltung des Ausbildungssystems für die an der Berufserziehung beteiligten Akteure wirtschaftliche Konsequenzen nach sich zieht, ist davon auszugehen, dass sie Einfluss auf dessen Ausformung zu nehmen suchen.

Wie sich die Berufsausbildung im Spannungsfeld der verschiedenen Interessen und vor dem Hintergrund sich ändernder ökonomisch-technischer Anforderungen von der Einführung der Gewerbefreiheit im frühen 19. Jh. bis zum Ende der Weimarer Republik entwickelte, wird in einem zweiten Teil beschrieben. Elgg legt anschaulich dar, wer warum welche Positionen in der Auseinandersetzung um Zuständigkeiten, Berufsschulunterricht, Berufsbilder, Ausbildungs- und Prüfungsordnungen vertrat. Er orientiert sich dabei an den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen in Preußen. Das ist legitim, denn spätestens seit 1920 gab Preußen die Richtung bei der Berufsausbildung vor. Dass es vorher abweichende Entwicklungen gab, erwähnt er zwar, führt es aber nicht weiter aus. So sei der Hinweis gestattet, dass sich das berufliche Schulwesen der süddeutschen Staaten mit ihren frühen Gewerbe- und Handwerkerschulen deutlich von der erst später ins Leben gerufenen preußischen Fortbildungsschule unterschied.

Im dritten Teil wird beschrieben, wie sich 1933 das „Spannungsfeld“, in dem sich die an der Berufsausbildung beteiligten Gruppen bewegten, erheblich veränderte. Nach der Machtübernahme gelang es der Industrie sehr schnell, ein eigenständiges Ausbildungswesen mit eigenen Berufsbildern und Ordnungsmitteln aufzubauen. Das lag nicht nur an der Ausschaltung der Gewerkschaften; auch das Handwerk musste seinen Widerstand gegen eine gleichrangige industrielle Ausbildung aufgeben. Maßgeblich war, dass sich in der Ausbildungsfrage die Zielsetzungen von Industrie und NS-Regime weitgehend deckten. Beide strebten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, Rationalisierungsmaßnahmen an, und dazu bedurfte es einer „Perfektionierung“ der industriellen Ausbildung. Die Nationalsozialisten griffen nur dann in den „fachlichen“ Teil ein, wenn es Rüstungsinteressen geboten. Umso mehr nahmen sie sich der ideologischen Schulung der Lehrlinge an. Der „staatsbürgerliche“ Unterricht war auch bisher von den verschiedenen politischen Systemen unterschiedlich interpretiert worden, doch unter der NS-Herrschaft erreichte die ideologische Indoktrination der Lehrlinge qualitativ wie quantitativ eine völlig neue Dimension.

„Angesichts der in der nationalsozialistischen Ideologie angelegten Widersprüche“, so Elgg, sei es falsch, von einer Vollerfüllung oder Perfektionierung des dualen Ausbildungssystems nach 1933 zu sprechen (S. 289). Schon gar nicht ist es eine Schöpfung der Nationalsozialisten. Alle Strukturen und Komponenten waren bereits vor 1933 entwickelt, die Richtung war längst vorgezeichnet. Nach 1945 wurde das System, befreit von seinen ideologischen Bestandteilen, zunächst unverändert übernommen.

Elgg bietet nicht nur einen ausgezeichneten Überblick über die Entwicklung der modernen Berufsausbildung in Deutschland; er stellt sie auch in Beziehung zu den wichtigsten berufspädagogischen und betriebswirtschaftlichen Theorien zu diesem Thema. Die Erklärungsansätze, die er daraus entwickelt, sind durchaus überzeugend.

Darmstadt

ULRICH EISENBACH

JULIA ALEXANDRA LUTTENBERGER: *Verwaltung für den Sozialstaat – Sozialstaat durch Verwaltung? Die Arbeits- und Sozialverwaltung als politisches Problemlösungsinstrument in der Weimarer Republik* (Studien zur Geschichte der Weimarer Republik 5). Lit, Münster 2013, 548 S., 54,90 €.

Die Entstehung der Arbeitslosenversicherung sowie des Arbeitsvermittlungswesens in der Weimarer Republik, auch die Gründe für die vergleichsweise späte Entwicklung in Deutschland, sind bereits gut erforscht. Die Historikerin Julia Alexandra Luttenberger untersucht in ihrer Dissertation die in diesem Kontext entstehende Arbeitsverwaltung. Sie begreift diese Verwaltung nicht einfach als einen Akteur, der politische Lösungsvorgaben praktisch umsetzt. Die These der Schrift ist, dass die Arbeitsverwaltung auch selbst als „politischer Lösungsansatz“ (S. 15) für die spezifischen Allokationsprobleme des Arbeitsmarktes der Weimarer Republik gesehen werden muss. Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind für die Verfasserin – wie auch in den Debatten der Zeit – vorrangig Teil der Wirtschafts-, nicht der Sozialpolitik. Die weitgehende Ausblendung der sozialpolitischen Seite der Arbeitsmarktpolitik in der Schrift überrascht. Zum einen, weil – was die Unternehmer damals auch beklagten – mit der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung Lohnabhängigen soziale Rechte im Sinne T. H. Marshalls verliehen wurden; zum anderen aber auch, weil die Autorin Arbeits- und Sozialverwaltung als zusammengehörig betrachtet. Sie differenziert dann aber nicht weiter zwischen den beiden Bereichen.

Im Laufe ihrer Abhandlung nimmt Luttenberger verschiedene Perspektiven auf die Verwaltung ein. Zunächst begreift sie sie als geprägt durch ihre „Außenbeziehungen“ zu ihrer Umwelt. So stellt sie z. B. mit Lutz Raphael und Wilfried Rudloff einen Einfluss der Wissenschaft bzw. eine Verwissenschaftlichung der Verwaltung und ihrer Gegenstandsgebiete fest. Wie genau welches wissenschaftliche oder disziplinäre Wissen für den Aufbau der Verwaltung und im Verwaltungsalltag genutzt wurde, bleibt allerdings im Unklaren. Daneben verfolgt die Autorin die Frage, wie verschiedene politische Interessen und Ideen auf die Einführung von Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung wirkten. Die Forschung zu diesem Thema hat wiederholt den Einfluss von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften auf den politischen Diskurs um die Entstehung der Arbeitslosenversicherung betont (vgl. Isabella Mares: *The Politics of Social Risk. Business and Welfare State Development*. Cambridge 2003; Christine Trampusch: *Arbeitsmarktpolitik, Gewerkschaften und Arbeitgeber*. Ein Vergleich der Entstehung und Transformation der öffentlichen Arbeitsverwaltungen in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden zwischen 1909 und 1999. Göttingen 2000). Deshalb verwundert es stark, dass Luttenberger hier lediglich die divergenten Positionen der Weimarer Parteien zum Thema referiert und dann in ihrer Darstellung auf der Ebene der Problemdefinition der Parteien verbleibt. Man hätte sich mehr Aufschluss darüber gewünscht, wie die referierte gesellschaftlich-politische Diskussion sich auf die Ausgestaltung der staatlichen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit auswirkte, die ja die Richtlinien für das Verwaltungshandeln beinhalteten. Die Entwicklung der staatlichen Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit wird allerdings lediglich aus dem bereits bestehenden reichhaltigen Forschungsstand übernommen.

Die Verwaltung selbst wird schließlich mit ihrer Beschäftigtenstruktur, ihrer Rekrutierungs- und Arbeitsweise vorgestellt. Bei Luttenberger erscheint die Sozialverwaltung als wirtschaftspolitisch funktionale Antwort des Staates auf gesellschaftlich wahrgenommene Probleme. Weitgehend ausgeklammert bleibt in der vorliegenden Studie die Perspektive auf Verwaltung als Institution, die sich ihre Probleme und damit ihre Zuständigkeitsbereiche selbst konstruierte. Gerade hier hätten aber interessante Bezüge zu aktuellen Forschungen im Bereich Arbeitsvermittlung und Arbeitspolitik gezogen werden können (etwa Olaf Behrend/Wolfgang Ludwig-Mayerhofer: *Sisyphos motivieren*, oder: *Der Umgang von Arbeitsvermittlern mit Chancenlosigkeit*, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 54 [2008], S. 37-55). Inwiefern die Arbeitsverwaltung tatsächlich als „Lösungsansatz“ erfolgreich war (oder in der wirtschaftlichen Situation der Weimarer Republik überhaupt hätte sein können) und welche verschiedenen Maßstäbe hierfür hätten angewandt werden können, wird durch die vorliegende Studie jedenfalls nur unzureichend beantwortet.

Göttingen

CHRISTINA MAY

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

STEFANIE MAHRER: *Handwerk der Moderne. Jüdische Uhrmacher und Uhrenunternehmer im Neuenburger Jura 1800–1914* (Reihe Jüdische Moderne 14). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2012, 280 S. (15 s.-w. u. 16 mehrfarb. Abb., 20 Tab.), 39,90 €.

Der Haupttitel der vorliegenden Basler Dissertation ist deutlich zu weit gefasst, ein hinzugesetztes „ein“ wäre angemessen gewesen, spielt doch der sozialwissenschaftliche Begriff der „Moderne“ in den Ausführungen kaum eine Rolle. Mahrer geht es vielmehr um die Erschließung von „Lebenswelten“, was gut auf das Deckblatt gepasst hätte. Sie nutzt dabei Theorieansätze, die von E. Husserl bis P. Bourdieu reichen und von S. Lässig mit Blick auf Integration und „bürgerlichen Aufstieg“ von Juden ausgebaut wurden (S. 22–30, 108–116).

Leider ist die Behauptung „Jüdische Uhren gab und gibt es nicht“ (S. 11) falsch: Sie sind mit hebräischem Ziffernblatt versehen. Entweder laufen sie links herum wie jene am Prager jüdischen Rathaus oder im Budapester Teleki-Tér-Shtiebl oder sie sind – weit häufiger – rechtsläufig wie jene mit jüdischer Emblematik versehenen alten Taschen- und Tischuhren, Letztere werden gegenwärtig als Chaykin-Modelle mit jüdischem Kalender, Sabbatfunktion, Tourbillon im Davidstern und Tannachbeschriftung hergestellt.

Mahrer sind sie vielleicht deshalb unbekannt, weil sie nicht aus dem Schweizer Jura kommen, wo sich seit dem 19. Jh. v. a. in La Chaux-de-Fonds, Le Locle, Neuchâtel und Saint-Imiers die immer noch weltweit führende Region der Uhrenproduktion entwickelte. An diesem Erfolg waren jüdische Einwanderer aus dem Elsass beteiligt. Ihren Ursprüngen, ihrem sozialen, religiösen und wirtschaftlichen Umfeld, ihren Migrationsgründen, ihrer Integration, ihrem Erfolg und ihrem Aufstieg geht die Verfasserin mit größter Umsicht nach. Ihre Archivrecherchen in der Schweiz und in Frankreich bestechen. Die dichteste Überlieferung konnte sie für La-Chaux-de-Fonds erschließen, was den Fokus auf diese, zugleich bedeutendste Gemeinde richtet.

Die Studie beginnt nach einer umfänglichen methodischen Grundlegung mit einer sorgfältigen Darstellung der jüdischen Lebenswelt im elsässischen Sundgau, aus dem 90 Prozent der Juden seit 1767 einwanderten. Eine Fallstudie zu Hegenheim zeigt, dass sie in ihrer Heimat meist Händler, aber auch Handwerker waren, seit dem 17. Jh. in rechtssicheren Verhältnissen lebten und durch Heiraten mit der Schweizer und deutschen Nachbarschaft verbunden waren. War die Uhrenproduktion einst aus England und Genf in den Jurabogen gekommen, so tauchte 1839 der erste jüdische Handwerker in der La Chaux-de-Fonner Uhrmacherei auf. Die jüdische Migration lässt sich in drei Zusammenhängen erkennen: als ein traditionell verbindendes, nicht zuletzt durch den Handel gefördertes Element, als Reaktion auf die Verdrängung der Juden aus dem elsässischen Kreditwesen und als Möglichkeit zum wirtschaftlichen Aufstieg.

Zwischen 1840 und 1860 verstärkte sich der Entschluss zum Bleiben, erkennbar an Forderungen nach Gleichbehandlung, Einrichtung jüdischer Comptoirs d'horlogerie und der Ausgestaltung einer eigenen religiösen Lebenswelt mit Synagoge und Versorgung durch Koscherfleisch. Die Etablierung zwischen 1860 und 1880 bewirkte nicht die Integration in die Gesamtbevölkerung, ein antijüdischer Aufruhr machte dies deutlich; im Gewerbe jedoch überschritt sie durch technische Innovationen die bloße Integration. 1880 bis 1914 trat ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein zutage. Ablesbar war dies am ästhetisch gelungenen Bau einer Synagoge mitten im öffentlichen Raum, deren Eröffnung in Anwesenheit von politischer und kirchlicher Prominenz, an internationalen Produktauszeichnungen und am Erfolg bei der Bewältigung wirtschaftlicher Krisenjahre. Gemeinsam mit christlichen Selbstmademen wurden Juden zu Vorreitern der Industrialisierung und drangen so auch in die obersten Gesellschaftsschichten vor.

Selbst wenn die Lohnabhängigen und Erfolglosen nicht in den Blick geraten, was der Verfasserin bewusst ist, ist ihr zuzustimmen, dass es sich bei der jüdischen Einwanderung in den Jurabogen um eine Erfolgsgeschichte handelte, deren wesentliche Voraussetzung in der Offenheit der lokalen Produktionsweise lag. Der früh schon angelegte Gedanke, dass der Aufschwung der Uhrenbranche mit der Ökonomisierung der Zeit zusammenhing, hätte gut mit Blick auf die Moderne in der Zusammenfassung ausgebaut werden können. Doch – wie eine Schweizer Uhr aus dem gehobenen Segment überzeugt die Studie Mahrers durch soliden Aufbau und feine Präzision.

Wilnsdorf bei Siegen

RAINER S. ELKAR

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

WIEBKE POROMBKA: *Medialität urbaner Infrastrukturen. Der öffentliche Nahverkehr, 1870–1933*. Transcript, Bielefeld 2013, 442 S., 36,80 €.

Innerhalb der Kultur- und Medienwissenschaften herrscht seit geraumer Zeit ein erhöhtes Interesse an den materialen und organisatorischen Anordnungen des Verkehrs, der Logistik und der Infrastruktur – ein Interesse, das die jahrzehntelange Faszination von Szenarien der Simulation und Virtualisierung ablöst. Mit der vorliegenden Studie zur Medialität urbaner Infrastrukturen, die 2011 an der HU Berlin als Dissertation angenommen wurde, bewegt sich die Autorin also auf einem recht gut vorbereiteten Terrain. Untersuchungsleitende These ist, „dass Infrastrukturen nicht nur die zentralen Organisationsmodi moderner Gesellschaften darstellen, sondern darüber hinaus auch das materiale Fundament kultureller Konstellationen bilden“ (S. 23), womit im Wesentlichen kulturelle Semantiken und die mit ihnen verbundenen Bildreservoirs gemeint sind. Das Buch gliedert sich in vier Teile, die durch ein einleitendes Kapitel und ein Nachwort ergänzt werden.

Die Einleitung und der erste Teil stecken den methodischen und theoretischen Rahmen ab. Hier wird der Frage nach dem allgemeinen Verhältnis zwischen Technik und Kultur in einer ausführlichen Darstellung der einschlägigen technikphilosophischen Ansätze von der Antike bis zur klassischen Moderne und der kritischen Theorie nachgegangen. Der eigene Zugriff wird unter Rekurs auf den *New Historicism* profiliert, der eine Erweiterung der Literaturanalyse hin auf eine allgemeine Poetik der Kultur postuliert, nicht ohne literarischen Texten zugleich wieder einen privilegierten Zugang zu kulturellen Wahrnehmungs- und Bedeutungssystemen zuzuschreiben (S. 28 f., 143 ff.). Stellt diese Argumentation den allgemeinen Nexus zwischen Kultur, technisch-materialen Anordnungen und literarischer Gestaltung her, wird der titelgebende Zusammenhang zwischen Infrastrukturen und Medialität im Rahmen einer speziellen Theorie der „Inframedialität“ entwickelt (S. 133 ff.), deren Nähe zu einem klassischen Basis-Überbau-Schema sich aufdrängt.

Im zweiten Teil widmet sich Porombka der historischen Entwicklung moderner Verkehrsinfrastrukturen am Beispiel der Geschichte des Berliner Straßen- und Schienennahverkehrs und der damit verbundenen Veränderungen des sozialen Raums, der urbanen Wahrnehmung und der entsprechenden Konditionierung der Körper (Geschwindigkeit, Unfälle). Der dritte Teil der Studie diskutiert dann die Wechselwirkungen zwischen technischen Infrastrukturen und den sie begleitenden kulturellen Bild-, Metaphern- und Assoziationsfeldern. Die Mechanismen von „Imagebildung und Imageverstärkung“ (S. 258) untersucht Porombka vorwiegend an kanonischen Texten der deutschsprachigen Großstadtliteratur und Modernereflexion von Autoren wie Georg Simmel, Alfred Döblin, Robert Musil, Robert Müller, Siegfried Kracauer, Kurt Tucholsky, Walter Benjamin, Joseph Roth, Ernst Jünger, Erich Kästner u. a. Entsprechend stehen vertraute Topoi aus dem Umfeld der Neuen Sachlichkeit im Vordergrund – Kälte und Erstarrung, Verkehr und Krieg, Elektrizität und Nervosität –, wobei ein Schwerpunkt auf produktiven Umdeutungen liegt, die der (Verkehrs-)Technik organische bzw. vitalistische Dimensionen abgewinnen. Nicht immer mag man Porombkas positiver Deutung hier folgen. In Roths ‚Bekenntnis zum Gleisdreieck‘ (1924) etwa bleibt der Vitalismus der Maschine durchweg heroisch und konstruiert, eine überdeterminierte Affirmation der Kälte, die emphatisch mit Untergang und Tod assoziiert wird.

Der letzte Teil der Studie wechselt von semantisch-bildlichen zu formalen Aspekten und stellt die Ablösung geschlossenen, linearen Erzählens durch Essayistik, Feuilleton und kleine Formen in den Vordergrund. So innovativ es aus literaturwissenschaftlicher Sicht erscheint, das Ende des Erzählens aus der Intensivierung des urbanen Nahverkehrs abzuleiten: Die Limitierung der ästhetischen und hermeneutischen Perspektive werden spätestens greifbar, wenn die Verfasserin im Schlusswort darüber spekuliert, ob die Epoche der Infrastruktur im digitalen Zeitalter an ihr Ende gelangt sei (S. 411 f.) – womit der Theorie der Inframedialität in der Tat recht enge Grenzen gesteckt wären. Gleichwohl bleibt Porombkas Studie überaus lesenswert: Abgesehen von den theoretisch sehr ambitionierten Brückenschlägen zwischen Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaft, zwischen technischen, diskursiven und sozialen Registern, fügen sich die zahlreichen detaillierten Einzelanalysen zu einem umfassenden Bild, das vertraute Themen der Großstadtliteratur materialreich und zugleich konzentriert auf ihr technisch-mediales Apriori bezieht.

Paderborn

CHRISTOPH NEUBERT

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

RUTH SCHILLING: *Stadtrepublik und Selbstbehauptung. Venedig, Bremen, Hamburg und Lübeck im 16. und 17. Jahrhundert* (Städteforschung. Reihe A: Darstellungen 84). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2012, IX u. 445 S., 49,90 €.

Einmal im Jahr übersandte die Reichsstadt Lübeck seit dem Spätmittelalter eine Ladung Most an die Herzöge zu Mecklenburg, mit der Versicherung, diese Lieferung geschehe nicht aus Pflicht, sondern aus gutem nachbarlichem Willen. Der Herzog dagegen sah in der Gabe eine Art von untertäniger Verpflichtung. So bestand er darauf, dass sie aus Most bestehen müsse, während die Lübecker schon einmal richtigen, allerdings überlagerten und deshalb ungenießbaren Wein auf den Weg brachten. Der Schweriner Hof revanchierte sich mit demonstrativer Ungastlichkeit gegenüber dem städtischen Boten. Die sog. Martensmannlieferungen sind ein – allerdings eher unkonventionelles – Beispiel unter vielen für die rituellen Handlungen, die das städtische Leben in der Vormoderne prägen und die in der vorliegenden Studie analysiert werden. Dabei kann Ruth Schilling an eine inzwischen reichhaltige, im Zuge des „ritual turn“ produzierte Forschungsliteratur anknüpfen, wenn sie in den symbolisch-rituellen Kommunikationsakten die Ordnungsvorstellungen frühneuzeitlicher Städte zu rekonstruieren sucht. In mehrfacher Hinsicht aber will sie über den bisherigen Stand der Forschung hinausgehen. Während die meisten Arbeiten sich erstens auf wenige rituelle Arenen konzentrierten (etwa Herrschereinzüge oder Ratswahlakte), nimmt sie ein breites Spektrum ritueller Phänomene in den Blick. Zweitens wählt sie einen konsequent komparativen Ansatz, wobei mit den Hansestädten Lübeck, Hamburg und Bremen sowie der mediterranen Republik Venedig allesamt Seehandelsstädte ausgewählt wurden; diese stehen, klammert man die erheblichen Binnendifferenzen zwischen den deutschen Städten einmal aus, für zwei sehr verschiedene Herrschafts- und Gesellschaftsformen: hier die souveräne, territorial weit ausgreifende venezianische Oligarchie, dort die ins Reich eingebundenen, eher kleinen und politisch eher korporativ orientierten Hansestädte. Drittens schließlich zeichnet sich die Arbeit durch eine klare Fragestellung aus. Alle untersuchten Städte nämlich können als Ausprägungen eines ‚älteren‘ Republikanismus verstanden werden, der im Zuge der Staatsbildung der Frühen Neuzeit zunehmend unter Druck geriet. Wie nun, so fragt Schilling am Beginn ihrer Studie, brachten die untersuchten Republiken ihre Ordnungsvorstellungen – im Unterschied zur Fürstengesellschaft – rituell zum Ausdruck? Mit der Erforschung des republikanischen Ritualhaushalts verspricht die Verfasserin eine Erweiterung der bisherigen Republikanismusforschung, die allzu sehr auf politische Mechanismen im engeren Sinn fokussiert war.

So klar das Forschungsdesign der Studie anmutet, so entschlossen hat Schilling ihr Programm umgesetzt. Die Bearbeitung einer Fülle von archivalischen und gedruckten Quellen (darunter auch immer wieder Bildquellen) nötigt dem Leser ebenso sehr Bewunderung ab wie der Grad der Einarbeitung in die verschiedenen historischen und historiographischen Kontexte der vier Städte und die Bearbeitung verschiedener Themenstränge. Letztere können im Rahmen einer knappen Rezension lediglich aufgezählt, kaum adäquat dargestellt werden: die Wahlen und die Amtssetzung von städtischen Funktionsträgern; das Spannungsfeld zwischen familiärer und städtischer Repräsentation etwa am Beispiel von Beerdigungsfeierlichkeiten; das konfliktreiche Mit- und Gegeneinander der politischen und der religiösen Sphäre im Medium zeremonieller Selbstdarstellungen wie Prozessionen oder Buß- und Bettagen; die Teilhabe städtischer Korporationen wie Zünfte, Bruderschaften oder Nachbarschaften an der städtischen Repräsentation; schließlich die ‚außenpolitische‘ Dimension, die Selbstdarstellung der städtischen Republiken im Medium von Herrschereinzügen und Huldigungen, von Geschenken, Empfängen und Einladungen. Ritueller Gabentausch etwa festigte das politische Netzwerk der Hansestädte und bekräftigte bis weit ins 17. Jh. hinein ihre Gleichrangigkeit mit anderen politischen Akteuren, auch wenn im Medium dieser Tauschvorgänge – wie bei den Martensmannlieferungen zu sehen – Rangkonflikte ausgetragen werden konnten.

Im Laufe der Lektüre des Buches wächst freilich mit der Bewunderung des Lesers für das Arbeitspensum auch ein gewisses Unbehagen an der komplexen Struktur des Textes. Es fällt schwer, angesichts der schnell wechselnden Kontexte und Akteure die Übersicht zu behalten, zumal wenn immer wieder neue systematische Gesichtspunkte eingeflochten werden. Kaum ist ein Untersuchungsschritt für Venedig angekündigt, springt die Darstellung wieder zu den Beziehungen zwischen

Stadt und Kirche in den Hansestädten (S. 150 f.). Oder: Eher im Vorbeigehen wird anhand des Bildnisses der Lübecker Bürgermeisterfrau Brömse ein Bruch der einschlägigen Luxusordnung und damit ein herausgehobenes Repräsentationsgebaren der Familie postuliert, ohne auf das komplexe Verhältnis von Bild und Text, Norm und Normbruch, der Frage des typischen Repräsentationsverhaltens in den Lübecker Oberschichtsfamilien oder auf möglicherweise alternative Deutungen zum Bruch der Luxusordnung (Luxussteuer?) eingehen zu können (S. 106 f.). So macht Schilling eine Fülle von interessanten Einzelbeobachtungen, die kaum alle systematisch ausgedeutet werden können. Der notwendige Preis, der für eine sehr komparative und sehr systematisch angelegte, dazu theoretisch äußerst informierte und argumentierende Vorgehensweise bezahlt werden muss, ist mithin der Verzicht auf eine angemessene Kontextualisierung der Einzelbeobachtungen und auf eine eingängigere Lesbarkeit der Studie. Ob man künftigen Bearbeitern ähnlicher Themen raten kann, einen so hohen Preis zu entrichten, hängt von den Prioritäten ab.

Wenn Schilling am Ende ihre Befunde unter der Überschrift „Wandel im Inneren, Kontinuität nach Außen“ in drei Schlussthesen zusammenfasst, dann wirkt das auch ein wenig wie das Durchhauen des gordischen Knotens. Erstens habe es einen Institutionalisierungsprozess des rituellen Geschehens gegeben, eine Normierung und Fixierung bis ins Detail hinein; dieser habe allerdings nicht nur die Magistrate, sondern auch die Korporationen erfasst, sodass man nicht von einer Abkopplung der Stadtrepubliken von ihren partizipatorischen Wurzeln sprechen kann. Zweitens konstatiert sie eine Stärkung der städtischen Sakralgemeinschaften, eine verstärkte Einheit von Stadt und Kirche, in allen drei konfessionellen Kontexten. Man darf diese These als Bestätigung und Bekräftigung der Konfessionalisierungsthese in der Fassung ihres Doktorvaters Heinz Schilling lesen, wo stets die Indienstnahme der Religion durch die politischen Herrschaftsträger stark betont wurde. Nach außen schließlich sei drittens ab der Mitte des 16. Jh.s die „Etablierung einer überaus starren Fassade“ markant gewesen, die Repräsentation der Stadt als ein „traditionsgeleitetes und jeglichen historischen Entwicklungen enthobenes Gemeinwesen“ (S. 372). Diese drei Thesen sind zweifellos bedenkenswert und können zukünftigen Studien als Orientierungs- und Reibungspunkte dienen. Ebenso zweifellos aber ist der Ertrag der vorliegenden Studie wesentlich reichhaltiger als es die drei Schlussthesen zu erkennen geben.

Dresden

GERD SCHWERHOFF

HOLM SUNDHAUSSEN: *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943–2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen*. Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2012, 567 S., 59,00 €.

Unter dem Eindruck des Zivilisationszusammenbruchs, der in den 1990er Jahren in Jugoslawien stattgefunden hat, ist diese Geschichte Jugoslawiens und seiner Nachfolgestaaten 1943–2011 geschrieben worden. Das heißt aber nicht, dass der Autor, wie viele andere, der Versuchung erliegt, diese Entwicklung als unvermeidlich und zwangsläufig darzustellen. Holm Sundhaussen analysiert sachlich und frei von Balkan-Stereotypen langfristige politische und ökonomische Fehlentwicklungen und das schwere Erbe der nie aufgearbeiteten blutigen ethnischen und politisch-sozialen Auseinandersetzungen des Zweiten Weltkrieges. Gleichzeitig arbeitet er heraus, dass trotz aller strukturellen Probleme, die sich in den 1980er Jahren drastisch verschärften, der Weg nicht unausweichlich in die Katastrophe des Bürgerkrieges hätte führen müssen.

Sehr überzeugend beschreibt Sundhaussen, wie das jugoslawische Wirtschaftssystem, das auf betrieblicher Selbstverwaltung aufbaute, früher auch gerne als „Dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Planwirtschaft bezeichnet, in ein kaum noch zu meisterndes kafkaeskes administratives Chaos ausartete. Milde formuliert, für ein Handeln nach Kriterien der nachhaltigen Sicherung der betrieblichen Leistungsfähigkeit fehlten die Anreize. Eine von der Produktivitätsentwicklung abgekoppelte Lohnentwicklung zehrte an der betrieblichen Substanz. Investitionen und Innovationsfähigkeit

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

blieben auf der Strecke. Diese Fehlentwicklungen vollzogen sich am radikalsten in den rückständigen Regionen Jugoslawiens, da dort die Beschäftigten trotz deutlich niedrigerer Produktivität den Anschluss an die Einkommensentwicklung der reicheren Regionen, namentlich Slowenien und Kroatien, durchsetzten. Unter diesen Bedingungen nahm trotz erheblicher Transfers aus dem reichen Westen in den armen Südosten die regionale Divergenz innerhalb Jugoslawiens noch zu, mit absehbaren schweren Belastungen für den Zusammenhalt des Landes.

Eine immer kompliziertere Verfassung, um den Vielvölkerstaat zu stabilisieren, mündete schließlich in institutionelle Blockaden, die zentralstaatliche Institutionen lahmlegten. Die Kombination von zunehmender politischer und wirtschaftlicher Handlungsunfähigkeit erreichte in den 1980er Jahren gefährliche Ausmaße. Das größte Verdienst Sundhaussens ist es aber aufzuzeigen, dass diese schwierige Gemengelage einer wahrhaft blockierten Gesellschaft immer noch soweit lösbar gewesen wäre, dass die Wirtschaft sich stabilisiert hätte. Wichtiger noch, der Bürgerkrieg hätte vermieden werden können. Erst das Erstarken eines extremen Nationalismus, insbesondere bei Serben und Kroaten, aber nicht nur bei ihnen, machte konstruktive Lösungen unmöglich. Sundhaussens Buch erreicht dort seine Meisterschaft, wo er minutiös darlegt, dass es vor allem die intellektuellen Eliten der Völker Jugoslawiens waren – Schriftsteller, Kirchenleute, Künstler, Journalisten, viele von ihnen Dissidenten –, die durch monomanische „Opferdiskurse“ und leichtfertiges Gerede über angebliche kulturelle, ökonomische und tatsächliche Genozide zu einer Enthemmung des Denkens beitrugen, die dann in den 1990er Jahren zu blutigen Taten führte. Wenn es eine Lehre aus Sundhaussens Buch gibt, dann die, dass nicht so sehr die Schwere einer ökonomischen und politischen Krise Lösungen unmöglich macht, als vielmehr die Art des Denkens über eine Krise. Erst wenn der Wille zur Zusammenarbeit fehlt, sei es innerhalb eines Vielvölkerstaates, sei es innerhalb einer Union selbständiger Staaten, werden Probleme unlösbar, mit unabsehbaren Folgen für alle Beteiligten.

Halle a. d. Saale

MICHAEL KOPSIDIS

ANGELIKA WESTERMANN (Hg.) unter Mitwirkung von JOSEF PAHL: *Montanregion als Sozialregion. Zur gesellschaftlichen Dimension von „Region“ in der Montanwirtschaft*. Matthiesen, Husum 2012, 458 S. (zahlr. Abb. u. Tab.), 39,00 €.

Das 4. Internationale Montanhistorische Symposium in Steinhaus in Südtirol widmete sich vom 13. bis 19. September 2009 dem Thema Montanregion als Sozialregion anhand von 20 Beiträgen von Autoren aus fünf europäischen Ländern. Der 2011 verstorbene Klaus Tenfelde, dem der Tagungsband gewidmet wurde, konnte sein in Steinhaus gehaltenes Referat nicht mehr beisteuern.

Angelika Westermann leitet den Band mit einer thematischen Einführung zu grundsätzlichen Überlegungen zum Raumbegriff und dessen Bedeutung für die historische Forschung ein. Der von der Autorin bereits in einem Aufsatz in der VSWG, 95. Band (2008), vorgestellte Ansatz des Verständnisses von Montanregionen als Sozialregionen ermöglicht neue Perspektiven, der in den jeweiligen Referaten aufgegriffen wurde. Als Tagungsband bieten die einzelnen Fachbeiträge hierbei naturgemäß eine thematische Vielfalt hinsichtlich verschiedener Montanregionen, Epochen und Fragestellungen. Im Band sind die Beiträge zur besseren Übersichtlichkeit den zwei Teilen „Sozialregion: Raum und Montanwirtschaft – eine Annäherung“ und „Sozialregion oder Sozialgeschichte in Montanregionen?“ zugeordnet, sodass Charakteristika des thematischen Zugriffs als Verbindung der Beiträge dienen.

Im ersten Teil stehen tendenziell ein interdisziplinäres Raumverständnis und die Frage nach dem „sozialräumlichen“ Potential im Fokus. Den Auftakt macht indes keine Fallstudie, sondern die theoretische Abhandlung von Benno Werlen über die konstruierte geographische Wirklichkeit und das Verhältnis von Gesellschaft und Wirtschaft, bzw. Raum und Zeit. Die erste regionale Untersuchung bieten Paul Thomes und Peter M. Quadflieg mit ihrem Beitrag über Messingunternehmer zwischen

Maas und Rhein zwischen dem 15. und 18. Jh. Christoph Rass und Florian Wöltering analysieren Wanderungsbeziehungen zwischen europäischen und außereuropäischen Bergrevieren u. a. mit einem Blick auf die Immigration türkischer Bergleute in den Ruhrbergbau nach 1945. Die nordspanische Region Asturien nimmt Holm-Detlev Köhler in den Blick, welche durch die sich zunächst parallel, später unterschiedlich entwickelnden Industrien von Kohle und Stahl geprägt wurde. Die belgisch-niederländisch-deutsche Grenzregion untersucht Ad Knotter im Hinblick auf grenzüberschreitende Arbeitsmigranten. Mit den letzten beiden Beiträgen des ersten Teils verlässt der Tagungsband die Montanwirtschaft. Rolf Kießlings Beitrag zur Textilregion Ostschwaben in der Vormoderne geht der Frage nach, wie die Aspekte Abgrenzbarkeit und ökonomische sowie soziale Strukturmerkmale eine „Geschichtslandschaft“ konstituieren. Welchen Einfluss Jahrmärkte, insbesondere die überregionalen Messen, vom 14. bis 16. Jh. auf eine Region hatten, verdeutlicht Michael Rothmann am Beispiel der Frankfurter Messe.

Den zweiten Teil des Bandes bilden Beiträge, die die auf der Tagung geführte Diskussion über die Wirkmächtigkeit sozialer Entwicklungen hinsichtlich der Ausprägung einer Sozialregion widerspiegeln. Hans-Jürgen Gerhard sieht in den Einkommen von Oberharzer Bergoffizianten um 1800 Indizien für eine Sozialregion und erläutert insbesondere die an die Oberharzer Montanwirtschaft gekoppelten Einkommen. Miroslav Kamenický referiert über Reisebeschreibungen als sozialgeschichtliche Quellen für die slowakischen Montanregionen bis zur Mitte des 19. Jh.s, wobei er durchaus kritisch die Grenzen der Quellengattung aufzeigt. Cornwall als „Social Mining Region“ sieht Roger Burt und zieht Vergleiche zu anderen britischen Erzbergbauregionen für die Zeit vom Mittelalter bis zum 19. Jh. Den Blick nach Südamerika wirft Renate Pieper mit ihrem Beitrag über die Reviere von Hochperu und Neuspanien zwischen dem 16. und 18. Jh. Eine bestimmte Belegschaftsgruppe stellt Hans-Joachim Kraschewski in den Fokus seiner Untersuchung über die Hüttenmannschaften der Sozialregion Harz im 16. und 17. Jh. Das Montanwesen in der Grafschaft Mansfeld im späten 15. sowie 16. Jh. ist Gegenstand des Beitrags von Michael Fessner. Uwe Schirmer referiert über die Wirtschafts- und Sozialregion Erzgebirge (1470–1550) u. a. mit einer Betrachtung der demographischen Verhältnisse. Wie Land- und Montanwirtschaft auf sozialer Ebene vom 17. bis 19. Jh. verflochten waren, beleuchtet Marina Hilber für das Montanrevier Schwaz in Tirol. Eine Mikrostudie für das 17. bis 19. Jh. stellt Alois Unterkircher unter der Fragestellung „Sozio-professionelle Sterblichkeitsmuster in Montanregionen?“ am Beispiel der Pfarre St. Margarethen in Schwaz vor. Den dritten Beitrag über Schwaz steuert Wolfgang Tschan bei, dessen Fokus auf der Montanregion als Rechts- und Verwaltungsbezirk im 15. und 16. Jh. liegt. Lucia Krchnáková widmet sich dem frühneuzeitlichen Bergrevier Schemnitz (Banská Štiavnica) in der Mittelslowakei. Den Abschluss bildet der Beitrag von Martin Štefánik über Kremnitz (Kremnica), eine weitere mittelslowakische Bergstadt. Gegenstand seiner Untersuchung ist die Privilegierung der Bevölkerung anhand der Münzer-Privilegien sowie deren sozioökonomischen Zusammenhänge zwischen 1328 und 1526.

Anhand der zeitlichen und geographischen Breite dient der Steinhauser Tagungsband einmal mehr dem Einstieg in die jeweiligen Einzelthemen. Dem die Beiträge verbindenden Verständnis von Montanregionen als Sozialregionen ist zu wünschen, das weitere Arbeiten mit dieser Konzeption folgen.

Teltow

JAN LUDWIG

THOMAS WOZNIAK: *Quedlinburg im 14. und 16. Jahrhundert. Ein sozialtopographischer Vergleich* (Hallische Beiträge zur Geschichte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit 11). Akademie, Berlin 2013, 537 S. (51 Abb., 77 Tab.), 99,80 €.

Thomas Wozniak ist es in seiner von Marita Blattmann in Köln betreuten Dissertation gelungen, ein differenziertes Bild der Sozialtopographie Quedlinburgs auf zwei Zeitebenen zu entwerfen. Anlass

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

für die Beschäftigung mit dem Thema gab der Fund von Schossregistern aus den Jahren 1547, 1548 und 1570 beim Umbau eines Hauses in Quedlinburg im Jahre 1998. Diese Steuerverzeichnisse ermöglichen in Verbindung mit anderen Quellen, vor allem einem zwischen 1480 und 1550 laufend aktualisierten Häuserverzeichnis (vgl. S. 447-450), für das 16. Jh. eine nahezu flächendeckende Erfassung sozialgeschichtlich relevanter Daten zur Quedlinburger Bevölkerung. Ähnlich strukturierte Daten enthalten auch die Verzeichnisse von Hausbesitzern und Grundstücken in dem um 1830 in Frankfurt am Main entdeckten Stadtbuch von Quedlinburg. Die vor 1311 (für die Altstadt) bzw. um 1330 (für die Neustadt) angelegten Listen, die der Verfasser auf den Seiten 381 bis 446 ediert, enthalten allerdings kaum Hinweise auf die genaue Lokalisierung der erfassten Immobilien. Dieser Umstand steht einer Verknüpfung der Quellen des 14. und des 16. Jh.s mit einer „rückschreibenden“ Methode zunächst im Weg. Wozniak ist der Brückenschlag allerdings mit einem innovativen methodischen Ansatz gelungen. Er hat ausgehend von eindeutig bestimmbar topographischen Fixpunkten Belegketten gebildet, die sich als Parcours der städtischen Steuerermittler in den Stadtplan einzeichnen lassen. „Umgangsanalyse“ nennt er diese Methode, die man auf weitere ähnlich strukturierte Quellen wird anwenden können. Das Prinzip dürfte schon der ältesten Quelle bürgerlicher Provenienz in Deutschland, der Kölner Schreinskarte St. Laurenz 1 aus den späten 20er Jahren des 12. Jh.s, zugrunde liegen. Mit der Einschreibung der Verzeichnisse der ersten Hälfte des 14. Jh.s in den Quedlinburger Stadtplan hat der Verfasser zwei Datensätze gewonnen, aus denen mit Hilfe der vergleichenden Methode Konstanz und Wandel der Sozialtopographie Quedlinburgs herausgelesen werden können.

Wozniak beginnt seine Untersuchung mit einem Überblick über die Stadtentwicklung Quedlinburgs und die städtische Wirtschaft (Kap. 2). Er macht wahrscheinlich, dass die Anlage der 1222 zuerst belegten Neustadt durch die Zuwanderung von Handwerkern aus dem Berufsspektrum der Textilproduktion angeregt wurde, die aus den seit 1164 wiederholt von Sturmfluten verwüsteten niederländischen und deutschen Küstengebieten stammten. Bevor der sozialtopographische Vergleich angegangen wird, erörtert der Verfasser Störfaktoren der Stadtentwicklung: Brände, Epidemien und politische Zäsuren (Kap. 3).

Der sozialtopographische Vergleich erstreckt sich auf das übliche Spektrum solcher Untersuchungen. Berücksichtigt werden die demographische Entwicklung, die Vermögensstruktur, die Sozialstruktur (konkret ratsfähige Familien, Ministerialen, Adel, ledige und verwitwete Frauen, Juden), die Berufsstruktur sowie kirchliche Institute und das Schulwesen (auch Universitätsbesuch von Quedlinburgern und Quedlinburger Stadtschreiber). Die vergleichende Betrachtung fördert zahlreiche für die Darstellung der Geschichte Quedlinburgs relevante Einzelergebnisse zutage (etwa zur Lokalisierung des Marktes seit der Ottonenzeit), auf die hier nur pauschal verwiesen werden kann. Griffige Gesamtergebnisse konnten dagegen kaum erzielt werden. Zur Aufschlüsselung der Daten dienen 77 im Anhang publizierte Tabellen. 51 Abbildungen lassen die topographische Verteilung der Befunde nachvollziehen.

Die Dissertation leistet insgesamt einen wertvollen Beitrag zur Erforschung der Quedlinburger Stadtgeschichte. Die mit Sorgfalt angewendeten methodischen Ansätze sichern der Arbeit Anschlussfähigkeit für ähnliche Untersuchungen.

Bonn

MANFRED GROTEN

C. Sozialgeschichte

RONALD G. ASCH/VÁCLAV BŮŽEK/VOLKER TRUGENBERGER (Hg.): *Adel in Südwestdeutschland und Böhmen 1450–1850* (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Reihe B: Forschungen 191). Kohlhammer, Stuttgart 2013, 318 S. (6 Abb., 1 Tab.), 32,00 €.

Der vorliegende Band vereinigt den Großteil der Beiträge einer gleichnamigen wissenschaftlichen Tagung vom Mai 2010 im Staatsarchiv Sigmaringen, die von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv Baden-Württemberg und dem Lehrstuhl für Geschichte der Frühen Neuzeit der Universität Freiburg veranstaltet wurde und im Besonderen dem Forschungsinteresse von HistorikerInnen der Südböhmischen Universität České Budějovice (Budweis) entsprach, die sich seit langem mit der Erforschung der Sozial- und Kulturgeschichte des Adels in böhmischen Ländern beschäftigen.

Zwölf der insgesamt 16 Beiträge lassen sich den Sektionen der Tagung zuordnen: Adel und Konfession, Adelskultur und Repräsentation adliger Herrschaft, Wirtschaftsführung und ländliche Adels Herrschaft sowie Adel und die dynastischen Zentren der Habsburgermonarchie. Václav Bůžek liefert darüber hinaus einen konzisen Forschungsüberblick zur Adelsgeschichte in der tschechischen Geschichtsschreibung. Zwei zusammenfassende Beiträge zur Schlussdiskussion von Bůžek und Anton Schindling sowie die ausführliche Einleitung von Ronald Asch runden den Band ab, der sein Hauptaugenmerk vor allem auf zwei Adelslandschaften richtet, die durch die Bindung an das Haus Habsburg und zum großen Teil auch an die katholische Kirche verknüpft waren. Darüber hinaus erweitert Ewald Frie in seinem Beitrag über armen Adel in nachständischer Gesellschaft den Blick bis nach Brandenburg-Preußen und vermag an einigen Fallbeispielen überzeugend aufzuzeigen, wie groß die Unterschiede in Lebensstil und sozialer Stellung innerhalb des europäischen Adels waren und wie vielversprechend und neue Perspektiven eröffnend eine Geschichte des Adels „von unten und von innen“ im Hinblick auf „die Geschichte der Umformung der politischen, kulturellen, sozialen und ökonomischen Landschaft in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert“ (S. 221) sein kann.

Neben den allesamt gründlichen und lesenswerten Beiträgen, die innerhalb der thematischen Sektionen Fallbeispiele aus einigen Familien untersuchen, wie unter anderen die Lobkowitz (Pavel Marek und Maria Ryantová), die Fürstenberger (Esteban Maurer) und die Fürsten zu Schwarzenberg (Rotislav Smřek), thematisieren die Beiträge von Josef Hrdlička zur Rolle des Adels im Prozess der Konfessionalisierung in den böhmischen Ländern oder von Dietmar Schiersner zu konfessionellen Spielräumen und Selbstkonzepten im südwestdeutschen Adel größere Entwicklungen und Prozesse wie den der „Adelskonfessionalisierung“ (S. 84). Hrdlička weist darauf hin, dass vor allem die reichen Herren eine Schlüsselposition für die Formierung der Religionsverhältnisse im Königreich und in der Markgrafschaft besaßen; einzelne Gutsobrigkeiten traten in der Rolle des Trägers der Gegenreformation bzw. der katholischen Konfessionalisierung bereits vor dem frühmodernen Staat in Erscheinung. Hierbei zeigte sich, dass weniger etatistische Aspekte als vielmehr die Rolle der Adligen als Besitzer des größten Bodenvermögens entscheidend war. Zur Durchsetzung ihrer konfessionspolitischen Ziele konnten sich die adligen Grundherren dabei auf unterschiedliche Maßnahmen stützen: auf ihr lokales Kirchenpatronat, die Jesuitenmission auf ihren Herrschaften, den Erlass von Kirchenordnungen, die Gewährung von Privilegien und Geschenken, ihr eigenes religiöses Mäzenatentum, die Aktivitäten ihrer lokalen Amtsträger sowie siebte auf „unterschiedliche Formen von Gewalt“ (S. 92). Ein Desiderat, das vor allem empirische Fallstudien beantworten können, so Hrdlička, bleibe bisher, „inwieweit die Adligen dabei landesherrliche und andere Normen nur respektierten und durchführten oder sie selbst die Initiative ergriffen“ (S. 93). Schiersner weist ebenfalls auf eine Reihe von Desideraten hin, die das Thema „Adel und Konfession“ (S. 102) bereithalte, noch viel zu wenig erforscht seien zum Beispiel die Frage der Konversionen, konfessionell flexibles Verhalten, das mit der Verquickung personeller, politisch-militärischer oder ökonomischer Fragen einherging, oder der Einfluss der Untertanen auf den Konfessionalisierungsprozess.

Alle Beiträge belegen eindrucksvoll, dass man sich nicht durch „Kontinuitätsfassaden“ (Ronald G. Asch) täuschen lassen darf, wenn man von der Selbstbehauptung des Adels in der Frühen Neuzeit

spricht, sondern kritisch mit den mannigfachen sozialgeschichtlichen Unterschieden umzugehen hat. Der instruktive Band präsentiert solide und gelungene Studien und wirft zugleich viele Fragen auf, die Forschung und Diskussion der nächsten Jahre weiterführen werden.

Hamburg/Rostock

MICHAEL BUSCH

KARL DITT/CORDULA OBERGASSEL (Hg.): *Vom Bildungsideal zum Standortfaktor. Städtische Kultur und Kulturpolitik in der Bundesrepublik* (Forschungen zur Regionalgeschichte 72). Schöningh, Paderborn u. a. 2012, 444 S., 46,90 €.

Der Sammelband geht auf eine interdisziplinäre Tagung des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte im Oktober 2010 zurück. In ihrer informativen Einleitung skizzieren die Herausgeber zunächst die Entwicklung kommunaler Kulturpolitik seit dem Ende des 19. Jh.s, gehen auf den Wandel der Forschung seit den 1980er Jahren ein und fokussieren ihre Fragestellung dann auf Zielsetzungen städtischer Kulturpolitik und die Bestimmung unterschiedlicher kulturpolitischer Perioden seit den späten 1940er Jahren sowie auf den Bedeutungswandel von Urbanität als Bindeglied zu übergeordneten gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen.

Der erste Teil des Bandes nimmt Prozesse der „sozialen und urbanen Identitätsbildung“ in den Blick und versammelt dazu Fallstudien über die bis in die 1920er Jahre zurückreichende Planung des Freilichtmuseums für Handwerk und Technik in Hagen, das Wechselverhältnis von Kulturpolitik und städtischen Selbstbildern sowie die Rolle lokaler Deutungseliten in Freiburg/Br., Dortmund und Dresden zwischen 1945 und 1960, die Herausbildung eines Widerstandsnarrativs als Grundlage der gemeinschaftsbildenden Funktion des Kölner Karnevals nach 1945, Musikkultur in den Bergbaustädten des Ruhrgebiets in den 1950er und 1960er Jahren sowie die Arbeit des Kulturausschusses von Gelsenkirchen von 1945 bis 2010.

Die Beiträge des zweiten Teils befassen sich mit konflikträchtigen „Pluralisierungsversuchen des Kulturlebens“ und reichen zeitlich bis in die 1980er Jahre. Beleuchtet werden zunächst Reaktionsmuster städtischer Akteure auf die Kontroversen um den NS-belasteten Regisseur Veit Harlan und Willi Forsts Film „Die Sünderin“ von 1950 sowie die Neuorientierung städtischer Kulturpolitik in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in Saarbrücken und Kassel, die auf einen „demokratischeren“ Kulturbegriff und ein stärker stadtteilorientiertes Kulturangebot zielte. Die Entwicklung „autonomer“ Kulturräume wird anhand der Anfänge der ehemaligen Schokoladenfabrik „Stollwerck“ in Köln, die von 1981 bis 1983 als selbstverwaltetes linksalternatives Zentrum existierte, und der Ausdifferenzierung des Kulturangebots durch alternative Kulturzentren, freie Theaterinitiativen, alternative Festivals usw. in Dortmund und Münster diskutiert. Der Teil schließt mit einem allgemeineren Überblick zum kulturellen Einfluss von Migranten in den Städten.

Die Beiträge des dritten Teils nehmen wirtschaftliche und finanzielle Rahmenbedingungen städtischer Kulturpolitik bis in die Gegenwart in den Blick. Dabei geht es um die Förderung von Musikveranstaltungen in Essen, Basel, Hamburg und Wuppertal durch prominente Mäzene und die Wuppertaler Konzertgesellschaft, den Wandel in der Beziehung zwischen städtischer Kultur und Tourismuswerbung in Münster und aktuelle Herausforderungen städtischer offizieller Kulturförderung angesichts begrenzter finanzieller Spielräume.

Im letzten Teil untersucht Karl Ditt die Kulturpolitik des Deutschen Städtetages von 1947 bis 2010 und arbeitet dabei noch einmal die Verschiebung inhaltlicher Schwerpunkte heraus: von der Ausrichtung an einem traditionellen bürgerlichen Kulturverständnis, der Förderung des kulturellen Erbes und der Volksbildung über Kultur als Demokratisierungsauftrag in den 1970er Jahren und die „Ästhetisierung und Emotionalisierung der Stadt“ im Sinne der Steigerung ihrer Attraktivität für Bewohner und Besucher, die zunehmende Ausrichtung der Kulturpolitik an ökonomischen Aspekten seit den späten 1980er Jahren und schließlich die verstärkte Einbeziehung von Wirtschaft und Ge-

sellschaft in die Finanzierung von Kulturangeboten, die Regionalisierung von Kultur sowie Reformen des kulturpolitischen Managements. Der Band schließt mit Perspektiven für einen europäischen Vergleich städtischer Kulturpolitik anhand von Frankfurt a. M., Lyon und Leipzig und einer ausführlichen Bibliographie.

Die Beiträge können den Anspruch, einen Zwischenstand der Forschungen zur kommunalen Kulturpolitik für die Bundesrepublik zu geben, angesichts der Heterogenität der Fallbeispiele, Themen und Akteure sowie der unterschiedlichen theoretischen Herangehensweisen vor allem insofern einlösen, als sie deutlich machen, welche inhaltliche Bandbreite dabei möglich ist und welche offenen Forschungsfelder noch bestehen. Als tragfähig für weitere Forschungen erscheinen besonders die von den Herausgebern vorgeschlagene Periodisierung und die Erweiterung konkreter städtischer Kulturpolitik zur weiter gefassten „Kultur im städtischen Raum“.

Hamburg

CHRISTOPH STRUPP

CHRISTIANE FRITSCHKE: *Ausgeplündert, zurückerstattet und entschädigt. Arisierung und Wiedergutmachung in Mannheim* (Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim 39). Regionalkultur, Ubstadt-Weiher u. a. 2013, 960 S. (8 Übersichten, 4 Tab., 1 Grafik), 38,00 €.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten entstanden zahlreiche Studien zur Arisierung jüdischen Vermögens zwischen 1933 und 1945 sowie zur späteren Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts. Christiane Fritsche untersucht in einer umfangreichen Arbeit erstmals beide Prozesse für die Stadt Mannheim, in der 1933 6.402 Juden lebten, eine der größeren jüdischen Gemeinden im Deutschen Reich. Die Studie ist das Ergebnis eines dreijährigen Forschungsprojekts der Universität und des Stadtarchivs Mannheim.

Fritsche versteht unter Arisierung den gesamten Prozess der „wirtschaftliche[n] Verdrängung der Juden und die daraus resultierende Vernichtung ihrer Existenz“ (S. 15), die sie im ersten Teil des Buches darstellt. In chronologischer Vorgehensweise behandelt sie zunächst die Jahre 1933 bis 1937, in denen die wirtschaftliche Verdrängung weitgehend durch lokale und regionale Verfolgungsmaßnahmen vorangetrieben wurde. Dagegen griff in den Jahren 1938 und 1939 der Staat durch gesetzliche Regelungen auf Unternehmen, Immobilien, Kunstgegenstände und Wertpapiere sowie Schmuck und Edelmetall aus jüdischem Besitz zu.

Das letzte Kapitel des ersten Teils widmet sie der Enteignung und Verwertung des noch verbliebenen jüdischen Besitzes in den Jahren 1940 bis 1945. Die bei der Arisierung zum Vorschein kommende „Raffgier“, die in Regierung, Verwaltung und Bevölkerung gleichermaßen vorhanden war, bezeichnet Fritsche zu Recht als „eine moralisch-ethische Bankrotterklärung einer ganzen Gesellschaft“ (S. 549). Im zweiten Teil zur Wiedergutmachung untersucht Fritsche in zwei großen Abschnitten die Restitution jüdischen Besitzes sowie die Entschädigung durch die Bundesrepublik Deutschland. Vorangestellt ist ein kurzes Kapitel über die Lebenssituation jüdischer Überlebender und Emigranten nach Kriegsende und erste lokale Hilfsmaßnahmen der Stadt Mannheim.

Die gemeinsame Untersuchung von Arisierung und Wiedergutmachung begründet die Autorin mit zwei Argumenten. Zum einen verweist sie darauf, dass in vielen Fällen die Akten der Wiedergutmachung als Ersatzüberlieferung zur Rekonstruktion der Arisierung dienen. Vor diesem Hintergrund überrascht es, dass im ersten Teil ihres Buches die Wiedergutmachungsakten nicht weitaus häufiger zur Darstellung von Arisierungsfällen herangezogen wurden. Fritsches zweites Argument ist die bessere Nachvollziehbarkeit der jüdischen Perspektive auf die Wiedergutmachung. Tatsächlich legt ihre umfangreiche Darstellung der Arisierung die Basis dafür, im zweiten Teil die Notwendigkeit, aber auch die Problematik der Wiedergutmachung zu begreifen. Fritsche würdigt hier ausführlich die Sichtweise der jüdischen Opfer, geht aber auch auf die Perspektive der Rückerstattungspflichtigen, der Sachbearbeiter der Entschädigung und der vermittelnden Rechtsanwälte ein. Diese multi-

perspektivische Darstellung ist eine Stärke der Arbeit, auch wenn Fritsches abschließende Beurteilung von Restitution und Entschädigung etwas zu harmonisierend ausfällt.

Die besondere Stärke der Studie liegt in der anschaulichen und mitfühlenden Darstellung vieler Einzelschicksale, insbesondere in den eingefügten 26 Exkursen. Dagegen kommt die Systematisierung und kritische Auswertung der Ergebnisse an vielen Stellen zu kurz oder ist in der Fülle der dargestellten Fallbeispiele kaum auffindbar. Die Zusammenfassungen an den Kapitelenden, die immerhin von der Autorin als Ersatz für die am Ende des Buches fehlende „wissenschaftliche Bilanz“ (S. 883) benannt werden, sind leider über das Inhaltsverzeichnis nicht zu finden, ebenso wie einige andere wichtige Abschnitte, die auf die eingeschobenen Exkurse folgen. Bedauerlich – wenn auch aufgrund der Fülle des Quellenmaterials verständlich – ist es, dass die Autorin auf eine quantitative Auswertung der Akten fast vollständig verzichtet.

Fritsche hat für ihre Studie in relativ kurzer Zeit ein enormes Aktenpensum bewältigt und ordnet ihre Ergebnisse durchweg in den aktuellen Forschungsstand ein. Mit ihrer detaillierten Darstellung der Mannheimer Vorgänge leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der NS-Geschichte der Stadt Mannheim und liefert zudem eine gute Basis für Vertiefungen und überregionale Vergleiche.

Nürnberg

MAREN JANETZKO

KARIN GOTTSCHALK (Hg.): *Gender Difference in European Legal Cultures. Historical Perspectives*. Steiner, Stuttgart 2013, 261 S., 46,00 €.

Ziel des Sammelbandes, der auf die 5. Tagung des Netzwerkes „Gender Difference in the History of European Legal Cultures“ 2009 zurückgeht, ist es, die Bedeutung von Geschlecht in der Rechtsetzung und Rechtsanwendung („construction of law“) und vice versa die Bedeutung des Rechts bei der Konstruktion von Geschlecht („construction of gender“) zu erfassen. Das Recht sei – so Karin Gottschalk in ihrer Einleitung – „a central element of social and political order – with it power is institutionalized, actions are constructed and sanctioned“ (Klappentext). Wie das aber geschieht, ist bei aller „Universalität“ der Festschreibung der Geschlechterdifferenz und des Rechts als Mittel zur Erhaltung der Geschlechterhierarchie sehr unterschiedlich – und darum diese Entwicklungen, Übertragungen und Transformationen zu erfassen, geht es in diesem Band.

16 Beiträge und die beiden Einleitungskapitel sind in englischer Sprache, ein Beitrag ist in deutscher Sprache verfasst. Sowohl thematisch wie geographisch und zeitlich ist der Rahmen des Sammelbandes weit gefasst: Das Spektrum reicht vom 13. zum 20. Jh., von Schweden im Norden (Maria Agren) über mitteleuropäische Länder zu Litauen im Osten (Jurgita Kunsmanaite), Venedig (Linda Guzzetti) und den ägäischen Inseln (Aglaia Kasdagli) im Süden.

Die Aufsätze sind zwei inhaltlich und chronologisch aufgeteilten Kapiteln zugeordnet: 1) Violence, Confessionalisation, Property Rights: From the Late Middle Ages to the Dawn of Modernity; 2) Scientification, Industrialisation, Equal Rights: Challenges of Modernity. Verbindungen zwischen diesen beiden Teilen bestehen allerdings durchaus. Einerseits sind thematische Schwerpunkte in der Themensetzung beider Epochen nicht zu übersehen: Eheschließung und eheliche Güterrechte, der Rechtsstatus des Erwerbs der Ehefrau (Ulrike Haerendel zu Erwerbstätigkeit und Sozialgesetzgebung im deutschen Kaiserreich; Sonja Niederacher zu Mitgift in jüdischen Familien im 20. Jh.), aber auch Auseinandersetzungen mit Konfession und Religion sind nicht auf die Vormoderne beschränkt (Cecilia Cristellon über ‚Mischehen‘ im 16. und 17. Jh.; Ellinor Forster in einem interkonfessionellen Vergleich; Reut Yael Pass zur Situation von Jüdinnen in der Rechtswissenschaft im 20. Jh.).

Methodisch wenden die VerfasserInnen das Mittel des regionalen oder diachronen Vergleichs an (Jutta Gisela Sperling zu Eigentumsrechten im mediterranen Raum; Hiram Kümpfer zum Thema Vergewaltigung im vormodernen Europa), aber auch die Darstellung der Verhältnisse in einem Land, Staat oder Region (Jurgita Kusmanaite zur Situation von Witwen und Witwern in Litauen im 16. Jh.;

Doron Avraham zur Debatte über Frauenrechte in Deutschland nach 1848; Marion Roewekamp zur Stellung deutscher Frauenvereine zum BGB) werden untersucht, oder die Autorinnen entwerfen Konzepte für die komparative Forschung (Maria Agren am Beispiel der Eigentumsrechte von Frauen in Schweden). Der Fokus auf Rechtstransfer und interkulturelle Kommunikation verdeutlicht, wie wichtig einerseits die Rand- und Grenzsituationen sind, aber auch welches die Hintergründe von Anpassungs- und Übernahmeprozessen sind (Evdoxios Doxiadis am Beispiel der Abtreibung; Katja Geiger zum Thema Kindsmord um 1900; Ulrike Klöppel über Inter- und Transsexualität 1950–1980).

Eine Auseinandersetzung mit dem Begriff „legal culture“, Rechtskultur, wird in den Aufsätzen des Sammelbandes nicht explizit geführt, wohl auch, weil innerhalb des Netzwerkes, dessen vergangene und zukünftige Konferenzen von Grethe Jakobsen einleitend vorgestellt werden, Übereinstimmung über die Konzeption besteht. Vielleicht aber hätten Definitionen noch weitere Dimensionen in Bezug der Bedeutung der Geschlechterdifferenz, ihrer Festschreibung und Veränderung für das jeweilige Rechtssystem erschließen können. Hier sehe ich Möglichkeiten für die Weiterführung der in diesem Band festgehaltenen inspirierenden und vielfältigen Diskussionen.

Der Sammelband ist Heide Wunder gewidmet. Damit wird eine Historikerin geehrt, die mit ihrem umfangreichen und innovativen wissenschaftlichen Werk zur Themensetzung in der internationalen Geschlechtergeschichte und zum Wandel der Geschichtswissenschaft allgemein beigetragen hat.

Basel

REGINA WECKER

KARIN HAUSEN: *Geschlechtergeschichte als Gesellschaftsgeschichte* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 202). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2012, 394 S., 64,95 €.

Das Kompendium versammelt 13 Aufsätze aus den Jahren 1976 bis 2000, die bislang – wenn überhaupt – nur verstreut vorlagen, ergänzt um eine substantielle Einleitung und einen eigens für den Sammelband verfassten Originalbeitrag, der sich mit der Rezeption der These von der Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ befasst. Selbst jüngeren FachkollegInnen, nicht nur der Geschlechtergeschichte, sollte die Berliner Historikerin Karin Hausen als Pionierin ihres Fachs ein Begriff sein. Wie sonst wenige hat sie neben Gisela Bock, Heide Wunder, Ute Gerhard und Barbara Duden zur Entfaltung der bundesrepublikanischen historischen Frauen- und Geschlechterforschung beigetragen, ihr eine Richtung gegeben und sie international anschlussfähig gemacht.

Die Aufsätze gruppieren sich um Themen, die zu den wichtigsten Baustellen und Erkenntnisquellen der historischen Frauen- und Geschlechterforschung zählen. Zu ihnen hat Hausen immer wieder inspirierende und anstößige Thesen formuliert und damit nicht nur ihre Kolleginnen der Frauenforschung, sondern auch VertreterInnen der so genannten allgemeinen Geschichte aufgefordert, ihre Prämissen zu überdenken.

Die Beiträge des ersten Kapitels behandeln die bürgerliche Geschlechterordnung und deren Genese. Diese Texte sind aus keiner Einführungsveranstaltung in die Frauen- und Geschlechtergeschichte mehr wegzudenken. Die Verfasserin selbst erinnert in einer „Spätlese“ an den ursprünglich tastenden und hypothetischen Zug ihrer frühen Überlegungen. Stark, aber auch produktiv ist Hausens Bedürfnis, Umdeutungen, Missverständnissen und Vereinnahmungen mit retrospektiven Klarstellungen und Zurückweisungen zu begegnen. Was wie die nachträgliche Verteidigung einer einmal eingenommenen Position gelesen werden kann, dokumentiert in erster Linie die Entstehung einer durch These, Widerlegung und Gegenthese geprägten geschlechtergeschichtlichen Expertenkultur seit den 1970er Jahren.

Einen zweiten Themenschwerpunkt stellen Hausens Studien zur Hausarbeit, deren technischer Entwicklung und Auswirkungen auf Leben und Arbeit von Frauen dar. Auch diese Forschungen, besonders der 1987 in *Geschichte und Gesellschaft* erschienene Aufsatz „Große Wäsche“, sind

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

hinreichend bekannt und haben einer Reihe von jüngeren Forschenden einen Denkraum eröffnet. Zum Zuge kommt hier die 1978 auf den Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der TU Berlin berufene Sozialhistorikerin mit einer Empfänglichkeit für ökonomische Prozesse und deren weltweite Verflechtung. Gerade im Kontrast zum ersten Kapitel lesen sich die Aufsätze zur Geschichte der Näh- und der Waschmaschine als methodisch auf sicherem Boden stehende und empirisch gesättigte Beiträge einer geschlechtersensiblen Sozialgeschichte. Erst der letzte Beitrag dieser Sektion, der ursprünglich 1999 erschien, deutet eine Verschiebung an, mit der Hausen an frühere methodische Überlegungen zu „Aussagesystemen“ von Begriffen anknüpft, nun aber den zwischenzeitlich etablierten Begriff des „Diskurses“ für die Rekonstruktion der frühneuzeitlichen Debatte über Holzverwendung und Holznot fruchtbar macht.

Im Spannungsfeld zwischen Sozial- und Diskursgeschichte bewegen sich auch die Beiträge des dritten und vierten Kapitels der Sammlung, die empirische Untersuchungen zum Zusammenhang von (Erwerbs-)arbeit und Geschlecht sowie zur Geschlechtergeschichte des Ersten Weltkriegs zusammenfassen. Im Hinblick auf die Konjunktur des letztgenannten Themas im Jahre 2014 und vor dem Hintergrund der zu befürchtenden Unterrepräsentanz frauen- und geschlechtergeschichtlicher Themen kommt die (Wieder-)veröffentlichung der bislang in deutscher Sprache nicht oder nur bruchstückhaft zugänglichen Texte sehr gelegen. Der Band schließt mit dem fünften Kapitel, das die theoretischen Herausforderungen der Geschlechtergeschichte behandelt. Indem Karin Hausen hier die „Nicht-Einheit“ der Geschichte zur „historiographische[n] Herausforderung“ erklärt, richtet sie sich gegen die großen Meistererzählungen der Politik- und Nationalgeschichte, aber auch gegen neuere geschichtswissenschaftliche Paradigmen, denen die „nationalstaatliche Einheit“ immer noch als „historiographischer Fluchtpunkt“ (S. 382) gilt.

Was gewinnen wir mit der von Hausen selbst so bezeichneten „rückschauenden Dokumentation“ (S. 11) von Forschungsarbeiten aus einem Vierteljahrhundert? Zunächst führt die Sammlung uns die Vielfalt der Themen und Zugriffe vor Augen, zu und mit denen die Verfasserin – vielfach parallel – gearbeitet hat. Gerade in der Gegenüberstellung gewinnen Potential und Grenzen unterschiedlicher Zugriffe Kontur. Die aus dem ursprünglichen Entstehungszusammenhang verständlichen, aber aus heutiger Sicht kaum mehr nachvollziehbaren Distanznahmen, etwa zur quantifizierenden Familienforschung oder zur Struktur- und quantifizierenden Sozialgeschichte, relativieren sich in der Rückschau, ohne jedoch durch nachträgliches Retuschieren zum Verschwinden gebracht zu werden. Das ermöglicht eine historische und eine historisierende Lesart, macht die Texte zu Klassikern und zu Quellen zugleich. Zudem stellt der Band den Zwischenstand eines – längst nicht abgeschlossenen – Lebenswerks dar, dessen Schärfe und Prägnanz offensichtlich weniger im monographischen Genre denn in der Aufsatzform Gestalt finden. Schließlich lässt die Aufnahme des Sammelbandes in die Reihe „Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft“ darauf schließen, dass der Titel des Werks, „Geschlechtergeschichte als Gesellschaftsgeschichte“, nicht nur Programm, sondern auch eine nicht mehr wegzudenkende Realität geworden ist.

Bern

KRISTINA SCHULZ

ALMUT HÖFERT/CLAUDIA OPITZ-BELAKHAL/CLAUDIA ULBRICHT (Hg.): *Geschlechtergeschichte global* (Schwerpunktheft *L'Homme*. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft 23, H. 2). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2012, 164 S., 24,90 €.

Globalgeschichte ist in aller Munde. Gleichwohl stellen drei versierte Geschlechterforscherinnen – Almut Höfert, Claudia Opitz-Belakhal und Claudia Ulbricht – fest, das Potential der Begegnung „gender“ – „global“ sei noch nicht ausgeschöpft. Sie erklären warum: Wenn „gender“ auf „global“ treffe, träten, so die Herausgeberinnen des *L'Homme* Themenheftes „Geschlechtergeschichte global“, „inhaltlich wie methodisch [dermaßen] hohe Anforderungen“ (S. 6) auf, dass das eigene Gewicht

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

der Kategorie „Geschlecht“ für viele, auch fortgeschrittene GeschlechterhistorikerInnen, kaum mehr zu bestimmen sei.

Zum Gegenbeweis treten die um den Schwerpunkt Kolonialismus- und Missionsgeschichte versammelten Beiträge des Heftes an, die empirische Fallstudien mit programmatischen Forderungen verknüpfen und damit das Bild einer lebendigen Baustelle zeichnen.

Im Zentrum stehen die Rolle von Mäzeninnen in der Indienmission im 18. Jh. (Ulrike Gleixner), einer „Dissidentin“ aus den Reihen der einheimischen loyalen Elite zur britischen Kolonialmacht am Kap von Afrika im 19. Jh. (Kirsten Rüther) und autobiografische Reflexionen einer russischen Adligen im russischen Imperium im späten 19. und frühen 20. Jh. (Frithjof Benjamin Schenk). Ergänzt wird der Schwerpunkt durch Anna Beckers Relektüre von Machiavellis „Il principe“ im Lichte der Geschlechterforschung, programmatische Beiträge von Merry Wiesner-Hanks und Angelika Epple, ein Gespräch zwischen Claudia Ulbricht und Hanna Hacker zum Thema Queer sowie Kommentare und Rezensionen.

Die Beiträge behandeln auf den ersten Blick verschiedene zeitliche und geographische Kontexte und analysieren historische Akteurinnen mit ungleichen kulturellen und politischen Teilhabechancen. Dabei sollen Frauen – seien sie Herrschaftsträgerinnen oder indigene Leidtragende kolonialer Ansprüche – zu Wort kommen. Darüber hinaus geht es darum zu zeigen, von welcher spezifischen Position im (kolonial-) gesellschaftlichen Raum und von welchem ihnen eigenen Blickwinkel die Quellen Zeugnis ablegen. Diese Orte sind von ineinandergreifenden Dimensionen sozialer Herrschaftsverhältnisse geprägt, wobei Geschlecht in den vorliegenden Fallstudien eine zentrale, aber neben sozialer, ethnischer, geographischer Herkunft nicht die einzige Variabel darstellt.

Die vorliegenden Aufsätze berufen sich nicht explizit auf einen Zugriff, der, in der Tradition Max Webers, nach der „Befindlichkeit“ von Alltagsmenschen und ihrer „Lebensführung“ unter spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen fragt. Es geht aber auch ihnen darum, alltagsweltliche Erfahrungen sowie subjektive Perspektiven und Deutungsmuster einzufangen, um den exemplarischen Charakter der Einzelschicksale für eine bestimmte – hier: historische – Konstellation zu vermitteln. Die Disparität der Untersuchungsgegenstände hat Methode, die als „Multiperspektivität“ zwar in die Geschichtsdidaktik und in die verstehende Soziologie eingegangen ist, in der Geschichtswissenschaft aber – abgesehen von ganz grundsätzlichen Überlegungen zur Perspektivität historischer Quellen – kaum als Erkenntnis- und Darstellungsmittel genutzt und auch im vorliegenden Werk nicht als solche benannt wird. Indem in den Beiträgen unterschiedliche Perspektivierungen aufeinanderprallen, gelingt es, Frauen als Produzentinnen globaler Beziehungen auch dort sichtbar zu machen, wo man es nicht erwartet hätte.

Gerade angesichts des hohen Innovationspotentials drängen sich drei Rückfragen auf: Verzichtet, erstens, „Geschlechtergeschichte *global*“ auf die Analyse von Globalisierungsprozessen nach der Kolonialzeit? Zeitgeschichtliche Reflexionen und Untersuchungsgegenstände bleiben unterbeleuchtet. Wie verhält sich, zweitens, Global- zur transnationalen Geschichte? Dieser Unterschied bleibt vage, wenngleich beide Ansätze immer wieder erwähnt werden. Man gewinnt den Eindruck, die globale Dimension wird allein durch den Forschungsgegenstand Imperium/Kolonialherrschaft eingeführt. Schließlich kann man sich, drittens, fragen, ob das Projekt einer die Vielstimmigkeit der Geschichte betonenden globalen Geschlechtergeschichte sich nicht auch in der Zusammensetzung der AutorInnen zum Themenschwerpunkt hätte widerspiegeln können, die fast alle an westeuropäischen Universitäten tätig sind.

Bern

KRISTINA SCHULZ

SYLVIA KESPER-BIERMANN/ESTEBAN MAUERER/DIETHELM KLIPPEL (Hg.): *Bevölkerung in Wissenschaft und Politik des 19. und 20. Jahrhunderts*. Dreesbach, München 2012, 392 S., 24,00 €.

Der vorliegende Sammelband verdankt seine Entstehung dem DFG-Schwerpunktprogramm „Das Konstrukt Bevölkerung vor, in und nach dem ‚Dritten Reich‘“ (2001–2008), in dessen Rahmen auch die Bayreuther Tagung im Jahre 2003 stattfand, auf welcher die zehn mit Einzelbeiträgen vertretenen Autoren ihre Forschungsergebnisse vorstellten. Bis auf den Aufsatz Pinwinklers handelt es sich um Erstveröffentlichungen. Sie sind eine Ergänzung der in erster Linie von Rainer Mackensen, Jürgen Reulecke und Josef Ehmer herausgegebenen drei zentralen Sammelbände zu dem genannten DFG-Projekt aus den Jahren 2005, 2007 und 2009. Bis auf Caren Möller wirkten sämtliche Autoren bereits daran mit, Ursula Ferdinand sogar als Mitherausgeberin. Die hier nun veröffentlichten Beiträge präsentieren entweder einen speziellen Aspekt der dort bereits dargestellten Problematik oder eine weitere Fallstudie dazu. Man kann also von einem Ergänzungsband sprechen, der in einer preiswerten Taschenbuchausgabe einen weiteren Zugang zu den einschlägigen Themen liefert. Gemessen an ihrer Bedeutung für das Verständnis des Konstrukts Bevölkerung bestehen zwischen den einzelnen Beiträgen deutliche Unterschiede, wenngleich sich in der Gesamtschau durchaus ein schlüssiges Ganzes ergibt.

Auf die Anfänge der Bevölkerungspolitik als staatlicher Intervention in Form der Medicinalpolicy greift die Bayreuther Juristin und Rechtshistorikerin Caren Möller zurück, um nachzuweisen, dass im 19. Jh. trotz liberaler Kritik am Dirigismus weiterhin Tendenzen zur Bevormundung bestanden, wenn auch nur noch in Bezug auf unterbürgerliche Schichten. In chronologischem Anschluss dazu belegt Esteban Mauerer (München) anhand der Aussagen der wichtigsten Vertreter der zeitgenössischen Verwaltungs- und Wirtschaftswissenschaften ausführlich das Vorherrschen der liberalen Sichtweise, für die das Kollektiv als Bezug in den Hintergrund tritt und private Autonomie und Bevölkerungspolitik ein Gegensatzpaar bilden. Bei den Kathedersozialisten finden sich dann aber erneut Tendenzen zu einer Steuerung durch den Staat. Auf diese beiden Überblicksdarstellungen folgen Beiträge zu spezielleren Fragen. So konzentriert sich Heike Petermann (Münster) darauf, wie die Begriffe Eugenik und Rassenhygiene im „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“ (1904–1944) verwendet wurden, und kommt zu dem Schluss, dass beide Begriffe synonym zu verstehen sind. Auf dem Weg dorthin gibt sie einen Einblick in die Natur der Zeitschrift und referiert die Meinungen einiger Autoren zur Begriffsfrage. Obwohl sich zunächst „Eugenik“ mehr und mehr durchsetzte, wurde dann Pearson's „National-Eugenics“ doch wieder mit „Rassenhygiene“ übersetzt und 1933 das zwei Jahre zuvor zusätzlich in den Namen der Zeitschrift aufgenommene erstere Fremdwort wieder gestrichen. Anhand der verschiedenen Auflagen des Brockhaus und des Meyer von den 1880er Jahren bis 1933 kann man mit Matthias Weipert (Siegen) feststellen, dass nach vielen Selbstverständlichkeiten zum Eintrag „Bevölkerung“ in den 1920er Jahren Begriffe aus der Rassenhygiene Einzug in die Lexika hielten. Im 15. Band der entsprechenden Auflage des Brockhaus (1933) wurde schließlich eindeutig für Auslese und gesetzlich verordnete Sterilisierungen plädiert. Durch die kenntnisreichen Angaben Armin Flenders, Essen, wird das nicht überraschende Manko der als Thema gewählten Autobiographien der Rassenhygieniker wettgemacht, nämlich dass diese darin alle politischen Implikationen negierten, um ihr Leben als eine Erfolgsgeschichte darzustellen. Mit Julia Schäfer, Düsseldorf, begibt man sich auf einen Ausflug in die Kolonialmedizin, basierend im Wesentlichen auf den Schriften des Regierungsarztes Ludwig Külz. Die Sorge um die Erhaltung und Vermehrung der Arbeitskräfte wird dabei als Anwendung des Konzepts der „Menschenökonomie“ verstanden. Nach einschlägigen Veröffentlichungen beispielsweise zu Julius Wolf legt Ursula Ferdinand, Berlin, eine fundierte Betrachtung zum Wirken Alfred Grotjahns vor, die sich einer Wertung enthält, aber angesichts der Tatsache, dass bei oberflächlicher Sichtweise diesem Forscher leicht das Urteil „umstritten“ angeheftet wird, einer Rehabilitierung gleichkommt. Die Distanz Grotjahns zu völkischem Gedankengut und sein soziales Engagement werden deutlich, sein Schulterchluss mit der Eugenik wird aber nicht verschwiegen. Petra Overath, Köln, schließt sich mit einem kurzen Aperçu zur nationalen Rhetorik bei Jacques Bertillon und Julius Wolf an und stellt fest, dass Ersterer angesichts des Problems des Geburtenrückgangs auf den Willen der Nation setzte, während Letzterer mehr Mög-

lichkeiten für die Intervention des Staates sah. Von den internationalen wissenschaftlichen Kongressen 1850–1939 handelt der Beitrag Sylvia Kesper-Biermanns, Münster. Da vor der Gründung der IUSSP demografische Themen ausschließlich in den Nachbardisziplinen angesiedelt waren, ergibt sich daraus eine allgemeine Übersicht über den Kontext, die Organisation und das Funktionieren solcher Kongresse, ohne einen sichtbaren Bezug zum Konstrukt Bevölkerung. Alexander Pinwinkler, Salzburg, stellt schließlich Walter Kuhn vor, einen der jungen Wissenschaftler, die mit willkommenen Themen – in diesem Falle der Sprachinselforschung – in der NS-Zeit gefördert wurden und deren Karriere sich in der Nachkriegszeit fortsetzte. Kuhn wurde später zwar angegriffen, seine biologischen Prämissen wurden aber nicht genügend in Frage gestellt.

In der Gesamtschau wird erneut deutlich, wie und auf wie breiter Front um 1900 ein Paradigmenwechsel einsetzte. Die Biologie hielt Einzug in die Sozialwissenschaften, und daraus ergab sich ein Diskurs, in dem der Fortschrittsoptimismus der – vor dem Ersten Weltkrieg für unumkehrbar gehaltenen – Kultursteyerung allmählich zum Gedanken der Menschenzucht pervertierte. Auf dem Boden der erneut steigenden Wertschätzung des Kollektiven gegenüber dem Individuellen und – unter dem Einfluss des Krieges und dessen Folgen – des Topos des Kampfes ums Dasein gediehen dann auch die völkischen Ideen. Das wird an einzelnen, bisher nicht so bekannten Beispielen verdeutlicht, und damit beantwortet sich die Frage nach der Berechtigung dieses „Ergänzungsbandes“.

Frankfurt/Oder

ROLF GEHRMANN

EVA KRAUS: *Das Deutsche Jugendherbergswerk 1909–1933. Programm – Personen – Gleichschaltung*. Pro Business, Berlin 2013, 450 S., 19,95 €.

Das Buch kommt zu spät. In den 1970er Jahren, als über den Beitrag und die Mitverantwortung der vermeintlich unpolitischen Organisationen für den Aufstieg des Nationalsozialismus heiß gestritten wurde, hätte man es dringend gebraucht. Mit einer solchen Untersuchung hätte man auch zeigen können, mit welcher Akribie, wohlthuender Distanz und abwägender Vernunft ein solch komplexes Thema behandelt werden kann und muss.

Eva Kraus beginnt mit der entscheidenden Zäsur in der Geschichte des Jugendherbergswerkes: der Übernahme des Verbandes durch die Hitlerjugend im April 1933. Um dieses Ereignis verständlich zu machen, schlägt sie in zwei Kapiteln von je etwa 100 Seiten den Bogen zurück auf die Gründungsmotive und Mentalität seines Gründers Richard Schirrmacher sowie den organisatorischen Aufstieg des DJH während des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik.

Den kulturellen Hintergrund für die Gründung des DJH boten die Reformbewegungen der Wilhelminischen Ära vor 1914, in denen das Unbehagen bildungsbürgerlicher Schichten an der Moderne zum Ausdruck kam. Dieses Unbehagen floss in die verschiedensten ideologisch-weltanschaulichen Strömungen ein, in völkisch-rassistische, neoreligiös-esoterische, liberale, nationalistische, aber auch sozialistische. In diesem fast unübersehbaren Wust von Wahrheiten und Heilsversprechen verortete sich der Volksschullehrer Richard Schirrmacher im völkisch-liberal-nationalistischen Milieu. Sein Anliegen war es, durch naturnahes Jugendwandern die Volkskraft und Wehrhaftigkeit zu stärken, eine gesunde naturnahe Lebensführung zu fördern und eine harmonische, klassenübergreifende Volksgemeinschaft erleben zu lassen. Auch Volksschüler und Lehrlinge sollten in den einfachen und preisgünstigen Übernachtungsheimen aufgenommen werden. Sein Werk gedieh und wurde zum Erfolgsmodell. Es gelang dem Jugendherbergswerk sogar, die katholischen und evangelischen Verbände, die ihre Mitglieder vor dem schädlichen Einfluss anders- oder gar ungläubiger Herbergsgäste schützen wollten, davon abzuhalten, eigene Herbergernetze aufzubauen.

Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg ihrer Organisation sahen Schirrmacher und sein Geschäftsführer Wilhelm Munker im ständigen Bemühen, sich mit den jeweils herrschenden Gruppierungen gut zu stellen, um sich der staatlichen Gunst zu versichern und finanzielle Förderungen zu

erhalten. Im Kaiserreich waren es die vaterländisch-nationalistischen Kreise, nach 1918 auch gewerkschaftliche und sozialdemokratische. Immer den Ausbau des DJH im Blick, verschrieben sie sich einem konsequenten politischen Opportunismus und nahmen 1919 Sozialdemokraten in ihre Führungsgremien auf. Bei der ‚nationalen Erhebung‘ im Frühjahr 1933 verabschiedeten sie sich von ihnen ohne Tränen und öffneten sich bereitwillig den neuen Machthabern, mit denen sie sich zumindest über die nationalistisch-völkischen Grundüberzeugungen verbunden fühlten. Doch die Anbiederungsstrategie, die in der Republik so erfolgreich war, scheiterte. Die Nationalsozialisten wollten und brauchten sich nicht integrieren lassen, sondern sie übernahmen. Es hatte dem DJH nichts genutzt, in vorseilendem Gehorsam Juden und Sozialdemokraten aus ihren Ämtern zu drängen, in der trügerischen Hoffnung, die organisatorische Eigenständigkeit des Herbergswerkes abzusichern. Schirrmann wurde zum Ehrenvorsitzenden degradiert und Münker wollte nicht mehr mitmachen.

Eva Kraus beschreibt in gut lesbarer Form detailgenau diese Vorgänge, wägt kenntnisreich die Aussagekraft ihrer Quellen ab und zeigt am Jugendherbergswerk exemplarisch auf, wie sich in wenigen Wochen Gleichschaltung vollzog und anbiedernde Selbstgleichschaltung gegenüber einem machtentschlossenen Nationalsozialismus versagte. Wie gesagt, man hätte eine solche Studie gerne früher gelesen.

Kirchberg a. d. Jagst

HEINRICH EPPE

ANDREA LÖW/DORIS L. BERGEN/ANNA HÁJKOVÁ (Hg.): *Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941–1945* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 106). Oldenbourg, München 2013, 265 S. (3 Tab.), 24,80 €.

Der organisierte Massenmord an den europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland stellt eines der größten Menschheitsverbrechen überhaupt dar. Weniger erforscht sind dabei die Alltagserfahrungen dieser sozialen Gruppe, deren Mitglieder sich angesichts einer im Kriege nochmals dramatisch verschärften Diskriminierung und der zunehmenden Bedrohung durch Deportation und Ermordung mit den vielfältigen Erscheinungsformen eines Lebens unter besonders erschwerten Bedingungen konfrontiert sahen. Die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes widmen sich diesem bislang eher vernachlässigten Thema.

Der erste Aufsatz befasst sich folgerichtig mit einem der Schnittpunkte von individuellen Wahrnehmungen und den institutionellen Rahmenbedingungen. Dabei zeichnet Beate Meyer die problematische Rolle der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ nach, die ihre begrenzten Handlungsspielräume gezielt zur Verzögerung von Deportationen und zur Erleichterung der Lebensbedingungen der Mitglieder nutzte, zugleich aber die Verfolgung in organisatorischer Hinsicht letztlich begünstigte. Ganz ähnliche Fragen stellt Magda Veselská in ihrem Beitrag über die jüdischen Kultusgemeinden im Protektorat Böhmen und Mähren. Susanne Heim berichtet über die verzweifelten und nur teilweise erfolgreichen Aktivitäten internationaler jüdischer Organisationen zur Hilfeleistung für die im deutschen Machtbereich befindlichen Juden. Mit dem Alltag von Berliner Jüdinnen und Juden im Untergrund befassen sich Beate Kosmala und Richard Lutjens. Beide beschreiben anhand von aussagekräftigen Selbstzeugnissen die immensen Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Lebensnotwendigen, die Abhängigkeit von nichtjüdischen Helfern und die ständige Angst vor Entdeckung. Mit der besonderen Lebenssituation von sogenannten „Geltungsjuden“ und „Mischlingen“ beschäftigen sich Maria von der Heydt und Michaela Raggam-Blesch und zeichnen dabei ein vielschichtiges Bild. Aufgrund von mitunter wenig eindeutigen „rechtlichen“ Bestimmungen sahen sich diese beiden Gruppen in besonderer Weise der oft willkürlichen Auslegungspraxis durch die deutschen Behörden ausgesetzt. Einer individuellen Opfer- und Täterperspektive widmen sich die Beiträge von Dieter J. Hecht, der die Tagebuchaufzeichnungen von jüdischen Jugendlichen in Wien analysiert, und Mary Fulbrook, die der Frage nach persönlicher Schuld bei einem deutschen Landrat im ober-

schlesischen Kreis Będzin nachgeht. Die Funktionalitäten der Verfolgung untersucht überdies Benjamin Frommer, der die bereitwillige Mitwirkung tschechischer Behörden an der alltäglichen Bedrückung der jüdischen Bevölkerung im Protektorat Böhmen und Mähren offenlegt. Mit der Lebenssituation im Ghetto Theresienstadt befassen sich die drei Aufsätze von Lisa Peschel, Anna Hájková und Silvia Goldbaum Tarabini Fracapane. Während sich die erste Autorin mit der jüdischen Theaterkultur angesichts des allgegenwärtigen Schreckens auseinandersetzt, schildern ihre beiden Mitstreiterinnen die spezifischen Wahrnehmungen und Erfahrungen der älteren deutschen und der dänischen Juden in diesem angeblich privilegierten Ghetto. Der Beitrag von Maura Hametz rundet die Thematik ab und berichtet über das Schicksal der sowohl durch das faschistische als auch durch das nationalsozialistische Regime verfolgten Juden im italienischen Triest.

Zusammenfassend lässt sich als ein wesentliches Ergebnis dieses verdienstvollen Sammelbandes sicherlich die verzweifelte Suche vieler Jüdinnen und Juden nach Normalität nennen. Stand für diese zweifellos das eigene physische Überleben im Vordergrund, so galt ihnen darüber hinaus – ob bewusst oder unbewusst – häufig die Herstellung von Kontinuität, also einer Fortsetzung des gewohnten Lebensalltages, als Richtschnur. Dass dies angesichts von Mangelversorgung, Verfolgung und drohender Ermordung, falls überhaupt, nur unvollkommen gelingen konnte, stellt einen weiteren tragischen Aspekt des nationalsozialistischen Rassenwahns und seiner praktischen Umsetzung dar, was von den Autorinnen und Autoren anhand einer Vielzahl von Zeugnissen anschaulich dargelegt wurde.

Köln

JÜRGEN KILIAN

CHRISTIAN SPEER: *Frömmigkeit und Politik. Städtische Eliten in Görlitz zwischen 1300 und 1550* (Hallische Beiträge zur Geschichte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit 8). Akademie, Berlin 2011, 771 S. (zahlr. Abb.), 118,00 €.

Man nimmt den Band über Frömmigkeit und Politik, über Bürgerschaft und Kirche in der ca. 10.000 Einwohner zählenden Handels- und Gewerbestadt zunächst mit einigem Erstaunen in die Hand. Vergleichbare Monographien über die Großstädte Köln und Nürnberg sind mit geringeren Seitenzahlen ausgekommen, hier wird der Leser zunächst einmal von fast zwei Kilogramm (1,794 kg) erschlagen, die weitaus mehr enthalten, als der Titel des Buches verspricht; was man bei dem trotz erheblicher Zuschüsse immer noch horrenden Preis auch erwarten kann. Dem Leser wird zunächst einmal auf 412 Seiten eine detaillierte Strukturanalyse zum Thema der Arbeit geboten. Es folgt ein umfangreicher Quellenanhang, der nicht nur den Fleiß und die Akribie des Verfassers deutlich macht, sondern auch der Forschung und dem akademischen Unterricht weitgehend unbekanntes Quellenmaterial zur Verfügung stellt. Die andere Überraschung besteht darin, dass in der Arbeit keineswegs nur von Görlitz die Rede ist: Einen hohen Stellenwert nimmt die Diskussion der Arbeiten von Angenendt und Oexle, von Blickle und Rublack, um nur einige zu nennen, natürlich auch von Max Weber ein. Weiter werden zahlreiche andere, nicht nur an der Oberlausitz gelegene Städte zum Vergleich herangezogen. Speer macht so Görlitz zu einem Paradigma der stadtgeschichtlichen Forschung, das vergleichend und typologisch in zahlreiche allgemeine Kontexte eingeordnet wird. Dabei ist hervorzuheben, dass die Kommune des berühmten Heiligen Grabes nicht nur unter dem Thema Stadt und Kirche vor der Reformation untersucht wird, sondern gerade auch die Reformationszeit, so dass wesentliche Erkenntnisse zum Thema Stadt und Reformation gewonnen werden können. Besonders spannend sind die Kontinuitätslinien bei der städtischen Elite und ihrer Kirchenpolitik.

Die Arbeit umfasst drei Kapitel. Nach einer sehr ausführlichen Einleitung wird die Görlitzer Sakraltopographie als ‚Bühne‘ der Frömmigkeitspraxis (der Autor vermeidet den unscharfen Begriff Frömmigkeit und spricht stets von Praktiken) vorgestellt: Die Pfarreien St. Nikolaus sowie St. Peter

und Paul, die Ratskapelle, die zunächst als Sühnekapelle gegründete Frauenkirche, das Heilige Grab, die Annenkapelle als Memorialbau Hans Frenzels, weiter die kleineren Kapellen und die Privatoratorien. Fünf Häuser lassen sich unter der Rubrik Hospitäler anführen, eher dürftig war die Ausstattung der Stadt mit klösterlichen Gemeinschaften: Der Rat gestattete lediglich 1234 die Gründung eines Franziskanerklosters. Dafür spielte das 1369 errichtete Cölestinerkloster auf dem Berg Oybin bei Zittau auf dem Görlitzer Stiftungsmarkt eine hochbedeutende Rolle. Das zweite Kapitel befasst sich mit den Praktiken bürgerlicher Frömmigkeit, mit den Stiftungen und Schenkungen, der Memoria und dem Gebet, den Wallfahrten und den Eintritten in klösterliche Gemeinschaften; zu diesem Thema hätte man sich eine etwas eingehendere Analyse gewünscht. Durch den Eintrag der Stiftungen und Testamente in die Stadtbücher kam es in Görlitz zu einer weitgehenden Normierung und Kontrolle durch den Rat. Das dritte Kapitel arbeitet die Rolle der Stadtverwaltung für die Frömmigkeitspraxis heraus, untersucht werden die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Auffassung des Rates vom „Gemeinen Nutzen“, der Einfluss des Rates auf die Stiftungen und durch das Patronatsrecht sowie der Wandel durch die Reformation. Bemerkenswert sind die Rolle der Kirchaufsicht und der Stiftungen bei der Karriere einzelner Familien, aber auch die Stiftungskonkurrenz der Herren Emmerich und Frenzel. Deutlich wird erkennbar, dass Görlitz eine wesentlich bescheidenere Ausstattung mit geistlichen Institutionen hatte als die Städte des Altsiedellandes mit ihren zahlreichen Klöstern und Stiften. In Köln z. B. gab es ca. 90 Klöster und knapp 130 Bruderschaften, von denen man in Görlitz gerade einmal zwei zählte. Auf der anderen Seite besaßen die geistlichen Institutionen in Görlitz weitaus weniger Sonderrechte. Hier konnte der Rat bereits vor der Reformation einen beträchtlichen Einfluss durchsetzen und ein Kirchenregiment aufbauen.

Karten auf den Innenseiten der Buchdeckel erleichtern dem Leser die Orientierung. Fast 300 Seiten Anhänge enthalten Regesten aus Görlitzer Testamenten und Stiftungsurkunden (1298–1552), Quellen zur Annenkapelle sowie zur Heilig Kreuz-Kapelle und zum Heiligen Grab ebenso wie zum Cölestinerkloster Oybin. Eine Karte zum Ratsbesitz folgt, außerdem ein qualitätsvoller Bildanhang mit 52 Fotos, bei denen man sich eine engere Verzahnung mit dem Text gewünscht hätte. Von den Anhängen ist schließlich noch das detaillierte Orts-, Personen- und Sachregister hervorzuheben, das bei der Erschließung des dickleibigen Bandes eine große Hilfe darstellt.

Trier

WOLFGANG SCHMID

HEINZ-ELMAR TENORTH/CHARLES E. MCCLELLAND (in Zusammenarbeit mit Torsten Lüttke/Hannah Lotte Lund/Werner Treß): *Geschichte der Universität Unter den Linden*, Band 1: *Gründung und Blütezeit der Universität zu Berlin 1810–1945*. Akademie, Berlin 2012, 674 S., 99,80 €.

Dem ersten Band der Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin (1828–1945 „Friedrich-Wilhelms-Universität“) gelingt mit den Beiträgen von Heinz-Elmar Tenorth, Werner Treß, Torsten Lüttke, Hannah Lotte Lund und Charles McClelland eine moderne Wissenschaftsgeschichte, wie sie methodisch in einer Verknüpfung von Institutionen-, Politik-, Sozial- und Kulturgeschichte in den letzten Jahren vielfältig diskutiert wurde. Auf Initiative Wilhelm von Humboldts durch Friedrich Wilhelm III. am 16. August 1809 zur Gründung beschlossen, nahm die Universität am 15. Oktober 1810 zum Winter den Lehrbetrieb im Prinz-Heinrich Palais ohne großen Pomp auf. Tenorth verdeutlicht anschaulich, dass sich in einer ausgeprägten Berliner Wissenschaftslandschaft früh Reformbestrebungen Wilhelm von Humboldts und des Kultusministeriums unter Karl vom Stein zum Altenstein mit der Bedeutung des zentralen Standortes der preußischen Hauptstadt verbanden. Die Abwehr der Napoleonischen Kriege und die zeitweilige Schließung der Universität Halle 1806 durch Napoleon verstärkten den Reformimpuls. Nachdem auch Frankfurt/Oder mit Breslau vereinigt wurde, sollte die Berliner Universität als preußisch-protestantische *Centraluniversität* fungieren.

Treß verweist auf den schwierigen Aufbau des ersten Lehrkörpers der Universität. Berlin war mit einem bürgerlichen Wissenschaftsleben und der Akademie der Wissenschaften attraktiv, jedoch

sagten auch Umworbene wie Carl Friedrich Gauß ab, ging Karl Wilhelm Friedrich von Schlegel schließlich nach Bonn und konnte Georg W. F. Hegel erst im zweiten Versuch gewonnen werden. Der hohe Bedarf von Staat und Kirche an den ersten Absolventen der Theologie, Medizin und Mathematischen Wissenschaften führte um 1848 zum erstarrenden Zugriff des Staates auf die Universität, so Treß. Politische Stagnation und wissenschaftlicher Reformstau behinderten Berliner Weltrang.

Lüdtke erweitert den Band um die wichtigen kulturgeschichtlichen Aspekte von Geselligkeit, Sittlichkeit und Disziplinierung Berliner Studenten im Kontext der Stadt, deren Zahl von 262 1810 auf 2.070 1830 anstieg, zwischen 1840 und 1870 stagnierte und 1910 knapp 8.300 erreichte. Verbindungswesen, Einflüsse der patriotischen Turnbewegung Jahns sowie die Politisierung der Studentenschaft im Zuge von Napoleonischen Kriegen, Wartburgfest 1817 sowie den Revolutionen von 1830 und 1848 prägten die Studentenschaft, zu denen auch Heinrich Heine sowie Otto von Bismarck und Karl Marx gehörten. Lund beschreibt eindrücklich das intellektuelle Milieu und die Geselligkeitskultur der Stadt mit der Prägekraft von Salons und fachspezifischen sowie berufsständischen Gesellschaften.

McClelland zeichnet in beeindruckender Detailkenntnis die Umbruchjahre zwischen 1860 und 1918 nach. Berlin wurde zum zentralen Wissenschaftsstandort im Kaiserreich. McClelland betont erneut, dass die Dienstzeit Friedrich Althoffs als Kultusminister von 1882 bis 1907 ein machtbewusstes Bildungsmanagement mit enger Abstimmung von Vertrauensmännern innerhalb der Professorenenschaft erlaubte. Sozialgeschichtlich veränderte sich einiges in der Wissenschaftsstruktur der Universität nach 1870. Frauen wurden 1895 nur als Gasthörerinnen (aber mit Promotionsrecht) und dann 1908 zum regulären Studium zugelassen. Ausländische Studenten waren zuweilen mit 16 Prozent vertreten. Die Professorenenschaft stieg von 53 1810 auf letztlich 491 1910, nach geringem Ausbau zwischen 1840 und 1870. Das „Nichtordinarienproblem“ der zunehmenden Extraordinarien und Privatdozenten verstärkte sich bereits seit 1848.

Während sich die überwiegend norddeutsch protestantisch geprägte männliche Professorenschaft lange auch gegen katholische Ordinarien abgeschottet hatte, war der im preußischen Vergleich hohe Anteil der Juden an der Universität bei kaum vorhandenen jüdischen Ordinarien v. a. ab 1890 umso auffälliger. Der „Berliner Antisemitismusstreit“ verdichtete dann längerfristige Strukturen von antisemitischer Ausgrenzung und kulturprotestantischer Mehrheitskultur. Gelehrtenpolitisches Engagement der „Flottenprofessoren“ erfasste um 1900 dann auch besonders die Berliner Universität, während Professoren immer weniger im Reichstag vertreten waren und den Übergang vom Honoratioren- zum Berufspolitiker im Kaiserreich nur bedingt mitgestalten konnten. Der Erste Weltkrieg brachte dann einen dramatischen Rückgang an Studenten sowie auch Ordinarien. Die politische Spaltung in gemäßigte und nationalistische Professoren ging quer durch die Berliner Professorenenschaft und bezeichnete zugleich Höhepunkt und Krise kaiserreichlicher Gelehrtenpolitik.

Die Berliner Universität verdankte ihre Gründung einer „Überlebenskrise des preußischen Staates und ihre glänzendste Epoche der Expansion als Hauptstadtuniversität des neuen Deutschen Kaiserreiches“, so beschließt McClelland diesen beeindruckenden ersten Band zur Geschichte der Berliner Universität (S. 637). Weitere Krisen sollten folgen. In der Weimarer Republik, so zeigt dann der zweite Band der Universitätsgeschichte, begann die Problematisierung ihrer herausragenden staatstragenden Rolle.

Berlin

BJÖRN HOFMEISTER

ARNE THOMSEN: *Katholisches Krankenhauswesen im Ruhrrevier. Entwicklungen und Akteure von den Anfängen der Industrialisierung bis zum Ersten Weltkrieg* (Institut für Kirchengeschichtliche Forschung des Bistums Essen. Quellen und Studien 14). Aschendorff, Münster 2012, 210 S., 29,80 €.

Spätestens seit der Reklamation des 19. Jh.s als „zweites konfessionelles Zeitalter“ durch Olaf Blaschke gilt dem konfessionellen Krankenhauswesen im Industriezeitalter verstärkte Aufmerksam-

keit. Bereits in Arbeiten zur Sozialgeschichte des Krankenhauses, die sich in den 1990er Jahren in besonderem Maße den Zusammenhängen von Urbanisierung, Industrialisierung und Krankenhauswesen gewidmet haben, war unter dem Titel „Stadt und Krankenhaus“ verschiedentlich aufgefallen, dass in der Hochzeit des kommunalen Krankenhausausbaus insbesondere auch konfessionelle Krankenhauseinrichtungen überproportional wuchsen, was die Zahl sowohl der Anstalten als auch der dort zur Verfügung gestellten Betten angeht. Gleichwohl ist die übergreifende Hypothese vom „zweiten konfessionellen Zeitalter“ bislang noch wenig anhand krankenhaushistorischer Entwicklungen überprüft; wenn, dann geschah dies eher an einzelnen Häusern. Insofern ist die Dissertation von Arne Thomsen, die das katholische Krankenhauswesen mit insgesamt 85 Häusern in der wohl am meisten durch Industrialisierung und Urbanisierung geprägten Region Deutschlands untersucht, von besonderem Wert. Dies gilt nicht zuletzt angesichts des Umstands, dass das „Ruhrgebiet“ als historische Region kaum abschließend zu fassen ist: Dies trifft nicht nur hinsichtlich der staatlichen Verwaltung zu (und damit hinsichtlich der zu konsultierenden öffentlichen Archive), die jeweils durch Teile der Regierungsbezirke Arnsberg, Düsseldorf und Münster gebildet wurde (und wird), sondern auch im Hinblick auf die kirchliche Gliederung (und damit hinsichtlich der zu konsultierenden Bistumsarchive), insofern das „Ruhrgebiet“ aus Teilen der Bistümer Köln, Münster und Paderborn bestand, die seit 1957 das Bistum Essen bilden.

In knappen Zügen umreißt Thomsen im ersten Kapitel („Rahmenbedingungen“) die Grundzüge der Krankenhausgeschichte bis in die Mitte des 19. Jh.s einschließlich der Rahmenbedingungen (Krankenversicherung, konfessionelle Positionen zur ‚sozialen Frage‘, speziell im ‚Kulturkampf‘). Sodann werden ebenfalls knapp die Entwicklung des Ruhrgebiets und der sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse sowie am Beispiel der Stadt Essen auf zweieinhalb Seiten die Etablierung des ‚sozialen Katholizismus‘ im Untersuchungszeitraum abgehandelt. Im folgenden Kapitel konzentriert sich die Arbeit auf die „Gründungsgeschichten“ der Einrichtungen. Während das staatliche ebenso wie das bischöfliche Genehmigungsverfahren üblicherweise ohne größere Probleme abliefen, bestand das Hauptproblem einer katholischen Krankenhausgründung im 19. und frühen 20. Jh. vor allem darin, einen angemessenen Kontrakt mit einer katholischen Schwesternschaft zu schließen, die außerhalb des Ruhrgebiets im Münsteraner und Paderborner Bistum zu gewinnen war. Träger der Einrichtungen waren normalerweise die örtlichen Kirchengemeinden, die Initiative ging von den Gemeindepfarrern aus: „Für die katholischen Krankenhausgründungen im Ruhrgebiet war der Pfarrer die treibende Kraft.“ (S. 69) Auf zehn Seiten untersucht Thomsen anschließend die Rivalitäten und Konkurrenzsituationen mit protestantischen, kommunalen und Knappschaftskrankenhausgründungen und kommt zu dem erstaunlichen Ergebnis, dass es die geringsten Konflikte mit der unmittelbaren konfessionellen Konkurrenz gab und auch gegenüber kommunalen Gründungen nur selten größere Vorbehalte laut wurden, während die Gründung von Knappschaftskrankenhäusern gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jh.s häufig als Kampfansage aufgefasst wurde. In Bezug auf die Patrozinien kann die verhältnismäßig häufige Wahl des „Arbeiterheiligen“ Josef in 17 Fällen kaum überraschen. Es kam aber auch zu bezeichnenden Missverständnissen: Dem 1848 gegründeten Bochumer St. Elisabeth-Hospital genehmigte Königin Elisabeth Ludovika von Preußen 1849 „mit wahrer Freude [...] dessen Benennung nach Meinem Namen“ (S. 92). Im mit 60 Seiten umfangreichsten Kapitel untersucht Thomsen unter dem Titel „Aufbauprozesse“ die Rolle der Schwestern, der Ärzte, der Patienten und des Geistlichen Rektors der Anstalten im Betrieb und behandelt Modelle der Trägerschaft, die finanzielle Entwicklung, die Selbstdarstellung und Fremdwahrnehmung sowie Aspekte der Professionalisierung der Anstalten. Besonderen Raum nehmen hier Konflikte zwischen den ihrer eigenen Ordnung unterstehenden Kongregationsschwestern und den Ärzten ein. Auf zehn Seiten bietet Thomsen abschließend eine kleine Geschichte des St.-Johannes-Hospitals in Duisburg-Hamborn.

Manche in der Literatur gebotenen Anknüpfungspunkte bleiben ungenutzt: So wäre vor dem Hintergrund der These vom „zweiten konfessionellen Zeitalter“ ein intensiverer Bezug auf die vergleichsweise besser untersuchten Diakonissen in den protestantischen Häusern von größtem Interesse gewesen. Sodann waren in den gebundenen Anstalten konfessionelle Konflikte im Wesentlichen dann zu erwarten, wenn Angehörige ‚fremder‘ Konfessionen um den Besuch eines Geistlichen baten,

sehr viel weniger hingegen bei der Gründung der Einrichtungen. Dem eher summierenden Ansatz der Arbeit geschuldet, unterbleiben eine detailliertere Analyse der Patienten- sowie der Ärzteschaft, präzisere Untersuchungen der Einnahmen- und Ausgabenstruktur und die Frage nach raumbildenden Funktionen einer hypothetischen Krankenhaus- und Versorgungslandschaft Ruhrgebiet zwischen konfessionellen, kommunalen und knappschaftlichen Häusern. Insofern bietet die Arbeit von Thomsen einen hochwillkommenen Einstieg in das noch wenig beackerte Feld. Sie vermag jedoch – ihrem kirchenhistorischen Ansatz entsprechend – auf der Detailebene des einzelnen Hauses wenig zu differenzieren und entzieht sich gleichzeitig der weiteren Ebene, etwa des konfessionellen Vergleichs.

Magdeburg

FRITZ DROSS

TATJANA TÖNSMEYER: *Adelige Moderne. Großgrundbesitz und ländliche Gesellschaft in England und Böhmen 1848–1918* (Industrielle Welt 83). Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2012, 372 S., 59,90 €.

Tatjana Tönsmeier untersucht strategische Mittel, derer sich böhmische und englische, auf dem Lande ansässige Adlige bedienten, um ihre privilegierte Stellung in der Hierarchie der Gesellschaft der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jh.s zu bewahren und zu legitimieren. Die Autorin beschäftigt sich vor allem mit den alltäglichen Handlungsweisen und Praktiken der Adligen in den Interaktionen mit den nichtadligen Schichten der Bevölkerung auf ihren ländlichen Besitztümern nach dem Zerfall traditioneller Verhältnisse der Untertänigkeit in der Vormoderne. Sie wendet sich dem komparativen Studium der in der Forschung vernachlässigten sozialen Geschichte des Adels zu, basierend auf einem breiten Korpus der europäischen Forschungsliteratur. Besonders hervorzuheben ist der außergewöhnliche Einsatz, den Tönsmeier bei der Erschließung älterer und neuerer in tschechischer Sprache erschienener Studien über den Adel in Böhmen zeigt. Die gut gewählte Auswahl der Quellen von fünf in England und sechs in Böhmen ansässigen Adelsfamilien bieten der Autorin ein zuverlässiges Fundament für die wohl überlegte Struktur des hier zu besprechenden Buches.

Nach der historiographischen und methodologischen Einleitung gilt das Augenmerk der Autorin den Hauptakteuren: Sie interessiert sich für die adligen Grundbesitzer in England und in Böhmen, für die Verwalter ihrer Grundherrschaften und besonders für Bauern und für die nicht ansässigen Dörfler, denen die Landarbeit auf gepachtetem Boden das tägliche Brot sicherte. Tönsmeier setzt sich mit der Frage auseinander, ob es zwischen den nichtadeligen Landarbeitern und der Grundherrschaft zu Auseinandersetzungen kam, in denen die unterschiedlichen sozialen Identitäten aneinandergerieten. Die englischen Magnaten schränkten den Bau von Landarbeiterwohnungen ein und bestraften übermäßigen Alkoholkonsum. Der in Böhmen ansässige Adel konzentrierte sich auf die Ausübung der Aufsicht über Deputate und über die Wald- und Gewässernutzung durch die ländliche Bevölkerung. In beiden Fällen strebten die Adligen nach der Bewahrung ihrer traditionellen Privilegien, durch die sie ihre herausgehobene Gesellschaftsstellung zu bestätigten vermochten. Eine Bedrohung für ihre Vorrechte sahen die Adligen in den Ausdrucksweisen des „bürgerlichen“ Diskurses, der das Verhalten und die Handlungsweisen der ländlichen Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s allmählich zu prägen begann.

Um Hinweise auf traditionelle Mittel zur Festigung der Macht und Herrschaft der Magnaten über ihre ländlichen Domänen zu finden, wendet sich Tönsmeier den Formen und Arten der individuellen und kollektiven Wohltätigkeit zu, wie die Armenfürsorge in Böhmen, die Bildungstiftungen in England oder das Kirchenpatronat. Das traditionelle Bild einer barmherzigen und wohlthätigen Obrigkeit spiegelte sich in der Welt der ländlichen Bevölkerung auf den adligen Domänen in beiden Ländern bei festlichen Anlässen im Lebenszyklus sowie dem Kirchen- und Agrarjahr wider. Zu den nichttraditionellen Formen, derer sich die Adligen bedienten, um auf ihren ländlichen Domänen ihre gesellschaftliche Stellung zu festigen, zählt die Autorin den Beitritt der Adligen zu den bürokratischen

Institutionen der Lokalverwaltung in Böhmen, den städtischen und gräflichen Räten in England, den Vereinen und Verbänden. Diese spiegelten dann in der Regel kulturelle, politische und religiöse Interessen wider. Gerade das Zusammenspiel von traditionellen und modernisierenden Elementen im Verhalten und in den Handlungsweisen der Adligen in Böhmen und England charakterisierte in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jh.s ihre Bestrebungen nach einer entsprechenden Eingliederung in die soziale Hierarchie der modernen Gesellschaft.

Durch die Wahl des Themas und vor allem durch die methodologische Herangehensweise fordert dieses außergewöhnlich anregende Buch von Tatjana Tönsmeier zu einer komparativen Erforschung der Sozialgeschichte des Adels auf, und dies nicht nur für den Zeitraum des 19. und 20. Jh.s. Es ist nur bedauerlich, dass die Autorin den Bildquellen aus den tschechischen Adelsarchiven und ihrer Aussagekraft kaum Aufmerksamkeit schenkt, denn sie sind wertvolle Zeugnisse der Durchdringung traditioneller und modernisierender Elemente im Verhalten und in den Handlungsweisen der Adligen. Dies zeigt auch die Abbildung der Sternbergischen Herrschaft Žirovnice/Serowitz um 1910 auf dem Einband des besprochenen Buches.

České Budějovice/Budweis

VÁCLAV BŮŽEK

HIDEHARU UMEHARA: *Gesunde Schule und gesunde Kinder. Schulhygiene in Düsseldorf 1880–1933* (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen 86). Klartext, Essen 2013, 357 S. (38 Abb., 32 Tab.), 39,95 €.

Umehara befasst sich in seiner 2011 in Düsseldorf als Dissertation angenommenen Studie mit der Schulhygiene in der Stadt Düsseldorf zwischen 1880 und 1933. Düsseldorf war in diesem Zeitraum eine bedeutende Industriestadt und zugleich eines der Zentren der Moderne in Deutschland. Im Mittelpunkt stehen dabei jene Veränderungen der gesundheitlichen Betreuung von Schulkindern, die Umehara selbst als Wandel von der „Schul-Hygiene“ zur „Schüler-Hygiene“ bezeichnet. Schul-Hygiene war bis zur Jahrhundertwende ein eher vernachlässigter Bereich von Medizin und Pädagogik, da bis zu diesem Zeitpunkt die hohen Mortalitäts- und Morbiditätsraten von Säuglingen und Kleinkindern im Fokus der Aufmerksamkeit standen. Die Schul-Hygiene befasste sich daher mit Belüftung von Klassenzimmern, guten Lichtverhältnissen und Sauberkeit sowie der Optimierung der Schulbänke. Daneben ging es erst an zweiter Stelle auch um die Bekämpfung von Infektionskrankheiten wie Krätze, Diphtherie und Scharlach.

Mit den Veränderungen seit der Jahrhundertwende verband sich dann ein Wandel der hygienischen Bestrebungen in den Schulen – nicht mehr die Schulgebäude, sondern die Schüler rückten in den Mittelpunkt einer neu konzipierten Schülerhygiene. Mit der Intensivierung der schulärztlichen Aufsicht wurden nunmehr die folgenden Bereiche in den Blick genommen: Ermöglichung des Sprechens und Hörens, Turnkurse und „Krüppelfürsorge“, Schulzahnpflege, Bekämpfung der Tuberkulose, Ferienkolonien, Solbad- und Milchkuren und die Schulspeisung.

Allein aus diesen Angaben wird ersichtlich, wie sich auch in der Schule der Ansatz einer hygienischen „Policey“ hin zu einer umfassenden, sozialstaatlichen Daseinsfürsorge zu wandeln begann. Von den budgetären und sonstigen Beschränkungen während der Kriegs- und Nachkriegsjahre und der Weltwirtschaftskrise abgesehen, wurde die Schülerhygiene so bis 1933 zunehmend in das Konzept einer vor allem auf kommunaler Ebene betriebenen Gesundheitsversorgung integriert. Der Schularzt nahm mehr und mehr eine Schlüsselstellung im Zusammenhang eines Systems aus Allgemeinmedizinern, Fachärzten und Kinderkliniken ein, die programmatisch auf die Trias von „gesunde Schule, gesunde Kinder, gesundes Volk“ hinarbeiteten. Eine gegenläufige Entwicklung war die gleichzeitige Zersplitterung der Medizin in mehrere Fachgebiete, die kaum miteinander verknüpft waren. Besonders dadurch verlor die Schulhygiene nach 1920 im gleichen Maße an akademischer Bedeutung wie sie an institutioneller gewann.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Es ist ein großes Verdienst der Studie Umeharas, diese Bestrebungen um den Gesundheitsstatus von Schülern aus einem modischen, zu engen Bezug auf Thesen – wie die der Sozialdisziplinierung – zu lösen und auch die Geschichte der Schul- und Schülerhygiene nicht von vornherein als Vorgeschichte der nationalsozialistischen „Ausmerze“ zu schreiben. Vielleicht trägt dazu sein erfreulich unvoreingenommener (japanischer) Blick auf das Deutschland der Jahre 1880 bis 1933 bei. Umehara hebt daher die überwiegend positiven Auswirkungen der Sozialmedizin hervor. Und ebenfalls zu Recht: Eine bessere Gesundheitsförderung in den Schulen ist gerade heute ein wichtiges Desiderat. Die Studie Umeharas bietet daher zahlreiche Anknüpfungspunkte an die aktuell geführte Debatte über den schlechten körperlichen und mentalen Zustand vieler Schüler und Schülerinnen und ist daher über Fachkreise hinaus zumindest in Auszügen auch allgemein Interessierten als Lektüre zu empfehlen.

Dormagen-Zons

DETLEF BRIESEN

AXEL WEIPERT: *Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830–1934*. Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2013, 251 S., 24,00 €.

Neue Monografien zur Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung sind auf dem deutschen Büchermarkt selten. Es ist und bleibt bemerkenswert, wie weitgehend die deutsche Historiografie diese soziale Gruppe vergessen hat, deren Entwicklung sowohl im ‚langen‘ 19. als auch im ‚kurzen‘ 20. Jh. für die Gesellschafts- und Politikgeschichte des Landes von überragender Bedeutung war. Angesichts dieses nun schon lange anhaltenden Desinteresses der Fachwissenschaft mag es sinnvoll sein, hier kurz auf eine Neuerscheinung hinzuweisen, die ausdrücklich nicht für die akademische Welt, sondern für eine breite Leserschaft geschrieben wurde. Axel Weipert, ein junger Historiker, der an der FU Berlin an einer Dissertation zur Berliner Rätebewegung von 1918/19 sitzt, will in seiner Überblicksdarstellung der Berliner Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1934 „spannend und fundiert [...] Geschichte durch Geschichten“ erzählen (S. 7). Er stützt sich dabei auf die vorliegende Literatur sowohl zur Berliner Stadtgeschichte als auch zur allgemeinen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Sieht man von einigen (rein illustrierend eingesetzten) autobiografischen Zeugnissen ab, die zu den Beständen der SAPMO im Bundesarchiv gehören, wurden keine neuen Quellen erschlossen. Der Anmerkungsapparat ist auf ein Minimum begrenzt.

Die chronologisch angelegte Darstellung beginnt mit der dramatisch benannten Berliner „Schneiderrevolution“ von 1830 (de facto ein äußerst kurzlebiger öffentlicher Protest gegen die willkürliche Verhaftung einiger Schneidergesellen und gegen ein allgemeines Rauchverbot für die Berliner Parks und Straßen, der von Teilen der „unteren Schichten“ der Stadt getragen wurde) und behandelt dann die Teuerungskrawalle von 1847 sowie die Beteiligung von Handwerkern und Arbeitern an der Revolution von 1848. Die Darstellung der nachfolgenden Dekaden bis 1914 skizziert Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, behandelt kurz aber auch spontane Protestaktionen in Berliner Arbeitervierteln wie etwa die „Weddinger Fleischrevolte“ im Oktober 1912. Diesem Muster folgen im Kern auch die Kapitel für die Jahre des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik. Allerdings versuchen die Abschnitte über die Zeit nach 1918 stärker, die ganze Breite des linken Milieus und die Vielgestaltigkeit seiner Organisationen einzufangen. Das Buch endet mit einem Blick auf die Unterdrückung der linken Arbeiterorganisationen nach 1933, bei der die Nationalsozialisten gerade in Berlin teilweise mit großer Brutalität vorgehen. Zutreffend konstatiert Weipert die Vergeblichkeit aller Widerstandsbemühungen schon in dieser ersten Phase der Diktatur.

Akzeptiert man seine selbstgesetzten Ziele, dann gibt es an der Darstellung des Autors wenig auszusetzen. Die Arbeiterbewegung erscheint bei Weipert in der Tat durchweg als ein „vielschichtiges Gebilde“ (S. 7) verschiedener Strömungen. Die anspruchsvolle Aufgabe, komplexe nationale Ent-

wicklungen und Berliner Besonderheiten jeweils angemessen zu skizzieren, wird geschickt gelöst. Der Ton ist dabei jedoch oft akademischer, als man es nach den Ankündigungen in der Einleitung erwarten würde. Auffällig ist das Bemühen, jede Wertung zu vermeiden: Der Streit um die Kriegspolitik der Sozialdemokratie, die Parteispaltung und auch der linke „Bruderkampf“ nach der Novemberrevolution werden nüchtern referiert, aber an keiner Stelle bewertet. Solche Zurückhaltung mag man in Erinnerung an die unerschütterlichen politischen Gewissheiten, mit denen Historiker in den 1970er und 1980er Jahren an diese Themen herangingen, als angenehm empfinden. Auf den Rezensenten wirkte die konsequente Neutralität jedoch eher lau: Die Darstellung wird so trotz eingestreuter autobiografischer Quellen und reportageartiger Demonstrationsberichte zur antiquarischen Geschichtsschreibung.

Hamburg

KARL CHRISTIAN FÜHRER

D. Wirtschaftsgeschichte

BERT BECKER: *Michael Jebsen. Reeder und Politiker 1835–1899. Eine Biographie*. Ludwig, Kiel 2012, 854 S. (88 s/w- u. 347 Farbbabb., 7 Tab., zahlr. Karten), 49,00 €.

Der aus dem nordschleswigschen Städtchen Apenrade stammende Reeder und Politiker Michael Jebsen war eine faszinierende deutsche Unternehmerpersönlichkeit des 19. Jh.s, über die der in Hongkong moderne europäische Geschichte lehrende Autor eine brillante Biographie geschrieben hat. Sie übertrifft nicht nur die Schriften von Jebsens Tochter Emma von Hassel und Ernst Hieke aus den 1950er Jahren, sondern sie setzt in der historischen Unternehmerforschung neue Maßstäbe. Becker stellt einerseits den Reeder „als zentrale Figur wirtschaftlicher Entwicklung vor“, andererseits sollen über den ökonomischen Aspekt hinaus „die politischen, sozialen, familiären und kulturellen Lebensbedingungen untersucht werden“ (S. 11). Das Leben dieses global agierenden Reeders lenkt den Blick auf die deutsche Schifffahrtsgeschichte in Europa und in Ostasien, während die politischen Aktivitäten Einblicke in das konkrete Wirken eines Landtags- und Reichstagsabgeordneten im deutschen Kaiserreich ermöglichen, der sich als Schifffahrtsexperte einen Namen machte. Schließlich spielt die Minderheitenfrage in Südjütland und in Nordschleswig für den sich zur deutschen Minderheit in prodänischer Umgebung bekennenden Unternehmer eine bedeutende Rolle.

Aus einer alteingesessenen Schifferfamilie stammend, machte Jebsen bis 1873 eine steile Karriere von einem Segelmacherlehrling über eine Phase als Schiffsjunge und Schiffsführer bis hin zum Dampferkapitän, der die Schifffahrt in Peru und Chile, die Küstenfahrt in Mexiko und die asiatisch-pazifische Küstenfahrt kennengelernt hatte. Es folgten Seereisen nach Südamerika und Südostasien und Fahrten im Pazifik während des Deutsch-Französischen Krieges. Von 1874 bis 1882 war er Manager der Krupp'schen Flotte, mit der die Versorgung des Essener Stahlunternehmens mit spanischem Erz aus Bilbao über Vlissingen und später Rotterdam sichergestellt wurde. Das Weisungsrecht seiner Essener Vorgesetzten behagte ihm nicht, so dass er Ende des Jahres 1878 mit dem Kauf eines Frachtdampfers den ersten Schritt in die Selbständigkeit tat. Formal übertrug er seinem Schwager die Korrespondenzreederei des Schiffes. Mitte 1882 schied Jebsen bei Krupp aus.

Es ist die Zeit des Übergangs von der Segel- zur Dampfschifffahrt. Ausführlich wird dargestellt, welche Probleme Jebsen mit den bei Howaldt in Kiel gebauten Dampfern hatte, während er mit den Ablieferungen von Blohm & Voss in Hamburg nur gute Erfahrungen gemacht hatte. Dennoch blieb er der Kieler Werft weitgehend treu. Denn die Brüder Georg, Bernhard und Hermann Howaldt gehörten als Schiffsproduzenten zu einem Netzwerk, dessen „Schlüsselfigur“ Jacob H. P. Diederichsen war. Seine Schwester Emma, die Mutter von Georg, Bernhard und Hermann, hatte August Ferdinand Howaldt geheiratet, Mitbegründer der Kieler Maschinenfabrik Schweffel & Howaldt. Jacob Diederichsen erwarb sich detaillierte Kenntnisse in der neuen Dampftechnik „und wurde schließlich zur

„rechten Hand“ von Howaldt“ (S. 193). Als Maschinenmeister und Inspektor der Hapag lernte er den Oberinspektor H. Ehlers kennen, der Michaels Onkel war. Jacob Diederichsen blieb bis zu seinem Lebensende Jepsens wichtigster Berater in allen technischen Fragen. Jacobs Neffen, Carl und Gustav Diederichsen, blieben Jepsens Hauptkapitalgeber. Sie übernahmen immer wieder Parten von Schiffneubauten. Becker spricht von einem gut funktionierenden Dreiecksnetzwerk zwischen Apenrade, Hamburg und Kiel, das in hohem Maße zum Geschäftserfolg der Partenreederei Jepsen beitrug. Das zweite wichtige Netzwerk für Jepsen waren seine weltweiten Beziehungen, die er vor allem in Südamerika und Südostasien über Jahrzehnte aufgebaut hatte. Während Anfang der 1880er Jahre mit der Schifffahrt in europäischen Gewässern kaum Gewinne zu erzielen waren, boten China und der asiatisch-pazifische Raum seit der Öffnung der Vertragshäfen 1840 und der Eröffnung des Suezkanals vielversprechende Möglichkeiten. Jepsen verlegte seine Aktivitäten nach Hongkong, wo sein Sohn Jacob und sein Vetter Heinrich Jessen die heute noch dort aktive Firma Jepsen & Co gründeten. Jepsen profitierte von den Erfahrungen und persönlichen Beziehungen aus den 1860er Jahren in der asiatischen Küstenschifffahrt, als er mit dem Segler NOTOS der Hamburger Firma Hastedt & Co mehrfach Hongkong angelaufen hatte. In diesen Jahren hatte er alle wichtigen Handelsplätze Indiens und Ostasiens kennengelernt.

Trotz der vielen geschäftlichen Unternehmungen fand Jepsen auch Zeit, sich als Apenrader Kommunalpolitiker (Erster Senator und stellvertr. Bürgermeister), als nationalliberaler Abgeordneter im preußischen Landtag und im Reichstag zu engagieren.

Becker versteht es, alle persönlichen Erlebnisse Jepsens zu kontextualisieren und in die größeren Zusammenhänge einzubetten, ganz gleich ob es um familiäre, unternehmerische oder politische Fragen geht. Seine Analyse ist in jedem Falle überzeugend und lässt kaum zu wünschen übrig. Die Biographie beruht in erster Linie auf einem umfangreichen Firmenarchiv, das mittlerweile wohl geordnet ist, und auf mehreren deutschen und dänischen Archiven. Das Buch ist übersichtlich gegliedert, vermeidet unschönen Fachjargon und ist spannend geschrieben. Es füllt auch eine Lücke in der maritimen Literatur. Denn es gibt – mit Ausnahme von Albert Ballin und R. C. Rickmers – nur wenige, wissenschaftlich gehaltvolle Biographien deutscher Reeder. Das Buch ist sehr hochwertig produziert und reichlich mit farbigem Bildmaterial ausgestattet. Sein Ziel, Jepsen als „charakteristischen Repräsentanten seiner Epoche“ und als „Symbolfigur vieler übergreifender Tendenzen und Entwicklungen des 19. Jahrhunderts“ (S. 17) zu begreifen, hat der Autor auf eindrucksvolle Weise erreicht.

Loxstedt

LARS U. SCHOLL

BASTIAN BLACHUT: *„Arisierung“ als Geschäftsprinzip? Die Monopolisierung des deutschen Entzinnungsmarktes zwischen 1933 und 1939 durch die Th. Goldschmidt AG in Essen* (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte 19). Klartext, Essen 2012, 180 S. (30 Abb., 17 Tab.), 22,95 €.

Die von dem Bochumer Historiker Dieter Ziegler betreute Magisterarbeit beeindruckt weniger durch den Umfang als durch ihren Inhalt, der eine bemerkenswerte selbständige wissenschaftliche Leistung dokumentiert und die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse mit Nachdruck rechtfertigt. Zwar liegen inzwischen zahlreiche Ausarbeitungen zum Thema „Arisierung“ vor, aber diese kommen, wie auch der Verfasser feststellt, übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Erwerber ehemals jüdischer Unternehmen ausnahmslos die Lage zu ihrem materiellen Vorteil und zum Nachteil der Veräußerer ausgenutzt haben. Wenn dies, wie bei den Übernahmen von Netter & Jakobi und Hahn durch Mannesmann (Zangen) bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten zweifelsfrei nachgewiesen, einmal nicht der Fall gewesen ist, wurde das entweder ignoriert oder als Versuch gewertet, die „Arisierer“ reinzuwaschen. Wie die hier zu besprechende Untersuchung anschaulich darlegt, muss jeder Fall für sich

betrachtet werden. Selbst die NS-Diktatur ließ den Unternehmen einen Handlungsspielraum, der von diesen aus verschiedenen Gründen höchst unterschiedlich genutzt wurde.

Die Essener Goldschmidt AG, die zu den weltweit führenden Unternehmen der industriellen Weißblechzinnung gehörte, hat in den Jahren von 1933 bis 1939 drei Unternehmen, ganz oder in Teilen, erworben, deren Besitzer im Sinne der nationalsozialistischen Auffassung „jüdisch“ waren. Meist lässt Blachut keinen Zweifel daran, was die Nationalsozialisten darunter verstanden, auch wenn seine Kategorisierung mit den Bezeichnungen „jüdischer Unternehmer“, „jüdischer Eigentümer“, „deutsch jüdische Eigentümerfamilie“, „jüdischer Diplomingenieur“, „jüdischer Angestellter“ etc. sprachlich nicht sauber ist (jedenfalls nicht bedeutete, wie auf Seite 93 zu lesen, dass jemand „jüdischen Glaubens“ war; denn dann hätte ein Konfessionswechsel die Rettung bedeutet!).

Der Verfasser erarbeitet sorgfältig in allen drei untersuchten Beispielen den Handlungsrahmen, in dem sich diese Übernahmen ereigneten; wobei er eine Fülle unveröffentlichter Primärquellen nutzt. Außerdem betrachtet er die Voraussetzungen für und auch die Folgen der Eigentumsveränderungen sowohl für die Verkäufer als auch das erwerbende Unternehmen. Selbst die Rolle des Vertreters der Hausbank im Aufsichtsrat findet Berücksichtigung. Aus naheliegenden Gründen hat er nicht nur die für das betrachtete Geschehen relevante Zeit vor der NS-Machtergreifung einbezogen, sondern die Arbeit durch ein Kapitel ergänzt, das die Entwicklung des Entzinnungsmarktes und der Goldschmidt AG nach 1945 betrifft. Zwar fehlt es in einigen wenigen Fällen an wirtschafts-, insbesondere unternehmensgeschichtlichen Spezialkenntnissen, beispielsweise hinsichtlich der Aufgaben von Aufsichtsratsmitgliedern oder der Laufzeit von Patenten, aber das ändert nichts am nachhaltig begründeten Befund:

„Arisierungen“ hatten vielfältige Ursachen und Faktoren. In keinem der Fälle gibt es Hinweise darauf, dass die Goldschmidt AG den Kauf aktiv herbeigeführt und aus der Zwangslage der Verkäufer unmittelbaren Profit gezogen hat. Im Gegenteil: Zumindest in einem Fall bewies Goldschmidt „ein hohes Maß an Integrität und Verbindlichkeit“; in einem anderen wurden große Anstrengungen unternommen, um den Verkäufer trotz entgegenstehender Devisenbestimmungen in den Genuss des Verkaufserlöses kommen zu lassen; Blachut spricht zu Recht von einer „intakten Kaufmannsmoral“ (S. 152). Ob diese so selten anzutreffen gewesen ist, wie er vermutet, das müssen weitere Untersuchungen erweisen; auf jeden Fall zeichnete diese nicht ausschließlich das Unternehmen Goldschmidt aus, wie bereits die eingangs erwähnten Fallbeispiele zeigen.

Düsseldorf

HORST A. WESSEL

LUTZ BUDRASS/BARBARA KALINOWSKA-WÓJCIK/ANDRZEJ MICHALCZYK (Hg.): *Industrialisierung und Nationalisierung. Fallstudien zur Geschichte des oberschlesischen Industriereviere im 19. und 20. Jahrhundert* (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 40). Klartext, Essen 2013, 372 S. (18 Abb., 20 Tab.), 34,95 €.

Oberschlesien als Industrieregion ist zwei Jahrhunderte lang durch eine ökonomische und politische Sonderstellung geprägt worden, die schwierige Zuordnungsprobleme religiöser oder nationaler Art entstehen ließ und lokale Lebenswelten durcheinanderwirbelte. Nicht nur, dass die preußisch-protestantische Dominanz im 19. Jh. heftige Konflikte in den schichtspezifischen Arbeitsbeziehungen eines katholischen Milieus hervorrief, sondern vor allem im 20. Jh. wurde diese Region durch Nationalisierungs- und Entkirchlichungsprozesse vielfältigen Umbrüchen unterworfen, die die oberschlesische deutsche und polnische Bevölkerung mit unlösbaren Anforderungen konfrontierte. So stimmten z. B. am 20. März 1921 ein überwiegender Teil der Bewohner Oberschlesiens für einen Verbleib beim Deutschen Reich, doch nach deutsch-polnischen Auseinandersetzungen, den sog. Schlesischen Aufständen 1919–1921, verfügte die Pariser Botschaftskonferenz am 20. Oktober 1921 die Teilung des Industriereviere, wodurch wichtige Industriezentren wie Kattowitz, Königshütte oder

Pless an Polen fielen, während die Gebiete um Gleiwitz und Oppeln weiterhin deutsch blieben. Das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 versuchte die verfassungs- und wirtschaftsrechtlichen Verhältnisse in Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen festzulegen, doch das künstlich geteilte Oberschlesien kam nicht zur Ruhe. Der nationalsozialistische Überfall auf Polen seit dem 1. September 1939 machte diese Vereinbarung wieder rückgängig, um großraumwirtschaftliche Illusionen der NS-Führung im „Gau Oberschlesien“ als strategische Planung gegen Russland durchzusetzen. Dazu gehörten von Heinrich Himmler vorgeschlagene Umsiedlungsaktionen von etwa 120.000 Deutschen aus Ost-Galizien bzw. Wolhynien nach Oberschlesien, wogegen sich der Gauleiter Josef Wagner mit dem Argument wehrte, dass nur „durch Ansetzung rassisch und völkisch wertvollsten Menschenmaterials“ (S. 261) ein Gegengewicht zur „wasserpölnisch und polnisch sprechenden Industriebevölkerung“ geschaffen werden könne. Die kommunistische Regierung des westvershoben Polens der Nachkriegszeit schuf zuerst die Wojewodschaft Schlesien, aber zwischen 1950 und 1975 errichtete man die Wojewodschaften Kattowitz und Oppeln, die bis 1999 noch einmal geteilt wurden.

Der Band, aus zwei Konferenzen im Institut für Soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum (2008) und an der Schlesischen Universität Kattowitz (2009) hervorgegangen, enthält 16 ausgearbeitete Beiträge von zehn polnischen, fünf deutschen und einem österreichischen Autor(en). Sie umspannen vielfältige Aspekte einer kollektiven Identitätsbildung, einem deutsch-polnischen Antagonismus, einem Streben nach nationaler Unabhängigkeit im oberschlesischen Industrieviertel im 19. und 20. Jh., konkretisiert z. B. an der Beständigkeit und dem Wandel lokaler und betrieblicher Lebenswelten beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft sowohl allgemein als auch in bestimmten Städten, wie Tarnowitz, Biskupitz, Pless oder Königshütte. Ausführlich thematisiert werden ebenfalls Wanderungen von Oberschlesiern, den „Ruhrpolen“, nach Bottrop und deren Integration in eine andere Kultur und Mentalität sowie die Rolle schwerindustrieller Interessenverbände in überwiegend vertikal gegliederten Konzernen bis Mitte der 1920er Jahre. Der zweite Teil wird eröffnet durch einen Aufsatz über die wirtschaftlichen Folgen der Teilung Oberschlesiens nach 1922, danach werden die politischen Auseinandersetzungen über die Präsenz deutscher Banken in der Zwischenkriegszeit im polnischen Teil Oberschlesiens erörtert sowie die Veränderungen der oberschlesischen Elektrizitätswirtschaft von 1897 bis 1945 und die nationalsozialistischen Raumplanungskonzepte im Zweiten Weltkrieg. Es folgt eine lokalstrukturelle Analyse der Einflussnahme der NSDAP in der Stadt Tichau, eine Elitenstudie in der Wojewodschaft Schlesien 1945–1950, ein Abriss über den polnisch-deutschen Gegensatz in der oberschlesischen Bergbausiedlung „Kopalnia“ sowie über das Konfliktverhalten Jugendlicher in den Kreisen Rybnik und Loslau in den 1950er Jahren. Der letzte Beitrag untersucht Verhaltensformen von oberschlesischen Wir-Gruppen im dortigen Industrieviertel und im Ruhrgebiet zwischen 1950 und 1992.

Auch wenn die Aufsätze sich nicht alle auf gleich hohem analytischen Niveau bewegen, so präsentiert dieser Band doch tiefeschürfende Einsichten in eine erstaunliche und faszinierende Vielfalt wirtschaftlicher, kultureller und politischer Veränderungen in einer bedeutenden europäischen Industrieregion. Jedem, der sich für die umwälzenden ökonomischen und nationalistischen Umbrüche im 19. und 20. Jh. interessiert, sei dieser äußerst anregende und mit vielfältigem Archivmaterial – leider nicht mit einem Register – angereicherte Band wärmstens empfohlen. Er enthält facettenreich die jahrhundertlang andauernden gegenseitigen deutsch-polnischen Konflikte tiefgreifender Nationalisierungsprozesse, die durch „das Gefühl einer regionalen Vaterlandsliebe“ (S. 90) nur unzureichend erfasst werden können und die mit dem Beitritt Polens zur EU in einem zusammenwachsenden Europa immer mehr verblassen.

Eichstätt

HUBERT KIESEWETTER

DORIS BULACH: *Handwerk im Stadtraum. Das Ledergewerbe in den Hansestädten der südwestlichen Ostseeküste (13. bis 16. Jahrhundert)* (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte N. F. 65). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2013, 464 S. (30 s.-w. Abb., 14 Karten, Grundrisse u. Stadtpläne), 59,90 €.

Bulachs Dissertation erfreut auf den ersten Blick durch einen klaren Aufbau, eine kluge Bildausstattung sowie ein ordentliches Register. Behandelt werden das lederbereitende und -verarbeitende Handwerk, d. h. die verschiedenen spezialisierten Gerber, Schuhmacher, Pantoffelmacher, Flickschuhmacher, Rierner oder Sattler, in Lübeck, Wismar, Rostock, Stralsund und Greifswald. Umfangreiches ungedrucktes Quellenmaterial erschließt die Verfasserin insbesondere in den vier letztgenannten Städten sowie in Schweriner Archiven, weniger in Lübeck. Dies ist nicht unproblematisch, ist doch die Lübecker handwerksgeschichtliche Überlieferung nicht zuletzt durch Archivalienrückgaben im 20. Jh. überaus reichhaltig. Doch ausklammern ließ sich Lübeck bei einem hansischen Städtevergleich wohl nicht, völlig einarbeiten aber ebenso nicht. So wurde denn bekanntes gedrucktes Material, insbesondere Wehrmanns „Zunftrollen“, nochmals mit Gewinn durchforstet. Immerhin veröffentlicht Bulach in ihrem sorgfältig erarbeiteten Quellenanhang erstmals neben fünf Rostocker auch zwei wichtige Lübecker Dokumente. Die umfassende Sicht auf die Quellen ist ein Vorzug der Studie: Sicherlich treten normative Quellen hervor, doch werden sie mit Bürgersprachen, Kämmererakten, Ratsurteilen, Stadt- und Gerichtsbüchern, Überlieferungen zum Grundbesitz wie zur Vererbung, nicht zuletzt auch mit Überresten der materiellen Kultur bestens ergänzt und geschickt ihrer normativen Verkrustungen enthoben.

Die umfassende Bibliographie greift deutlich über die Handwerksgegeschichte hinaus. In gut begründetem Bezug zur Raumsoziologie und Geographie wird danach gefragt, welche sozialen Räume Handwerker für sich formen, wie sie solche erschließen, beleben und verändern. Aus dem Analyseansatz folgt stringent die Dreigliederung der Studie in die Behandlung der Rechts-, der Wirtschafts- und der religiösen Räume des hansestädtischen Handwerks.

Die Rechtsräume (Tl. I) werden zunächst durch die Meister als wesentlicher Teil der städtischen Bürgergemeinschaft gebildet. Sie strukturieren nicht zuletzt in Aushandlungsprozessen mit der Obrigkeit die Handwerksämter. Das Recht gestaltet die Zugangswege zum Handwerk, setzt Grenzen, diszipliniert, schließt ein und aus, sucht selbst die Mobilität zu kontrollieren. Wichtig ist, was Bulach über die mitgestaltende Rolle der Frauen im Unternehmen bemerkt, auch was sie zu den „ewigen Gesellen“ und den Dienstkraften ausführt. Recht schafft den Rahmen für eine sichtbare Repräsentanz im militärischen Bereich, bei den Zusammenkünften und in den Versammlungsräumen der Meister wie der Gesellen, wo selbst die Verfügungsgewalt über Kassen, Siegel und Geschirr von größter symbolischer Bedeutung ist.

Die Wirtschaftsräume (Tl. II) treten sichtbar zutage in Form der Wohnhäuser und Werkstätten, der Loh- und Walkmühlen, wobei die Gerbereianlagen, ein oft schon behandeltes Thema der Handwerksgegeschichte, nun auch für den Hanseraum eine gelungene Darstellung finden. Weniger ist das Augenmerk bislang auf die Verkaufsorte gelegt worden. Bulach kennt sich gut aus in den Arbeitsprozessen, so wie sie in den Werkstätten ablaufen, sie verbindet dies mit präzisen Ausführungen über die Produktlinien, die lokale und translokale Reichweite von Handwerken, die – wie das der Gerber – häufig wohlhabend und exportbedeutend waren.

Was die religiösen Räume (Tl. III) anbelangt, so geht es der Verfasserin vornehmlich um die öffentliche Sichtbarkeit der Ämter und Bruderschaften bei Versammlungen, in der Kirche und selbst bei Gräbern. Kultische Gegenstände sind wichtig, verlieren aber durch die Reformation an Bedeutung. Stiftungen und Patronate gab es zuvor in reicher Menge, sie gehen aber selbst im neuen Bekenntnis nicht völlig unter.

Alle drei Kapitel erschließen in gut lesbarer Form am Beispiel einer wichtigen Branche den hansischen Stadtraum. Der Anhang mit Karten, Grundrissen und Stadtplänen bereichert ebenso wie die Abbildungen die Ausführungen durch nützliche Einblicke. Es wäre zu wünschen, ähnlich gute Erkundungen auch für andere historische Räume anzustrengen.

Wilnsdorf bei Siegen

RAINER S. ELKAR

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

WILHELM BUSCH/MICHAEL FARRENKOPF/RAINER SLOTTA (Hg.): *Das architektonische Werk der Architekten Fritz Schupp und Martin Kremmer*, Band II: *Der zeichnerische Nachlass der Architekten Fritz Schupp und Martin Kremmer. Inventar und Bestandskatalog* (Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum 183/Schriften des Bergbau-Archivs 23). Selbstverlag des Deutschen Bergbau-Museums Bochum, Bochum 2011, 436 S. (zahlr. Abb.), 24,50 €.

WILHELM BUSCH/MICHAEL FARRENKOPF/RAINER SLOTTA (Hg.): *Das architektonische Werk der Architekten Fritz Schupp und Martin Kremmer*, Band III: KRISTINA PEGELS-HELLWIG: *Bauten für die Industrie. Der zeichnerische Nachlass der Architekten Fritz Schupp und Martin Kremmer 1921–1971* (Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum 185/Schriften des Bergbau-Archivs 24). Selbstverlag des Deutschen Bergbau-Museums Bochum, Bochum 2012, 514 S. (404 Abb.), 24,50 €.

In seiner Schriftenreihe brachte das Deutsche Bergbau-Museum Bochum zwischen 2007 und 2012 drei stattliche, gut ausgestattete Bände heraus, die eine umfassende Würdigung des 2002 übernommenen Bestandes des zeichnerischen Nachlasses der für die Bergbauarchitektur des 20. Jh.s wichtigen Architektengemeinschaft Fritz Schupp und Martin Kremmer darstellen. Die dieser Publikation zugrundeliegende Forschungsarbeit war durch die von 2004 bis 2007 gewährte Förderung der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung ermöglicht worden.

Unter der Verantwortung des damaligen Museumsdirektors Rainer Slotta, des Leiters des Montanhistorischen Dokumentationszentrums beim DBM, Michael Farrenkopf, sowie des ausgewiesenen Kenners des Werkes beider Architekten, Wilhelm Busch, führte Kristina Pegels-Hellwig die Arbeiten durch.

Für den Verfasser dieser Rezension ist diese Publikation krönender Abschluss jahrzehntelanger Bemühungen um das Werk von Schupp und Kremmer, geleitet von dem Bestreben des langjährigen Industriedenkmalpflegers im Rheinischen Amt für Denkmalpflege, bedeutende Beispiele dieses Werkes als Denkmale zu schützen und zu erhalten. Begonnen hatte es Ende der 1970er Jahre mit der Anregung des Rezensenten an den damaligen Diplomanden der RWTH Aachen, Wilhelm Busch, seine geplante Dissertation diesen beiden Meistern zu widmen. Ein erstes Resultat stellte das 1980 erschienene „Arbeitsheft des Landeskonservators Rheinland Nr. 13“ dar: „F. Schupp, M. Kremmer, Bergbauarchitektur 1919–1974“. Die wissenschaftliche Erforschung des Werkes wurde weitergeführt mit der Ausstellung samt Katalog „Symmetrie und Symbol. Die Industriearchitektur von Fritz Schupp und Martin Kremmer“ im Jahr 2002.

Der 2011 erschienene Band II bildet das Inventar und den Bestandskatalog der über 17.500 Pläne und technischen Zeichnungen der Architekten ab. Als Forschungsarchiv verband dabei das Bergbauarchiv die wissenschaftliche Bestandserschließung mit einer Bearbeitung in Form der Dissertation von Kristina Pegels-Hellwig (s. Band III). In einem Vorspann mit würdigenden und einordnenden Beiträgen zu Werk und Werksrezeption der Arbeiten von Schupp und Kremmer skizziert Wilhelm Busch zu Recht hochkritisch den Umgang mit der dinglichen Hinterlassenschaft des „Welterbes“ Zeche Zollverein, Zentralschacht XII, als Hauptwerk der Architekten, eine Kritik, der der Denkmalpfleger nur zustimmen kann.

Auf 320 Seiten folgt dann der nach Branchen und Entwurfsgattungen gegliederte Gesamtkatalog. Jedem Objekt sind neben den ausführlichen Sachangaben exemplarische Illustrationen hinzugefügt, Quellen- und Literaturverzeichnis runden den Beitrag ab. Ein Sach- und ein Namensregister ermöglichen das Auffinden bestimmter Werkskomplexe.

Band III schließlich umfasst die über 500 Seiten der Dissertation der Bearbeiterin des Schupp und Kremmer-Projektes beim Deutschen Bergbau-Museum, Kristina Pegels-Hellwig. In vorbildlicher Weise bettet die Autorin das Werk der beiden Architekten ins zeitgenössische Baugeschehen ein, um dann die einzelnen Arbeiten ausführlich zu würdigen, häufig sogar unter Einschluss verschiedener Planungsstadien, was der umfängliche Nachlass möglich macht. Sie meidet dabei in keiner Weise die dem Klischee der „Architekten der Moderne“ zuwiderlaufende Phase im Werk der Architekten nach Hitlers Machtergreifung und setzt sich differenziert mit der These des „Industriebaus als Flucht-

raum der Moderne“ während des „Dritten Reiches“ auseinander, indem sie sie widerlegt. Ihre abschließende Bewertung hebt am Werk der Architekten dann die hervorragende Bedeutung vor allem Schupps heraus, dessen Wirken bis weit über die Mitte des 20. Jh.s reicht.

Die erfreulich gut formulierte und flüssig zu lesende Arbeit leistet in exemplarischer Weise die Würdigung eines Architekten-Oeuvres, wie es im Deutschland des 20. Jh.s nicht untypisch ist mit seinem Schwanken zwischen zeitgemäßer künstlerischer Auffassung und Anpassung an die „herrschenden Verhältnisse“.

Autoren und regieführender Museumsinstitution ist hier in mehrfacher Hinsicht Exemplarisches gelungen, vor allem der mustergültige und verantwortlich gehandhabte archivarisches-publizistische Umgang mit einer bedeutenden Hinterlassenschaft industriebezogenen Bauens im 20. Jh., die nun, bestens aufbereitet, allgemein zur Verfügung steht.

Düsseldorf

AXEL FÖHL

JULIA CHOLET: *Der Etat des Deutschen Reiches in der Bismarckzeit*. Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2012, 505 S., 74,00 €.

Trotz des langanhaltenden Interesses an der Geschichte der öffentlichen Finanzen in Deutschland fehlen bislang systematische Einzeluntersuchungen zur Budgetgestaltung des Kaiserreichs. Die hier anzuzeigende Arbeit – sie ist offenbar aus einer Leipziger geschichtswissenschaftlichen Dissertation entstanden (das Werk enthält leider kein Vorwort oder ähnliche Hinweise zu seiner Entstehung) – sucht diese Lücke für die Bismarckzeit zu schließen. Die Untersuchung stützt sich dabei auf die systematische Auswertung der gedruckt vorliegenden Rechnungen über den Reichshaushalt 1871–1890, doch werden auch Parlamentsprotokolle sowie ungedruckte Materialien etwa aus dem Bereich der Reichskanzlei, des preußischen Staatsministeriums oder dem Nachlass Bismarcks herangezogen.

Ziel der Arbeit ist es nicht allein, „die Entstehung und Struktur des Reichshaushaltes nachzuzeichnen“, sondern auch „Machtzentren im Reich herauszustellen“, um so „politische Handlungsspielräume“ der beteiligten Akteure und Institutionen auszuloten (S. 40). In insgesamt 13 Kapiteln, die von einer Einleitung und einer Zusammenfassung eingerahmt sind, verbinden sich deswegen Analysen der budgetpolitischen Strukturvoraussetzungen etwa in Form der „Rahmenbedingungen für die Entstehung und die Umsetzung des Reichsetats“ (S. 76) mit der Untersuchung von „Gesamthaushalt und Matrikularbeiträge[n]“ (S. 175), der „Reichsschuld“ (S. 329), den „Einnahmen aus Reichsbetrieben“ (S. 392) und der Frage nach „Investitionen und Extraordinarium“ (S. 352). Dabei gelingt es der Verfasserin immer wieder, in einer Fülle von Diagrammen und Tabellen (die auch durch eine Übersicht erschlossen sind) die Finanzströme des Reiches transparent werden zu lassen. Das gilt etwa für die vielfältigen Reichsfonds oder auch die Matrikularbeiträge und deren Verrechnung mit den aufgrund der Clausula Franckenstein geschuldeten Überweisungen an die Bundesstaaten. Zudem kann die Verfasserin an einer Vielzahl von Einzelbeispielen die begrenzte budgetpolitische Gestaltungsmacht des Reichstags deutlich machen, dem darüber hinaus kaum ein Mittel gegen die Überschreitung der Etatanschläge und damit gegen den Eingriff in sein Budgetrecht zur Verfügung stand.

Jenseits davon bleibt der analytische Ertrag des Buches allerdings beschränkt. So wird weitgehend darauf verzichtet zu fragen, ob und inwieweit die Handlungsspielräume nicht allein des Reichstags, sondern auch der Administration durch die Budgetstrukturen zunehmend reduziert wurden. Kaum einmal thematisiert werden auch die divergierenden Verteilungsinteressen im Reichstag wie auch in der Reichsverwaltung. Stattdessen verliert sich die Verfasserin immer wieder in Erörterungen über „Preußens Sonderstellung im Reich“ (S. 137) oder die Position Bismarcks im Kräftegefüge von Reichsverwaltung und preußischer Administration, ohne dabei über den bisherigen Erkenntnisstand hinaus zu gelangen. Denn, um ein Beispiel herauszugreifen, „eine Hegemonie Bismarcks in der

Exekutive und in der Verwaltung“ (S. 129) ist seit langem bekannt. Das gilt etwa auch für den Befund, „dass der Reichstag im Wesentlichen durch Kürzungen unmittelbaren Einfluss auf den Etat nahm“ (S. 479). Manche Urteile erscheinen zudem fragwürdig, wie etwa die – nicht einmal ansatzweise belegte – These, dass die Budgetrechtslehre Labands und anderer (vgl. dazu S. 80 f.) „dem Parlament erschwerte, seine Rechte umzusetzen“ (S. 105) (ganz abgesehen von dem Umstand, dass das Parlament aus der Sicht Labands gerade solche Rechte nicht hatte). Hinzu kommen irritierende Deutungen der Reichsverfassung, wenn etwa die Rede ist vom „Zweikammerparlament des Kaiserreiches“ in Form von Bundesrat und Reichstag (vgl. S. 105), war doch der Bundesrat als Gremium einzelstaatlicher Regierungsvertreter gerade keine parlamentarische Institution. Dass zudem wichtige Arbeiten zur Debatte über die Parlamentarisierung des Kaiserreiches nicht herangezogen wurden (Kühne: Geschichte und Gesellschaft 31 [2005], S. 293–316, v. a. 311–316; Schönberger: HZ 272 [2001], S. 622–666) und das Buch damit in einem für die Verfasserin wesentlichen Punkt nicht auf dem Stand der Forschung ist, verstärkt den ambivalenten Eindruck, den das Werk bei seinen Leserinnen und Lesern hinterlässt.

Diese Defizite sind umso bedauerlicher, als die Verfasserin bei der Erhebung und Auswertung der von ihr betrachteten Finanzdaten mit einem enormen Einsatz zu Werke gegangen ist. Ihre Arbeit hätte sicherlich erheblich gewonnen, wenn sie sich von vornherein auf die Analyse dieser Quellen beschränkt hätte. So ist ein Buch entstanden, dessen Bedeutung für die Erforschung des Bismarckreiches leider deutlich begrenzt ist.

Zürich

ANDREAS THIER

DANIELE GANSER: *Europa im Erdölrausch. Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit*. Orell Füssli, Zürich 2012, 414 S., 24,95 €.

Der Schweizer Historiker Daniele Ganser, seit 2011 Gründer und Leiter des „Swiss Institute for Peace and Energy Research“, ein mitreißender Referent, legt ein lesenswertes Buch zur politisch-militärischen Bedeutung des Erdöls in Geschichte und Gegenwart vor. Der Titel bringt es auf den Punkt: Die Flut des billigen Erdöls, das zum wirtschaftlichen Aufschwung (West) Europas nach dem Zweiten Weltkrieg beitrug, wirkte als Rausch, der abhängig und süchtig machte und den Blick für die ökologischen und geopolitischen Nebenwirkungen dieser Entwicklung vernebelte. Der Autor versteht sein Buch als Plädoyer, vom Erdöl als Energiequelle wegzukommen.

In den ersten 14 Kapiteln resümiert er die Geschichte Europas aus der Perspektive des Erdöls, hauptsächlich mit Blick auf die Schweiz, mit Seitenblicken auf Deutschland und Österreich, wobei er vieles aus einschlägigen Monographien zusammenfasst. Als roter Faden dienen ihm Versuche der U.S. Politik, die globalen Erdölressourcen zu kontrollieren. Im Falle des 1953 durch die CIA inszenierten Sturzes des demokratisch gewählten iranischen Präsidenten Mossadegh mag diese Sichtweise berechtigt sein. An anderer Stelle, etwa bei der Darstellung des japanischen Angriffs auf Pearl Harbour, wirkt sie jedoch einseitig, weil Ganser nur das Kalkül der U.S. Regierung hervorstreicht, aber den Angriffskrieg der Japaner in China mit keinem Wort erwähnt. Neu recherchiert hat er unter anderem die vergebliche Suche nach Erdöl in der Nachkriegszeit, den Bau von Pipelines und von Raffinerien sowie die Anstrengungen der Schweizer Politik, die Taktiken der Erdölmultis zur Steueroptimierung über Tochterfirmen aufzudecken. Dass die „Ölkrise“ von 1973 auf einer durch den Nahostkrieg medial geschürten Psychose und nicht auf einer realen Verknappung des Angebots beruhte, konnten aufmerksame Zeitgenossen schon Ende des selben Jahres nachlesen; doch ist diese Tatsache später vernebelt worden. In diesem Zusammenhang stellt Ganser die These des Journalisten William Engdahl in den Raum, ein Geheimtreffen von einflussreichen U.S. Politikern und Geschäftsleuten habe im Frühjahr 1973 den Plan diskutiert, einen Anstieg des Erdölpreises durch eine künstliche Verknappung des Angebots herbeizuführen, um den Wertzerfall des U.S. Dollars

aufzuhalten. Zusammenhänge mit dem Ausbruch des „Yom Kippur Krieges“ im Oktober können allerdings nicht hergestellt werden. In ähnlicher Weise greift Ganser Spekulationen auf, die Katastrophe von 9/11 sei durch die U.S. Administration inszeniert worden, um den Irakkrieg zu legitimieren. Ob solches in eine wissenschaftliche Darstellung gehört, bleibe dahingestellt.

Aus der Gegenwartsperspektive thematisiert der Autor im letzten Teil des Buchs die Diskussion um „Peak Oil“, den Irakkrieg von 2003 sowie die Finanzkrise, die Energiewende und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Ganser geht auf Themen ein, die von der Geschichtsschreibung üblicherweise nicht aufgegriffen werden, so auf das Geheimkartell der sieben Erdölmultis zur Hochhaltung der Ölpreise (1928), die Funktionsweise von Raffinerien sowie auf das statistisch-terminologische Verwirrspiel um den heutigen Umfang der globalen Erdölvorräte. Fluchtpunkt und Finale von Gansers Buch ist „Peak Oil“, der vor einigen Jahren tatsächlich eingetretene Rückgang der globalen Förderung von „konventionellem“ Erdöl. Die jüngste Entwicklung hat jedoch gezeigt, dass die Geschichte, auch jene des Erdöls, oft für Überraschungen gut ist.

Bern

CHRISTIAN PFISTER

BORIS GEHLEN/FRANK SCHORKOPF (Hg.): *Demokratie und Wirtschaft. Eine interdisziplinäre Herausforderung* (Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte 4). Mohr Siebeck, Tübingen 2013, 191 S., 54,00 €.

Mit diesem vierten Band der Reihe „Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte“ legt das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte interdisziplinäre Forschungsprojekt „Gestaltung der Freiheit – Regulierung von Wirtschaft zwischen historischer Prägung und Normierung“ der Öffentlichkeit das Ergebnis der Göttinger Tagung (März 2012) vor. In diesem Verbundprojekt bündeln Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler aus Bonn, Göttingen und London (LSE) aus dem Blickwinkel ihrer jeweiligen historisch orientierten Disziplinen und Völkerrechtler (EU-Recht) Forschungen zur Regulierung von Netzwerkindustrien im 19. und 20. Jh. Der Schwerpunkt liegt auf der deutschen Geschichte, allerdings häufig in vergleichender Perspektive zu den USA und Großbritannien. Die Rechtswissenschaftler aus Göttingen bringen zudem die gegenwärtige Perspektive aus dem Einigungsprozess der Europäischen Union ein. Zu den Tagungen werden jeweils gezielt Gastreferenten anderer Institutionen eingeladen.

Thomas Züll aus Göttingen referiert einleitend zu dem Thema „Demokratische Gestaltung und wirtschaftliche Freiheit“. Er hebt hervor, dass die europäische Wirtschaftsverfassung im Gegensatz zur wirtschaftspolitischen Neutralität des deutschen Grundgesetzes auf den „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (S. 4) festgeschrieben ist. Reiner Schmidt aus Augsburg erörtert in seinem Beitrag „Grenzen legislativer Regulierung: Komplexität, Dynamik, Flexibilität als Argument?“, inwieweit der Gesetzgeber Marktprozesse regulativ gestalten kann. Gesetze seien an sich geeignet, jedoch zeige die Finanzkrise den begrenzten Handlungsspielraum der Parlamente gegenüber Regierungen und vor allem gegenüber international handelnden nichtstaatlichen Akteuren. Fiete Wulff von der Bundesnetzagentur diskutiert die Regulierungspraxis seiner Institution, die weniger nationales als europäisches Recht umsetzt. Er wie auch Markus Patt aus Bonn, der die „Gestaltungsfreiheit der Regulierungsbehörde ...“ erörtert, heben die Schwierigkeiten, aber auch die Notwendigkeit einer gerichtlichen Überprüfung von Regulierungsmaßnahmen hervor.

Im seinem wirtschaftshistorischen Beitrag über „Historische und gegenwärtige Perspektiven einer europäischen Infrastrukturpolitik“ zieht Gerold Ambrosius aus Siegen Parallelen zwischen der Infrastrukturpolitik des 19. Jh.s und der letzten dreißig Jahre. Beide Epochen waren durch Standardisierung der grenzüberschreitenden Infrastrukturen gekennzeichnet. Christian Maurer aus Göttingen, der ebenfalls die europäische Infrastrukturpolitik, allerdings aus rechtswissenschaftlicher Sicht behandelt, verweist darauf, dass das Regulierungsrecht mit der Europäisierung nicht nur mitgliedstaat-

liches Recht, sondern auch die politischen Zuständigkeiten der Einzelstaaten aushebelt.

Kommentiert von Boris Gehlen aus Bonn beleuchten Mathias Schmoeckel (Bonn) mit der „Wirtschaftsdemokratie bei Fritz Naphtali“ und Ekkehart Reimer aus Heidelberg mit den „sieben Stufen der Steuerrechtfertigung“ das Spannungsfeld von „Legitimation“ und „Demokratie“. Karen Horn aus Berlin widmet sich dem Thema der „Daseinsfürsorge“ als vor Wettbewerb zu schützende Dienstleistung. In ihrem eher ideologisch geprägten Beitrag zweifelt sie dieses politische Konzept „im Interesse einer freiheitlichen Gesellschaft und einer günstigen, effizienten Versorgung der Bevölkerung“ (S. 161) an. Als Nachtrag ist der auf einer anderen Tagung des Gesamtprojektes vorgestellte Beitrag von Knut Wolfgang Nörr aus Tübingen über „wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen in Rechtsquellen des 20. Jahrhunderts in Deutschland“ angefügt. Auf die Soziale Marktwirtschaft als prägendes wirtschaftspolitisches Leitbild für die Bundesrepublik Deutschland geht er leider erst am Schluss ein.

Als Teilnehmer der meisten Tagungen empfehle ich, alle bisher erschienenen Bände der Reihe zu konsultieren, um ein adäquates Gesamtbild über das äußerst fruchtbare interdisziplinäre Gesamtprojekt zu erhalten, das die historische Erfahrung zum besseren Verständnis gegenwärtiger Regulierungsprobleme einbringt.

Berlin/Groningen

RAINER FREMDLING

FERNANDO GUIRAO/FRANCES M. B. LYNCH/SIGFRIDO M. RAMÍREZ PÉREZ (Hg.): *Alan S. Milward and a Century of European Change* (Routledge Studies in Modern European History 17). Routledge, New York 2012, 634 S., 193,52 €.

Der Band ist die von drei seiner ehemaligen Schüler herausgegebene Gedenkschrift für den am 28. September 2010 verstorbenen Wirtschaftshistoriker Alan Milward. Er war gewiss einer der international einflussreichsten und zugleich streitbarsten Historiker seiner Generation. Fast alle seine Bücher führten zu intensiven, zum Teil bis heute nicht abgeschlossenen Kontroversen, und einige seiner Thesen sind nach wie vor Forschungsstand. Der Band ist in zwei große Abschnitte eingeteilt. Im ersten Teil stellen die Herausgeber die wichtigsten Bücher Milwards und die Reaktionen darauf ausführlich dar. Im zweiten Teil kommen ehemalige Schüler und enge Kollegen des britischen Historikers zu Wort.

In den 1960er Jahren war Milward einer der dominierenden Akteure in der Debatte über die deutsche Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg. Seine zentrale These war, dass die so genannte „Blitzkriegskonzeption“, in deren Rahmen die deutsche Wehrmacht jeweils einzelne Gegner in Überfällen mit massiver Überlegenheit zur Kapitulation zwang, weniger eine militärische Strategie war, sondern vielmehr als ein politisch und wirtschaftlich notwendiges Instrument gesehen werden muss. Die politische und wirtschaftliche Struktur des Reiches, so Milward, habe kaum eine andere Strategie zugelassen, weil das Reich zu Beginn des Krieges 1939 in wirtschaftlicher Hinsicht keineswegs kriegsbereit war. Der „Blitzkrieg“ war aus dieser Perspektive keine geniale militärische Strategie, sondern ein aus der wirtschaftlichen Not geborenes Konzept. Dieses scheiterte allerdings im Dezember 1941, als klar wurde, dass es der Wehrmacht nicht gelingen würde, die Sowjetunion in einem „Blitzkrieg“ niederzuwerfen. Dies leitete eine zweite Phase der deutschen Kriegswirtschaft ein, in der versucht wurde, die wirtschaftlichen Ressourcen der besetzten Länder (Milward untersuchte Frankreich und Norwegen) zu nutzen. In einer dritten Phase ab Sommer 1944 wurde mit immer radikalere Mitteln versucht, die heimische und vor allem die europäische Wirtschaft für die deutsche Kriegführung auszubeuten. Milwards Interpretation war jedoch umstritten: Während klassische Militärhistoriker ihm vorwarfen, die Bedeutung wirtschaftlicher Strukturen für die strategischen Planungen zu überschätzen, argumentierten klassische Wirtschaftshistoriker, dass er die Bedeutung der staatlichen Einflussnahme auf die Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland überbewerte.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Der Zusammenhang zwischen politischer Macht und wirtschaftlichen Strukturen beschäftigte Milward weiterhin. So fragte er provozierend „Was the Marshall-Plan necessary?“ Er interpretierte das Hilfsprogramm von 1947 als politisches Instrument der US-amerikanischen Regierung im beginnenden Kalten Krieg. In wirtschaftlicher Hinsicht sei das Programm für den europäischen Wirtschaftsaufschwung der 1950er Jahre nicht bedeutsam gewesen. Die Frage beschäftigt die Geschichtswissenschaft bis heute. Ebenso provozierend wie anregend war Milwards These über die Motive für die europäische Einigung. Nicht der europäische Friedenswunsch sei entscheidend gewesen für die europäische Einigung der 1950er und 1960er Jahre, sondern das nationale Interesse der beteiligten Regierungen. Die europäische Integration, so Milward in seinem Buch über „The European Rescue of the Nation State“, habe den in wirtschaftlicher Hinsicht überforderten Nationalstaat aus einer bedrohlichen Krise gerettet. Auch diese These wird nach wie vor in der Forschung diskutiert. Ob es darüber hinaus tatsächlich eine implizite „Theorie des historischen Wandels“ in Milwards Werken gibt, wie die Herausgeber schreiben, mag dahingestellt bleiben. Fest steht, dass Milward als Wirtschaftshistoriker nicht die langfristigen ökonomischen und technischen Strukturen als Determinanten der Wirtschaftsgeschichte sah, sondern vielmehr staatliches Handeln und politische Entscheidungen.

Die Einzelbeiträge im zweiten Teil des Buches sind sehr verschieden. Einige Autoren gehen auf ihre persönlichen Erinnerungen an Milward ein, andere schildern noch einmal die Kontroversen um einzelne seiner Thesen (wobei zum Teil Redundanzen mit dem ersten Teil entstehen), wieder andere gehen auf eigene Forschungen ein, die sich auf die Arbeiten Alan Milwards beziehen. Insgesamt wird deutlich, wie anregend die Publikationen des britischen Historikers waren, auch wenn nicht alle seine Thesen vor der Kritik der neueren Forschungen standhalten konnten. Abschließend macht Sigfrido Ramirez Pérez vier Vorschläge, wie die Anregungen Milwards für die europäische Integrationsforschung weitergeführt werden könnten: Zum ersten schlägt er vor, den Transfer von wissenschaftlichen und geistigen Europa-Konzepten auf die politische Ebene genauer zu untersuchen. Welchen Einfluss hatte die ökonomische und juristische Expertise auf politische Entscheidungen? Zweitens sollten transnationale Netzwerke und ihre Bedeutung für die Europäische Integration analysiert werden. Dies ist in Bezug auf die Parteiengeschichte bereits gemacht worden, auch andere gesellschaftliche Bereiche werden untersucht. Drittens müsste, so Pérez, die Beziehung zwischen der Europäischen Integration und der Globalisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jhs. erforscht werden. Auch hier liegen bereits einzelne Arbeiten vor. Schließlich werden Untersuchungen über die Transformation des nach 1945 in Europa entstandenen Wohlfahrtsstaates gefordert.

Insgesamt bietet der Band trotz einiger Redundanzen einen sehr guten Überblick über den Forschungsstand in einem einflussreichen Zweig der europäischen Integrationsforschung.

Düsseldorf

GUIDO THIEMEYER

STUART JENKS (Bearb.): *Das Danziger Pfundzollbuch von 1409 und 1411* (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte N. F. 63). Böhlau, Köln/Wien/Weimar 2012, LVI u. 512 S., 72,90 €.

Wie man dem Vorwort entnehmen kann, hat die Publikation des aus dem Archiv des Deutschen Ordens stammenden Danziger Pfundzollbuchs von 1409 ihre eigene langwierige Vorgeschichte. Umso begrüßenswerter ist es, dass diese für die Wirtschafts- und Handelsgeschichte des Ostseeraums wichtige Quelle nun gedruckt vorliegt.

Ursprünglich handelte es sich bei dem Pfundzoll, der in den 1360er Jahren in den hansischen Städten erhoben wurde, um eine Sondersteuer zur Finanzierung des Krieges gegen den dänischen König. In den preußischen Städten entwickelte sich daraus eine Steuer, die seit 1397 mit Zustimmung des Stadtherrn, im Falle Danzigs des Hochmeisters des Deutschen Ordens, erhoben wurde. Wenige Jahre später entstand daraus eine landesherrliche Belastung, für deren Einziehung der Hochmeister

um 1400 eigens das Amt des Pfundmeisters schuf. Den preußischen wie auch den hansischen Städten entglitt damit die Kontrolle dieser Belastung. Von Seiten der Hanse wurde der Pfundzoll, eine Steuer auf die in den Häfen ein- und auslaufenden Schiffe, in der Folge aufgehoben. Der Hochmeister hingegen führte 1409 den Pfundzoll erneut ein, um die Schulden der Städte bei ihm abzugelten – es ging also nicht mehr um die Sicherheit der Seewege, sondern in erster Linie um die Frage der Selbständigkeit der Städte und die Finanzierung der Landesherrschaft. Die Städte und damit letztlich die Kaufleute mussten sich mit der Einziehung abfinden. Besteuert wurden sowohl die Schiffe selbst als auch die geladenen Güter der ein- und auslaufenden Schiffe nach Wert, wobei für die Last Hering ein eigener Tarif von vier Schilling galt, 1411 auf die Hälfte gemindert; Heringe wurden also nach der Menge versteuert. Die eingenommenen Gelder sollten zu zwei Dritteln an den Hochmeister abgeführt werden, zu einem Drittel in den Städten verbleiben. Aus dem Jahr 1410 fehlen Quellen über den Pfundzoll, da dieses Jahr vom Krieg des Ordens gegen Polen-Litauen geprägt war, der mit der für den Orden verheerenden Niederlage von Tannenberg endete.

Bei dem edierten Text handelt es sich um die im Ordensarchiv (heute Berlin, GStA, OBA) überlieferten Aufzeichnungen des Pfundmeisters Johann Techwitz, der die eigentliche Schreibaarbeit von einem Danziger Bürger namens Wilhelm Mangel erledigen ließ (S. XXII, in der Edition S. 341 ff.). Dem Pfundmeister an die Seite gestellt waren städtische Beisitzer, die ihre eigenen Verzeichnisse anlegten, mit deren Hilfe die Erhebungen des Ordens kontrolliert werden konnten. Es handelt sich bei dem Pfundzollbuch im Prinzip um eine lange Liste, die hintereinander die Namen der Schiffer, die Größe und den Wert des Schiffes, das hierfür gezahlte Pfundgeld, die geladenen Waren, deren Wert und schließlich das für diese geleistete Geld nennt. In der Edition wurde jeder einzelne Eintrag durchnummeriert. Aus nur gelegentlich vorkommenden Datumsnennungen kann man den Zeitraum erkennen, an dem das Pfundzollbuch geführt wurde, nämlich vom 31. März bis zum Jahresende 1409 (Nr. 1-2704) und die Monate Juni bis August 1411 (Nr. 2705-3246).

Das Pfundzollbuch bietet personengeschichtlich bedeutsames Material für die Kaufleute und die Schiffsführer und erlaubt „als einzige bislang entdeckte hansische Pfundzollliste“ (S. XXXIV) Aussagen zur Schiffsgröße, weswegen sich in der Einleitung eine genauere Untersuchung der entsprechenden Angaben findet. Rund zwei Drittel aller Schiffsbewegungen betrafen kleinere Boote, die weniger als 24 Last tragen konnten und wohl vorwiegend im Nah- und Regionalhandel eingesetzt wurden, während die größeren, vermutlich im Fernhandel genutzten Schiffe mit hochwertigen Gütern beladen worden waren. Zudem lassen sich für das Dreivierteljahr März bis Dezember 1409 die Im- und Exporte des Danziger Hafens genauer aufschlüsseln: Es wurde bedeutend mehr ein- als ausgeführt (S. XLVII).

Ergänzt wird die Edition des Pfundzollbuchs durch eine undatierte Vorlage des Hochmeisters Paul von Rußdorf, die wohl aus den Vorverhandlungen über die Pfundzollerhebung stammt und in der die Modalitäten der Einziehung genauer ausgeführt werden (S. 345-348), sowie durch einen umfangreichen, die verfügbare Literatur und die englische Überlieferung berücksichtigenden Nachweis der Schiffer und Kaufleute, Letzteres die Handelsgeschichte bedeutend voranbringend. Ein Orts- und Personenregister und ein erläuterndes Sachregister, das als Glossar zur Warenkunde dienen kann, runden den Band ab.

Bemerkenswert ist, dass einmal (S. 67, Nr. 461) Steinkohlen eingeführt wurden, über deren Herkunft man nichts erfährt, wohl aus Newcastle-upon-Tyne stammend oder über London bezogen, wie überhaupt die intensiven Handelsbeziehungen zu England klar zum Ausdruck kommen. Süddeutsche Waren wie Nürnberger Tand oder Nadeln hingegen fehlen, während Draht häufiger genannt wird. Ebenso erscheinen Zucker, Mandeln, Reis, Datteln, Feigen, Rosinen, Ingwer, Alaun, Kümmel, Baumwolle und andere Produkte des Südens, die wohl über Brügge oder London in den Ostseeraum kamen und Eingang in den Konsum adliger und patrizischer Haushalte fanden. Insgesamt eine beachtliche Editionsleistung, zu der man nur gratulieren kann.

Kiel

HARM VON SEGGERN

STEFFEN LEINS: *Das Prager Münzkonsortium 1622/23. Ein Kapitalgeschäft im Dreißigjährigen Krieg am Rand der Katastrophe*. Aschendorff, Münster 2012, 208 S. (19 Abb.), 29,00 €.

Diese mehrfach preisgekrönte Studie beruht auf einer 2009 in Tübingen eingereichten Magisterarbeit. Sie nimmt sich die durch den Prager Hofjuden Jakob Bassevi und den Hofbankier/*merchant banker* Hans de Witte als Hauptkapitaleinleger 1622/23 in großem Stil und mit europaweiten Vernetzungen durchgeführte Münzverschlechterung zum Untersuchungsgegenstand. Diese Münzverschlechterung – zugrunde lag eine an Kaiser Ferdinand II. zu zahlende Pachtsumme über sechs Millionen Gulden – gehört zu den wirtschafts- und finanzpolitischen Großereignissen des Dreißigjährigen Krieges. Hier ordnet sich die Studie in eine Handvoll neuerer Abhandlungen zum Thema ein. Zu nennen wären insb. die Arbeiten von Rosseaux (Die Kipper und Wipper als publizistisches Ereignis) oder die jüngst (2013) erschienene kommentierte und mit wirtschafts-/finanzgeschichtlichem Sachverstand edierte englische Übersetzung der wichtigsten Flugschriften der Zeit (Martha White Paas/John Roger Paas/George C. Schofield: *Kipper and Wipper Inflation, 1619–23 – An Economic History with Contemporary German Broadsheets*). Allerdings fehlte bislang eine umfassende Analyse des Prager Münzkonsortiums, ebenso die Dokumentation des zugrundeliegenden Vertragstextes bzw. seiner im Vorfeld erstellten Gutachten und Abreden, welche Leins in einem sehr gelungenen Editionsteil der Arbeit beigefügt hat und somit erstmals der interessierten Öffentlichkeit zugänglich macht (Anhang A; S. 165–183).

Im ersten Kapitel erfolgt eine Einordnung des Untersuchungsgegenstandes in die gegenwärtige Forschung, v. a. zur Hypothese der *military revolution* Parker'scher Prägung. Auch werden neuere Studien zur Symbiose von Kaufmannskapital, Kaufleutenetzwerken und dem Werden des modernen Staates referiert (S. 9–19). Hier ordnet sich die Studie in die mit den Arbeiten Geoffrey Parkers und Jan Gletes angestoßene Debatte zum ‚fiscal-military state‘ und der historischen Soziologie der modernen Staatsbildungsprozesse aus dem Kontext des Krieges à la Charles Tilly ein. Der Kaiser brauchte nach der Schlacht am Weißen Berg dringend Geld, wobei sich Akteure wie die hier genannten Bassevi und de Witte geradezu anboten. Hierbei ging man pragmatisch und religiös indifferent vor; an dem Konsortium beteiligten sich Juden, Katholiken und Calvinisten gleichermaßen. Als ein Moment stellt Leins die Tatsache und Motivation des sozialen Aufstiegs aus vormals niedrigeren Schichten der Gesellschaft heraus (Kap. I, S. 31–66).

Kapitel II befasst sich mit den juristischen Aspekten der Unternehmung, ihrer Gründung auf ein Jahr, dem gleichzeitigen Verleihen des Münz- und Silberankaufsmonopols in Böhmen, Mähren und Niederösterreich, Ungarn und der Oberpfalz gegen eine Pachtsumme von sechs Millionen Gulden, mit einem Münzfuß von 79 Gulden auf die (jeweils regional variierende) Silbermark. Diese Vereinbarungen wurden vom Konsortium unterlaufen. Einige der Beteiligten erzielten Gewinnspannen, welche weit über den vertraglich fixierten Münzfuß hinausgingen. Damit stellt sich dieses Geschäft als doppelter Betrug dar; einmal des Konsortiums am Kaiser (da man sich nicht an den vertraglich fixierten Münzfuß hielt); zum anderen des Kaisers – welcher dieses Konsortium ins Leben rief – an der Bevölkerung. Handelte es sich hier doch um die bewusste Ausprägung von „wertlosen“ Münzen; Münzen mit einem um bis zu 87 Prozent reduzierten Silbergehalt (*valor intrinsecus*) gegenüber dem alten Geld bei gleichbleibendem Nennwert oder *valor impositus*. Hier wurde, allerdings in größerem Stile, eine Maßnahme getroffen, welche bereits die französischen Könige im 13./14. Jh. zur Kriegsfinanzierung genutzt hatten und welche mit dem *Tractatus de origine, natura, jure et mutationibus monetarum* von Oresme (um 1350) eine lange Tradition kirchenrechtlich und dogmenhistorisch bedeutsamer Theorieschriften zu Münzprägung und Geldwesen begründete (welche allerdings vom Verfasser nicht referiert werden). Kapitaleinlagen und Beteiligungen der einzelnen Konsorten werden minutiös dokumentiert, ebenso wie Transaktionen und Gewinne.

Kapitel III (S. 111–158) widmet sich den Folgen der Münzverschlechterung, vor allem im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Hier führte das massive Ausbringen praktisch wertloser Münzen, deren mangelnde Kaufkraft den wirtschaftlichen Akteuren nicht lange verschlossen blieb, vor allem bei Produzenten und Verkäufern zu Preisanpassungen nach oben. Diese Münzverschlechterung setzte somit die berühmte Hyperinflationsspirale in Gang, welche zwischen 1619 und 1623 die Verringerung

im Silbergehalt der zirkulierenden Nomine weitgehend abbildete. Es kam zum Erliegen des Wirtschaftslebens bzw. zu weiträumigen Kontraktionen, insbesondere wenn die Annahme schlechten Geldes verweigert wurde, aber keine Alternativen zur Bezahlung bereitstanden. Zudem bereicherte sich das Münzkonsortium, indem es die Profite aus dieser Aktivität zum Ankauf vakant gefallener Adelsgüter vom Kaiser verwandte – mit eben jener „langen“ oder Kippermünze, die sie selber zu verantworten hatten.

Der analytische Teil der Arbeit schließt mit einem Resümee (S. 159-164) und dem Postulat, dass Studien zum Thema Kriegsfinanzierung und Staatsbildungsprozesse im Zentrum der „Erforschung der Grundlagen des Kapitalismus“ (S. 164) stehen sollten. Hierzu muss unter Verweis auf Autoren wie Tallett, Stasavage, Parker, Glete, O'Brien, Tilly u. v. m. bemerkt werden: Sie tun dies bereits. *War and Society* war in den 1980er Jahren die durch das sprichwörtliche Dorf getriebene Sau des sozial- und institutionengeschichtlichen (und bitter nötigen) „updates“ von der Militär- zur Kriegsgeschichte. Die Neue Institutionenökonomie (z. B. Stasavage) und historische/Makrosoziologie (z. B. Tilly) nahmen sich in der Folgezeit ebenfalls des Themas an. Zudem erscheint die undifferenzierte Einführung und Verwendung von Begriffen wie „Kapitalismus“ oder „Frühkapitalismus“ eher befremdlich; hat es doch (zumindest nach den Ergebnissen neuerer Forschungen) diesen in der Form in Europa nicht gegeben bzw. in so feinziselierten und länder-/regionenspezifisch und akteursmäßig differenzierten Ausformungen, dass man mit einer Zuordnung bestimmter Forschungsgegenstände, wie des vorliegenden, unter *catch-all-and-nothing* Begriffe wie „Kapitalismus“ kaum die für wissenschaftliche Analysen zielführende Trennschärfe und Operationalisierbarkeit zu gewinnen in der Lage ist.

Hiermit ist das Grundproblem der vorliegenden Arbeit bereits angerissen; sie ist eine exzellente Qualifikationsschrift auf Magisterniveau mit viel Potenzial und Entwicklungsmöglichkeiten. Magisterarbeiten werden allerdings – aus guten Gründen – normalerweise nicht publiziert. Idealerweise stellen sie den Stoff bzw. Keim für weiter entwickelte, weiter gedachte und im Rahmen der üblichen wissenschaftlichen Reifungsprozesse der Autoren sich ergebende Umbewertungen dar, welche in dieser Form sich erst durch intensive Reflexion, Kontextualisierung und erweiterte Quellenbasis (Primär- und Sekundärquellen) während der postgradualen Qualifikationsphase ergeben. Dementsprechend wirkt der Text hier stellenweise langatmig; es ergeben sich viele Redundanzen (z. B. S. 39, 44, 59, 66, 68 f., 75, 78), Wiederholungen bzw. unnötig in die Länge gezogenene Passagen mit Hang zur Trivialität (etwa S. 68 f.: Diskussion des Begriffs Kapital). Abbildung 13 ist eine graphische Reproduktion der Tabelle in Abbildung 11 und somit redundant, und so weiter. Nichtsdestoweniger ist die Arbeit durchwegs sauber und gründlich und mit viel Kenntnis, Sorgfalt und Liebe zum Detail recherchiert. Für eine Magisterarbeit sicher ein außergewöhnliches Resultat und verdienstermaßen gewürdigt.

Manchester/Leipzig

PHILIPP ROBINSON RÖSSNER

INGA NUHN: *Entwicklungslinien betrieblicher Nachhaltigkeit nach 1945. Ein deutsch-niederländischer Unternehmensvergleich* (Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart 10). Waxmann, Münster u. a. 2013, 404 S. (53 Abb.), 39,90 €.

Wie kann Inga Nuhn in ihrer am Graduiertenkolleg „Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster entstandenen Dissertation über Nachhaltigkeit – und damit im weitesten Sinne über Verantwortungsstrategien von Unternehmen – schreiben, wenn sie bereits in der Danksagung zugeben muss, dass eines ihrer Unternehmen, die niederländische DSM, nicht mit der Veröffentlichung der ursprünglichen Fassung der Arbeit einverstanden war? Eine ganz zentrale Voraussetzung für eine wissenschaftlich betriebene und kritisch-reflektierende Unternehmensgeschichtsschreibung ist die barrierefreie Ver-

öffentlichung der Archivforschungen, auch wenn diese kritische Themenfelder berühren und problematische Einblicke in das Unternehmen gewähren.

Die Lektüre der Arbeit zeigt aber schnell, dass sich die Autorin aufgrund einer klaren Konzeption sehr wohl dem Thema nähern kann. Durch die Verwendung eines neoinstitutionalistischen Zugangs und dem ihm inhärenten Konzept des „Issue-Feldes“ (S. 63 ff.) wird Nachhaltigkeit Erkenntnisinteresse und konzeptioneller Zugriff zugleich. Unternehmerisches Verhalten in den Bereichen betriebliche Sozialpolitik, Umweltschutz und soziale Verantwortung wird dann als die Umsetzung gesellschaftlicher Erwartungen durch das Unternehmen selbst operationalisiert. Das gesellschaftliche Umfeld von Bayer und DSM definierte sozusagen die Handlungsskripte für die unternehmerischen Entscheider vor. Natürlich divergiert das Issue-Feld in historischen Kontexten, weshalb es gerade die Aufgabe des (Unternehmens-)Historikers sein muss, das sich ständig wandelnde Verhalten der Unternehmen als das darzustellen, was es tatsächlich ist: Nämlich die reflektierte Reaktion auf wirkungsmächtige Einflüsse von gesellschaftlich-historischen Werten, Normen und institutionalisierten Erwartungsstrukturen, mit der Absicht, Handlungslegitimität zu erlangen.

Nuhn kommt sowohl in ihrem deutsch-niederländischen wie ihrem entwicklungsdimensionalen Vergleich der Issue-Felder zu dem Ergebnis, dass die betrachteten Unternehmen sowohl in ihrem Raum wie auch in der Zeit unterschiedliche Strategien verfolgten, was letztlich nur mit den unterschiedlichen Erwartungsstrukturen ihnen gegenüber erklärt werden kann. Sie zeigt damit sowohl in ihrem synchronen wie diachronen Vergleich, dass die Strategien von Bayer und DSM sorgfältig abgewogenen, nutzenmaximierenden Entscheidungen folgten, die ohne den Einfluss gesellschaftlicher Transformationsprozesse nicht hätten getroffen werden müssen. Solche Transformationsprozesse sind deshalb mitunter für die Funktionsfähigkeit und das Überleben eines Unternehmens verantwortlich.

Obwohl Inga Nuhn innerhalb des oben genannten Graduiertenkollegs promoviert wurde, verzichtet sie auf eine zivilgesellschaftliche Konzeption zugunsten des Neoinstitutionalismus. Auch dies zeigt sehr deutlich, dass die beiden Kategorien „Wirtschaft“ und „Gesellschaft“ in ihren Wechselbeziehungen am besten mit Hilfe dieses wirtschaftssoziologischen Ansatzes analysiert werden. Neoinstitutionalistische Überlegungen haben das Zeug, einen Paradigmenwechsel innerhalb der unternehmensgeschichtlichen Forschung auszulösen. Die Unternehmensgeschichte ist dann nämlich anschlussfähig an andere historische Disziplinen und umgekehrt.

Nuhns Arbeit reiht sich ein in die Ideenwelt einiger weniger Unternehmenshistoriker, die, so will man meinen, der von Hartmut Berghoff geprägten Formel einer „Unternehmensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte“ mit dem Neoinstitutionalismus ein neuartiges und stringentes konzeptionelles Kleid geben, und dies ständig verbessern bzw. die allgemein unternehmerisches Handeln in seiner Abhängigkeit zu räumlichen und zeitlichen Kontexten darstellen wollen. Die Nicht-Erwähnung dieses konzeptionellen Forschungsstandes der Disziplin kann man als schludrig oder unkollegial ansehen, oder man kann es aufgrund des nahen zeitlichen Zusammenfallens der Erscheinung der Bände entschuldigen.

Saarbrücken

THILO JUNGKIND

MARK PEACOCK: *Introducing Money* (Economics as Social Theory 33). Routledge, London/New York 2013, XII u. 212 S., 28,48 €.

Was ist eigentlich Geld, wo liegen seine Ursprünge und wie hat es sich entwickelt? Welche Bedeutung kommt den verschiedenen Funktionen von Geld als Wertmaßstab, Zahlungsmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Tauschmittel zu? Über die Beantwortung dieser grundlegenden Fragen herrscht in der ökonomischen Theorie keine Einigkeit. Mark Peacock geht ihnen nach, indem er die Einführung von Geld in verschiedenen historischen Kontexten untersucht. Dem Gegenstand angemessen

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

bezieht seine Analyse die Beziehungen von Geld zu Markt, Staat, Religion und sozialen Gemeinschaften mit ein. Ausgangspunkt des Buches ist eine Gegenüberstellung zweier gegensätzlicher Theorierichtungen: Einerseits die insbesondere auf Carl Menger zurückgehende Tauschtheorie des Geldes, welche die Entstehung von Geld über die Herausbildung einer Geldware innerhalb von Tauschbeziehungen erklärt. Andererseits die mit Georg Friedrich Knapp verbundene Staatstheorie des Geldes, nach der der steuererhebende Staat zentral für das Aufkommen der Geldwirtschaft ist.

Das Buch besteht neben einer Einführung aus drei der Länge nach ungleichen Teilen. Im ersten Teil werden Tauschtheorie (Kap. 1) und Staatstheorie des Geldes (Kap. 2) diskutiert. In dieser Debatte positioniert sich Peacock eindeutig: Die in der ökonomischen Standardtheorie vorherrschende Konzeption der Herausbildung von Geld als besondere Ware widerspricht historischen und anthropologischen Erkenntnissen. Zudem vernachlässigt sie durch ihren Fokus auf die Tauschfunktion die Wertmaßstabfunktion als Spezifikum von Geld. In den anschließenden Teilen diskutiert Peacock historische Fallbeispiele. Der zweite und umfangreichste Teil des Buches liefert in fünf Kapiteln Analysen von Fallbeispielen aus der (überwiegend griechischen) Antike. Dabei wird die Entstehung des Geldes im Nahen Osten und das vormonetäre Mykene (Kap. 3) ebenso thematisiert wie die Homerische Gesellschaft (Kap. 4). Umfassend erörtert Peacock dann Bernhard Laums Theorie des religiösen Ursprungs von Geld in Opferritualen (Kap. 5) sowie Philip Griersons Konzeption vom Ursprung des Geldes im Recht (Kap. 6), indem er Überlegungen zum germanischen Wergeld auf die griechische Antike bezieht. Kapitel 7 widmet sich der Herausbildung einer umfassenden, die verschiedenen Geldfunktionen erfüllenden Münzgeldform im klassischen Athen. Der kürzere dritte Teil des Buches verlässt den antiken Kontext. Kapitel 8 untersucht Kommerzialisierung und Monetarisierung als Folge der Einführung und Eintreibung von Steuern in britischen Kolonien. Das letzte Kapitel erörtert aus geldtheoretischer Sicht die in den letzten Jahrzehnten als alternative, lokale Form des Wirtschaftens aufgekommenen Tauschringe.

Das Buch basiert in großen Teilen auf einer Reihe von Aufsätzen, die Peacock seit 2000 verfasst hat. Daher sind die einzelnen Kapitel auch ohne Lektüre des gesamten Buches verständlich und bieten interessante Einsichten. Gleichwohl handelt es sich um mehr als eine Ansammlung eigenständiger Aufsätze, zumal die Einführung und Überleitungen in den Kapiteln ihren Zusammenhang verdeutlichen. Lediglich ein zusammenführendes Fazit mag vermisst werden. Die Entstehungsgeschichte des Buches hinterlässt aber dennoch Spuren: So verschiebt sich der Fokus der Diskussion im Abschnitt zur Monetarisierung im kolonialen Kontext auf die normative Implikation der Marktausweitung und Amartya Sens Vorstellung der Entwicklung als Freiheit. Auch berücksichtigt Peacock in einigen Kapiteln jüngere Literatur nicht. Bemerkbar wird dies z. B. im Kapitel zu lokalen Tauschringen, welches auf die umfangreiche Literatur der letzten Jahre zu Komplementärwährungen kaum eingeht. Auch bleibt eine Auseinandersetzung mit David Graebers vielrezipiertem Werk „Debt. The First 5000 Years“ (2011) aus, welches einige Anknüpfungspunkte etwa zum Begriff „barter“ sowie in der Ablehnung der Tauschtheorie des Geldes bietet.

Peacock liefert eine punktuelle, aber ausführliche Analyse von Geld und seiner Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte und offenbart Schwächen der orthodoxen ökonomischen Standardtheorie des Geldes. Der Band zeigt im besten Sinne, wie fruchtbar eine historisch fundierte, theoriegeleitete Analyse sozialer Institutionen sein kann. Peacock bietet eine sehr gut lesbare und vielseitige Einführung sowohl in die Geschichte von Geld in der Antike als auch in die Grundlagen des Wesens von Geld und seiner Funktionen. Das Buch sei sowohl Ökonomen und Historikern als auch allen anderen wärmstens empfohlen, die dem Wesen des Geldes nachgehen möchten.

Köln

PHILIPP DEGENS

UTE POTHMANN: *Wirtschaftsprüfung im Nationalsozialismus. Die Deutsche Revisions- und Treuhand AG (Treuarbeit) 1933 bis 1945* (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte 19). Klartext, Essen 2013, 312 S., 36,00 €.

Das zu besprechende Werk setzt sich mit der Geschichte des wirtschaftlichen Prüfungswesens im „Dritten Reich“, untersucht am Beispiel der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, auseinander und wurde im November 2011 von der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum als Dissertation unter der Betreuung von Professor Dr. Ziegler angenommen. Die Studie möchte überprüfen, wie tragfähig die Erklärungsansätze der Neuen Institutionenökonomie zur Entstehung und Funktion von Treuhandgesellschaften und Bilanzprüfungen in der ersten Hälfte des 20. Jh.s sind und ob die Treuarbeit zur Reduzierung von Informationsasymmetrie, zur Senkung von Transaktionskosten und zur Generierung von Vertrauen beigetragen hat.

Das Buch umfasst, neben einer Einleitung und umfassenden Schlussbemerkungen, drei Hauptteile. Der erste Hauptteil analysiert die Geschichte der Treuhandgesellschaften als Geschichte der Bildung, des Verlustes und der Wiederherstellung von Vertrauen. Im Zentrum der Betrachtung stehen zunächst die großen Bank-Treuhandgesellschaften, welche die materielle Bilanzprüfung in Deutschland einführen und die großen Konzerne prüfen. Es schließen sich Ausführungen zur Aktienrechtsreform 1931 an, mit der eine pflichtgemäße Abschlussprüfung bei Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien eingeführt und der Berufsstand der Wirtschaftsprüfer konstituiert wurden. Diesem stand das alleinige Recht zu, Pflichtprüfungen unabhängig, verschwiegen, unparteilich und objektiv durchzuführen. Treuhandgesellschaften konnten sich unter bestimmten Voraussetzungen als Wirtschaftsprüfungsgesellschaften anerkennen lassen. Anschließend diskutiert die Autorin die Rolle der Treuhandgesellschaften im Nationalsozialismus, denen durch das Regime viele neue Aufgaben zugeordnet wurden. Der Berufsstand sah sich als Rechtswahrer der Volksgemeinschaft. Der Kreis der Pflichtprüfungen erfuhr eine Erweiterung. Zudem kamen neue Aufgaben wie Preis- und Dividendenprüfungen hinzu, und Berufsangehörige waren bei Arisierungen beteiligt. Der Krieg führte zur Einschränkung von Pflichtprüfungen sowie zur Übernahme von Beratungsaufgaben, und die Geschäftstätigkeit wurde auf das besetzte Ausland ausgeweitet. Ein Überblick über die Prüfungs- und Treuhandtätigkeiten in den Nachkriegsjahren rundet den ersten Hauptteil ab.

Im Mittelpunkt des zweiten Hauptteils stehen die Unternehmensstrategie und die Handlungsmöglichkeiten des Vorstands sowie die Geschäftspolitik der Treuarbeit. Zu der traditionell engen Beziehung zum Staat kam eine besondere Beziehung zur nationalsozialistischen Partei. Diese manifestierte sich in der Parteinähe zahlreicher Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder, aber auch in einer engen Verbindung zwischen der Treuarbeit und dem Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW). Die Rekrutierung und Fortbildung qualifizierten Personals stellte für das Unternehmen einen wesentlichen Faktor dar. Das Geschäftsvolumen der Treuarbeit wuchs während der NS-Zeit rasant an. Sie wurde mit Prüfungs- und Treuhandaufgaben in den für das NS-Regime wichtigsten wirtschaftspolitischen Bereichen der Autarkie und Aufrüstung, und hier vor allem in den Sektoren Energie und Luftfahrt, betraut. Bei Arisierungen war die Treuarbeit bereit, mit ihrer Prüfungsexpertise dazu beizutragen, wirtschaftlicher Existenzvernichtung von Juden einen legalen Anstrich zu verleihen.

Der dritte Hauptteil wendet sich der Auslandstätigkeit der Treuarbeit zu, die seit dem ersten Ausgreifen des NS-Regimes auf fremde Territorien im Jahr 1938 in immer stärkerem Maße zunahm. Die Prüfungsgesellschaft passte ihre Organisation mit der Einrichtung von Niederlassungen in vielen besetzten Staaten an. Die Verfasserin untersucht insbesondere, welche Aufgaben die Treuarbeit übernahm, welche Ziele die Prüfungen verfolgten, welche Methoden die Gesellschaft anwandte und wessen Interessen sie berücksichtigte, und zwar an Beispielen aus Österreich (Bewertungs- und Arisierungsprüfungen), dem Sudetenland (Arisierungsprüfungen und Veräußerungstreuhandgesellschaft), Frankreich, Belgien und Norwegen (Berichterstattung zu Rohstoffen sowie Informationsermittlung für die Kapitalverflechtung in Belgien), den Niederlanden (Feindvermögensverwaltung) und der Ukraine (staatliche Kontrolle politischer und finanzieller Art). Die Auswahl der Länder berücksichtigt unterschiedliche Formen der Besatzungsherrschaft und deren Einfluss auf die Tätigkeiten.

Die vorliegende Monographie schließt eine Forschungslücke, denn die Geschichte der Wirtschaftsprüfung im „Dritten Reich“ im Allgemeinen und die Rolle, die in diesem Kontext Treuhandgesellschaften, insbesondere die Treuarbeit, einnahmen, sind weitgehend unbekannt. Die Lektüre des Buches ist nicht nur gewinnbringend, sondern auch spannend, und nicht nur wirtschaftshistorisch interessierten Lesern, sondern auch Personen, die mit einschlägiger Normengebung zu tun haben, zu empfehlen.

Darmstadt

REINER QUICK

MARKUS SPEIDEL: *Netzwerke, Kooperationen und Management-Buy-Out. Die Geschichte des Unternehmens Loewe zwischen 1962 und 1985*. Klartext, Essen 2012, 256 S., 24,95 €.

Noch vor wenigen Jahren galt das Traditionsunternehmen Loewe als ein Erfolgsmodell, weil es zu den drei deutschen Fernsehgeräteherstellern gehörte, die sich nach wie vor gegen die Konkurrenz aus Asien behaupten konnten. Inzwischen hat die Loewe AG Insolvenz angemeldet und das Management kämpft um das Überleben des Unternehmens. Vor diesem Hintergrund ist die vom Stuttgarter Historiker Markus Speidel verfasste Geschichte der Firma Loewe 1962 bis 1985 zum richtigen Zeitpunkt erschienen. Zeigt sie doch, dass die Entwicklung dieses Unternehmens alles andere als geradlinig verlaufen ist und Loewe dennoch die meisten Wettbewerber überlebt hat.

Speidel knüpft an Kilian J. L. Steiners Loewe-Geschichte der Jahre 1923 bis 1962 an (*Ortsempfänger, Volksfernseher und Optaphon. Die Entwicklung der deutschen Radio- und Fernsehindustrie und das Unternehmen Loewe 1923–1962*. Essen 2003), hat sich aber für einen anderen Zugriff entschieden. In der hier behandelten Phase war Loewe nicht mehr ein Familienunternehmen, sondern eine Gesellschaft des Philips-Konzerns. Ein zentrales Thema dieses Buchs sind denn auch die sich daraus ergebenden Interaktionen, die Speidel mit einer Verbindung aus mehreren Ansätzen der Netzwerktheorie analysiert, wobei die einzelnen Phasen jeweils in den Kontext der Branchenentwicklung eingeordnet werden. Speidel kann sich nur für das erste Jahrzehnt des Untersuchungszeitraums auf eine systematische Aktenüberlieferung im Loewe-Archiv stützen. Für die 1970er und 80er Jahre musste er stärker veröffentlichte Quellen heranziehen, ergänzt um zahlreiche Zeitzeugeninterviews. Auch erhielt er keinen Zugang zum Archiv von Philips.

Als Loewe Opta, wie das Unternehmen im Untersuchungszeitraum hieß, 1962 an den Philips-Konzern verkauft wurde, befand sich die deutsche Unterhaltungselektronik in einem goldenen Zeitalter. Der Elektro-Multi wollte mit der Übernahme auch einen in Deutschland seit langem eingeführten Markennamen nutzen, führte Loewe Opta daher als eigenständigen Hersteller weiter und verschleierte die vollständige Konzernzugehörigkeit der neuen Tochtergesellschaft im oberfränkischen Kronach. Publik wurde nur eine 15-prozentige Beteiligung. Schon wenige Jahre nach der Übernahme geriet Loewe Opta durch die Rezession von 1966/67 in eine Krise. Die Konzernanbindung erwies sich nun als Rückhalt. Noch mehr gilt dies für die schwere Krise, unter der Loewe Opta wie die gesamte deutsche Unterhaltungselektronik am Ende der 1970er Jahre litt. Das Unternehmen überlebte damals nur dank der Kredite aus Eindhoven. Speidel zeigt, dass Philips mit jeder Krise die Zügel bei Loewe Opta anzog. Die Konzernmutter unterstützte die Tochter zunächst nur finanziell, dann wurden Schlüsselpositionen mit Führungskräften aus dem „Philips-Netzwerk“ besetzt und schließlich ein Beherrschungsvertrag und eine Umstrukturierung des Vertriebs verordnet. Paradoxerweise war es gerade der drastische Konzentrationsprozess, der Loewe Opta wieder unabhängig werden ließ. Als Philips 1984 bei Grundig einstieg, erhielt der Konzern vom Bundeskartellamt die Auflage, sich von Loewe Opta zu trennen. Die Geschäftsführer des fränkischen Unternehmens übernahmen daraufhin mit dem Segen von Philips 51 Prozent der Gesellschaftsanteile. Es war das erste bedeutende Management-Buy-Out in der deutschen Wirtschaft.

Die von Speidel herausgearbeitete Loewe-Geschichte ist ein Lehrstück, von dem man sich wünscht, dass es an jeder Management-Hochschule Beachtung fände. Zeigt sie doch, dass das Überleben eines Unternehmens weniger von der Kurzzeit-Perspektive der Akteure abhängt als diese es in der Regel wahrhaben wollen und mehr von langfristig angelegten Prozessen sowie von zufälligen Konstellationen. Leider ist dieses Buch eine eher sperrige Lektüre, weil die Darstellung durch die überaus dichte, fast katalogartig wirkende Untergliederung laufend zwischen den einzelnen Untersuchungsfeldern wechselt. Dass ein Register fehlt, macht die Orientierung nicht leichter. Speidels netzwerktheoretischer Ansatz führt in Bezug auf den Wandel der Verbindungen zwischen Philips und Loewe Opta zu einigen Erkenntnisgewinnen. Insgesamt wäre er ohne diesen Ansatz aber wohl zu ähnlichen Ergebnissen gelangt. Dafür wüsste man gern mehr über die Rolle anderer Stakeholder, besonders der Banken, und die Motivlagen der Akteure.

Die in diesem Buch beschriebenen Krisen waren nicht die letzten in der Geschichte der heutigen Loewe AG. Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit das Management daraus gelernt hat, aber es passt zur Historie dieses Unternehmens, dass man sich in Kronach zuversichtlich zeigt, auch die aktuelle Krise überwinden zu können und sich dafür entschieden hat, das Insolvenzverfahren in Eigenregie durchzuführen.

Berlin/Frankfurt a. M.

JOHANNES BÄHR

STEPHANIE TILLY/FLORIAN TRIEBEL (Hg.): *Automobilindustrie 1945–2000. Eine Schlüsselindustrie zwischen Boom und Krise* (Perspektiven 5). Oldenbourg, München 2013, 433 S., 49,80 €.

In der zweiten Hälfte des 20. Jh.s bestimmte das Kraftfahrzeug die Entfaltung von Verkehr, Transport und Mobilität. Somit liegt es auf der Hand, diese dynamische Phase des automobilen Zeitalters näher in den Blick zu nehmen. Eine im Oktober 2010 in München veranstaltete wissenschaftliche Fachtagung „Automobilwirtschaft im 20. Jahrhundert: Kontinuität, Krise, Wandel“ widmete sich dieser Aufgabe mit gutem Ertrag. Die Herausgeber ordneten die insgesamt 14 Beiträge in vier thematische Felder unterschiedlicher Länge. Nur zwei der Aufsätze umfassen annähernd den im Buchtitel genannten Zeitraum von 1945 bis 2000. Die übrigen Untersuchungen greifen jeweils eine begrenzte Zeitspanne heraus, wodurch sie zumeist an Tiefenschärfe gewinnen. Eine Arbeit ist in englischer Sprache publiziert. Weshalb die Lastkraftwagen unberücksichtigt bleiben, wird nicht erläutert, obwohl auch diese Motorfahrzeug-Kategorie weltweit ein bedeutender Teil der Automobilindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg war.

In der Einführung zur „Automobilwirtschaft nach 1945“ zeichnen Stephanie Tilly, Universität Bochum, und Florian Triebel, BMW Group Classic, kenntnisreich Kontinuitätslinien in der Branche sowie die fundamentalen Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nach. Die Entwicklung hin zur Massenmotorisierung in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg ließ die nationalen Automobilindustrien unerwartet rasch zu einer volkswirtschaftlichen Schlüsselbranche aufsteigen. Dieses häufig auch als „Automobilrevolution“ (S. 2) bezeichnete Geschehen zerfällt in zwei zeitliche Abschnitte: Die Periode von 1945 bis annähernd Ende der 1960er Jahre, geprägt von einer starken Expansion mit hohen jährlichen Wachstumsraten und der Erschließung aufnahmefähiger Exportmärkte, gefolgt vom Zeitraum 1970 bis 2000, an dessen Anfang die Absatzkrise 1967/68 und die beiden Ölpreisschocks 1973 und 1979 standen. Das beendete die Boom-Phase und ließ kritische Fragen zur Zukunft der automobilen Gesellschaft, zu den externen Kosten der Motorisierung und zum Umweltschutz in den Vordergrund treten. Die geänderten Rahmenbedingungen sowie hausgemachten Krisen bei einzelnen Herstellern erzwangen gravierende Umgestaltungen bei Beschaffungs-, Produktions- und Absatz-Strukturen. Neue Wettbewerber aus Japan, Wechselkurse und Handelshemmnisse in überseeischen Märkten forcierten eine zunehmende Globalisierung der Produktion.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Die Einzelbeiträge ziehen vorrangig deutsche Hersteller als Erkenntnisobjekte heran. In der ersten Gruppe „Konjunktur und Wachstum der deutschen Autoindustrie“ (rund 160 S.) sind es die drei deutschen Produzenten Volkswagen, Daimler-Benz und die Bayerische Motoren Werke. Beschrieben werden die äußeren Bedingungs-lagen sowie die firmeninternen Gegebenheiten der Unternehmen, welche die Reaktionen auf die Nachfrageeinbrüche in den kritischen Übergangsjahren zwischen 1966/67 bis etwa 1975 und die spezifischen Lösungswege zur Zukunftssicherung bestimmten. Den Anpassungsdruck reichten die Automobilhersteller an die Zulieferindustrie weiter. Das veränderte die Geschäftsbeziehungen massiv und führte zu neuen Formen der Arbeitsteilung.

Die zweite Sektion verhandelt „Konjunktur und Wachstum wichtiger Konkurrenten“ (100 S.) am Beispiel der US-Automobilindustrie in den 1960er und 1970er Jahren und der schwedischen Auto-Marke Volvo sowie in einem Vergleich der britischen und westdeutschen Automobilindustrie. An dieser Stelle vermisst man jedoch Einzelstudien z. B. zu den europäischen Konkurrenten Renault oder Fiat. Im dritten Bereich geht es um „Industrielle Beziehungen“ (rund 80 S.), beschrieben einerseits pauschal für die gesamte westdeutsche Automobilindustrie, andererseits speziell für das Unternehmen Daimler-Benz AG. Ein Vergleich zur Erfolgsbeteiligung der Beschäftigten analysiert die Systeme bei VEB Sachsenring und Volkswagen. Die abschließende Themengruppe „Kulturgeschichte des Autos“ (65 S.) zeigt die Neupositionierung der Marken Daimler-Benz und BMW ab 1965, nachdem die Symbolfunktion des Automobils als Garant für technischen Fortschritt, Prosperität und individuelle Mobilität in Frage gestellt war. In der sozialistischen Wirtschaftsordnung bestand hingegen über alle Jahre hinweg eine Hassliebe zum Automobil.

Es versteht sich, dass ein Tagungsband, und sei er – wie dieser – auch von noch so guter Qualität, die Vielschichtigkeit des Geschehens in einem mehr als 50-jährigen Zeitraum nur anreißen, aber nicht erschöpfend behandeln kann. Die in den vier Sektionen gegebenen thematischen Anstöße werden möglicherweise, soweit nicht bereits geschehen, zu vertiefenden Studien anregen.

Bad Homburg

REINER RUPPMANN

VOLKER WAHL (Hg.) unter Mitarbeit von VERA FASSHAUER/UTE LEONHARDT/ERNST WERNER: *Herbert Kühnert: Forschungen zur Geschichte des Jenaer Glaswerks Schott & Genossen* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission Thüringen. Große Reihe 20). Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2012, 509 S. (3 Abb., 1 CD-ROM), 59,90 €.

Mit dem vorliegenden Band schließt die Historische Kommission für Thüringen ein Editions-vorhaben ab, welches der Vordenker der modernen thüringischen Wirtschafts- und Sozialgeschichtsschreibung – Herbert Kühnert (1887–1970) – vor mehr als einem halben Jahrhundert begonnen hatte. Obwohl Kühnerts Manuskript bereits Mitte der 1950er Jahre druckreif vorlag, sollte er dessen Veröffentlichung nicht mehr erleben. Die Gründe dafür lagen in den unheilvollen politisch-ideologischen Implikationen der deutschen Teilung, welche die in der DDR praktizierte Geschichtswissenschaft methodisch in eine Dienerrolle pressten, mit der sich Historiker wie Herbert Kühnert nicht identifizieren konnten. Praktisch sah dies so aus, dass darauf bestanden wurde, Kühnerts Einleitung zum IV. Band der geplanten Edition von Briefen und Dokumenten zur Geschichte des Jenaer Glaswerks Schott & Genossen (1886–1914) und den von ihm behandelten betriebsgeschichtlichen Stoff einer gesellschaftspolitischen Durchleuchtung ‚vom Standpunkt des Interesses der Arbeiterklasse‘ zu unterziehen. Da eine solche Neuausrichtung die Gesamtkonzeption des Vorhabens – immerhin waren bereits drei Bände erschienen – ruiniert hätte, musste er ohnmächtig mit ansehen, wie all seine Rettungsversuche wahlweise sabotiert, hintertrieben oder einfach ignoriert wurden. Die ganze Absurdität dieser Kaskade aus Zurücksetzungen und Diffamierungen listete er schließlich minutiös in seinem Manuskript „Habent sua fata libelli – Ein Forschungsbericht“ (1963) auf, der nun erstmalig veröffentlicht wird.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101. Band, Heft 1 (2014)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014

Trotz des Umstandes, dass sich die damaligen ideologischen Zwänge allesamt verflüchtigt haben, ist der von Kühnert geplante abschließende Dokumentenband nicht identisch mit der von der Historischen Kommission besorgten Publikation. Im Geleitwort heißt es dazu: „Bei der genauen Überprüfung der überlieferten Manuskripte [...] musste allerdings festgestellt werden, dass für den beabsichtigten III. Teil der ‚Briefe und Dokumente‘ der eigentliche Editionsteil nicht vollständig erhalten ist und aus den überlieferten Manuskriptteilen auch nicht rekonstruiert werden kann. Zudem sind heute andere Maßstäbe an eine solche Quellenedition zu stellen. Außerdem musste davon ausgegangen werden, dass längst nicht alle für diesen Zeitraum wichtigen und repräsentativen Dokumente erfasst waren.“ (S. 7) An dieser Stelle wüsste man schon gerne, welche Selektionskriterien sich hinter Gemeinplätzen wie „wichtig und repräsentativ“ verbergen. Immerhin schien Kühnert mit den Briefwechsel- und Dokumentenbänden für die Jahre 1879–1881, 1882–1884 und 1884–1886 alles richtig gemacht zu haben, ansonsten hätte sich die Kommission wohl kaum dafür entschieden, diese Editionen als digitale Reprints im Umfang von 1.362 Druckseiten der dem Buch beiliegenden CD-ROM anzuvertrauen.

Der Abschlussband beinhaltet zum einen mit den überlieferten Fassungen der Einleitung einen kompletten Abriss der Geschichte des Glaswerks von 1886 bis 1914/15, zum anderen eine Übersicht der für die Edition „Briefe und Dokumente zur Geschichte des Jenaer Glaswerks Schott & Genossen“ (Teil III) ausgewählten Quellen (Nr. 1–150). Daneben finden sich Kühnerts Aufsatz „Die kulturelle Bedeutung der Jenaer Glasindustrie“ (1949), die oben genannte Niederschrift zum Leidensweg von Kühnerts Geleitwort zum letzten Teilband sowie die von Herausgeber Volker Wahl beigefügte Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte des Gesamtwerks. Ergänzt durch ein Orts-, Personen- und Sachregister über alle vier Bände und ein instruktives Nachwort zu Leben und Werk von Herbert Kühnert (inkl. Bibliografie), hat die Historische Kommission für Thüringen ihrem einstigen Gründungsmitglied ein ganz besonderes Geschenk zum 125. Geburtstag dargebracht.

Stellenbosch, Südafrika

MICHAEL ECKARDT